Vossische Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Schriftleitung und Verlag: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26. Fernsprecher: Ortsverkehr Dönhoff (A 7) 3600—3665. Fernverkehr Dönhoff 3686—3698. Telegramme: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheck-Konto: Berlin 660.

Berlin

Bezugspreis monatl. 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustell- oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld. Anzeigen: mm-Zeile 32 Pf., Familien-Anz. mm-Zeile 20 Pf. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.

10 Pf. [Auswärts 15 Pf.] · Nr 475 DONNERSTAG, 5. OKTOBER 1933 MORGEN-AUSGABE

Ein neues Pressrecht

Gesetzbeschlüsse des Reichskabinetts: Schriftleitergesetz — Erhöhter Schutz des Rechtsfriedens

Amtlich wird mitgeteilt: „Das Reichskabinett verabschiedete in seiner heutigen Sitzung das vom Reichsministerium für Propaganda und Volksaufklärung vorgelegte Schriftleitergesetz. Durch dieses Gesetz wird der Schriftleiterberuf zu einem Träger öffentlicher Aufgaben gemacht. Das Gesetz enthält Vorschriften über die Zulassung zum Schriftleiterberuf, über seine Ausübung, seinen Schutz in verwaltungsrechtlicher und strafrechtlicher Beziehung, und regelt die Ueberleitung in den neuen Rechtszustand. Der Reichsverband der Deutschen Presse erhält die Eigenschaft einer Körperschaft des öffentlichen Rechts, die alle Schriftleiter umfaßt. Das Gesetz sieht u. a. die Schaffung von Berufsgerichten vor, denen Aufgaben des Rechtsschutzes und der Ueberwachung der Schriftleiter übertragen werden.

Ferner wurde ein Gesetz über die schiedsgerichtliche Erledigung privatrechtlicher Streitigkeiten des Reichsfiskus angenommen, wonach in Zukunft Vereinbarungen, durch die sich das Reich unter Ausschluß des ordentlichen Rechtsweges dem Spruch eines Schiedsgerichts unterwirft, die grundsätzlich nur mit Zustimmung des Reichsfinanzministers abgeschlossen werden darf. Weiterhin ist in diesem Gesetz die Lösung von Schiedsgerichtsklauseln in laufenden Verträgen durch das Reich vorgesehen. Die Vorschriften dieses Gesetzes finden entsprechende Anwendung auf die Länder und auf Verträge, die ein Dritter im Auftrag oder auf Rechnung des Reiches abgeschlossen hat.

Weiter beschloß das Reichskabinett ein Gesetz zur Gewährleistung des Rechtsfriedens, wonach Richter, Staatsanwälte oder Beamte, die mit politischen oder polizeilichen Aufgaben betraut sind, aber auch Angehörige der Wehrmacht, der Luftschutzverbände, der SA, SS, des Stahlhelms und der Amtswalter der NSDAP, sowie Schöffen, Geschworene, Zeugen und Sachverständige vor Gericht unter einen besonderen Schutz gestellt werden. Danach wird mit dem Tode oder soweit nicht auch eine schwerere Strafe angedroht ist, mit lebenslänglichem Zuchthaus oder mit Zuchthaus bis zu 15 Jahren bestraft, wer es unternimmt, die angeführten Personen aus politischen Beweggründen oder wegen ihrer amtlichen oder dienstlichen Tätigkeit zu töten oder wer zu einer solchen Tötung auffordert, sich erbietet, ein solches Erbieten annimmt oder eine solche Tötung mit einem anderen verabredet. Die gleichen Strafen werden festgesetzt für die Hersteller und Verbreiter von hochverräterischen Druckschriften im Auslande und für die Einführung und Verbreitung solcher Druckschriften im Inlande.

Schließlich wurde ein Gesetz über organisatorische Maßnahmen zur Förderung des Außenhandels verabschiedet, das gemeinsam mit den Durchführungsbestimmungen demnächst veröffentlicht werden wird.

Dertil ohne Mitwisser

Die Untersuchungen der Wiener Polizei

WIEN, 4. OKTOBER

Ueber die bisherigen Ergebnisse der zur Aufklärung des Anschlags auf Dr. Dollfuß von der Polizei geführten Untersuchung wird weiter bekannt, daß in dem in der Wohnung des Täters Dertis beschlagnahmten umfangreichen Schriftenmaterial, auch politischen Inhalts, keinerlei Legitimation oder Belege dafür gefunden worden seien, daß er Mitglied der Nationalsozialistischen Partei gewesen sei. Im Verhör zeigte Dertil jetzt bemerkenswerte Ruhe.

Nach dem Grunde der Tat befragt, antwortete er wiederholt, er habe die Oeffentlichkeit auf seinen Stiefvater, Dr. Günther, aufmerksam machen wollen als den einzigen Mann, der Oesterreich im jetzigen Augenblick retten könne. Dr. Günther, der in seinem Wohnort Schloming von der Gendarmerie verhört wurde, ist, wie die Blätter melden, da ihm eine Beteiligung an dem Anschlag nicht nachgewiesen werden konnte, gleich wieder auf freien Fuß gesetzt worden, ebenso seine Frau und die Mutter Dertis. Beiden war nach ihren Aussagen nichts darüber bekannt, daß Dertil einer politischen Partei angehöre. Dagegen habe er schon seit langem den Eindruck eines Wirrkopfes gemacht, der nicht wisse, was er wolle. Dieser Eindruck wird auch von anderer Seite bestätigt.

Im Zuge der Erhebungen über das Attentat auf Bundeskanzler Dollfuß wurden mehrere Personen, die mit dem Täter in der letzten Zeit Verkehr hatten, zur Vernehmung in die Polizeidirektion gebracht. Durch ihre Aussagen konnte die Behauptung Dertils, daß er die Tat ohne Mitwisser und ohne von jemand angestiftet worden zu sein verübt habe, nicht widerlegt werden. Die Vernommenen konnten auch nachweisen, daß sie selbst in keinem Zusammenhang mit der Tat stehen. Sie wurden nach ihren Aussagen wieder entlassen. Auch eine größere Zahl von Leumundszeugen für Dertil wurde vernommen. Verhaftungen sind im Zusammenhang mit dem Anschlag nicht erfolgt. Die Erhebungen der Polizei gehen weiter.

Dollfuß dankt Neurath

WIEN, 4. OKTOBER

Bundeskanzler Dr. Dollfuß hat auf die ihm zugegangenen Telegramme ausländischer Staatsmänner zahlreiche Danktelegramme abgesandt. An Reichsaußenminister Freiherr von Neurath drahtete der Bundeskanzler:

„Ich danke Euer Exzellenz aufrichtig für Ihre und der Reichsregierung freundliche Wünsche."

Unter Teilnahme aller Mitglieder der Regierung, Vertreter des Diplomatischen Korps und der höchsten Beamten des Staates hielt der Erzbischof von Wien, Innitzer, in der Stephanskirche einen Dankgottesdienst für den Bundeskanzler.

Der Kampf um Bulgarien

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

BUKAREST, 4. OKTOBER

Auf dem Wege nach Ankara, wo Titulescu am 14. Oktober eintrifft, wird der rumänische Staatsmann einen Tag in Sofia verbringen. Neben eingehenden Besprechungen mit dem bulgarischen Ministerpräsidenten ist auch eine Audienz bei König Boris vorgesehen.

Bei dem Sofioter Aufenthalt Titulescus handelt es sich wohl um einen letzten entschlossenen Vorstoß, um Bulgarien zur Annäherung an die Kleine Entente zu bewegen. Der Erfolg dieser Begegnung wird aber davon abhängen, wieviel Titulescu den Bulgaren für die Aufgabe ihrer Reserve wird bieten können.

Das Zentrum im Saargebiet

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

SAARBRÜCKEN, 4. OKTOBER

Zwischen Staatsrat Spaniol und dem Beauftragten der Zentrumspartei des Saargebiets haben heute Verhandlungen stattgefunden. Diese ergaben für die Zentrumspartei die Möglichkeit, sich in die Deutsche Front einzugliedern. Das Zentrum wird in kürzester Frist zur Beschlußfassung zusammentreten.

Autobahn Berlin—Stettin

Wie der „Angriff" von zuständiger Stelle hört, kommt als nächste Autobahn die Strecke Berlin—Stettin in Frage. Mit dem Beginn des Baus dieser Strecke ist in wenigen Wochen zu rechnen. Die Vorarbeiten sind so weit gediehen, daß die Bauleitung der Strecke Berlin—Stettin demnächst in Angermünde eingesetzt wird.

Die Abrüstung

Von

BENITO MUSSOLINI

Copyright 1933 by Carl Duncker Verlag

Die lyrische Atmosphäre, die über den ersten Tagungen der Abrüstungskonferenz in dem nun schon lange zurückliegenden Februar des Jahres 1932 lag, ist fast ganz verflogen. Die großen Redner jener Zeit sprachen wie erleuchtete Propheten und die Völker hegten hohe Erwartungen. All das ist im Laufe von zwanzig Monaten verschwunden.

Es gibt keine Reden mehr. Nichts ist bezeichnender als der Streit der typischen Völkerbunds-Beredsamkeit, die in diesen Tagen in Genf ausgebrochen ist. Vom 52 Delegationen, die dort zusammengekommen sind, hatte keine einzige etwas zu sagen. Der Kurs des Parlamentarismus steht niedrig, selbst an jener Stätte des Ueberparlamentes, das die alljährliche Versammlung des Völkerbundes geworden ist.

Die Völker erwarten keine Wunder mehr. Sie werden zufrieden sein, wenn das Kompromiß glücklich gefunden ist. Von der Poesie, die Hoffnungen wecken würde, sind wir zu der Prosa hinabgestiegen, die von den Staatsmännern mit der Hilfe ihrer Referenten ausgearbeitet wird.

Diese neue Lage sollte festgehalten werden. Das Schiff der Abrüstung ist noch weit weg von seinem Hafen und kann noch weit abgetrieben werden zu einer Fahrt von unabsehbarer Dauer.

Vorauf gründen sich diese Perspektiven? Der erste Grund ist allgemeinen Charakters. Er liegt in den außerordentlichen Schwierigkeiten und in der Kompliziertheit des Problems. Das berühmte Washingtoner Flottenabkommen betraf nur fünf Mächte und ist nicht leicht zustandegekommen. Eine Abrüstungskonvention soll von allen Staaten gebilligt werden, sowohl von denen, die dem Völkerbund angehören, wie von den Nichtmitgliedern, wie den Vereinigten Staaten und Rußland.

Der zweite Grund liegt in der Verschiedenheit des militärischen Charakters der Staaten. Es gibt Staaten, die in erster Linie Seemächte sind, wie England und die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Es gibt solche, die vornehmlich Landmächte sind, wie Rußland und andere, die imponierende Land-, See- und Luftstreitkräfte unterhalten. Eine ganz verschiedene Bewertung der Abrüstung folgt logischerweise für die einzelnen Staaten daraus. In der Regel haben sich die Länder für Verhandlungen zugänglich erwiesen, bei Waffengattungen, die in ihrem eigenen militärischen System eine Nebenrolle spielen; im umgekehrten Falle haben sie sich als ziemlich unversöhnlich erwiesen. Es ist klar und einleuchtend, daß England Seerüstungen wesentlich anders ansieht als Rüstungen zu Lande.

Es gibt weiter Fragen, die am Rande der eigentlich militärischen Probleme liegen, wie zum Beispiel die Frage der Formationen, die vor und nach dem regulären Militärdienst ausgebildet worden sind, den Reserven und den Kolonialtruppen. Alles das kompliziert die Aufgabe. Vielleicht wurde auch die Aufgabe unter Gesichtspunkten angefaßt, die von vornherein zu weit waren.

Man hat versucht, zu einer allgemeinen Abrüstungskonvention zu kommen. Während es nicht eine Frage der Abrüstung gibt, sondern nur eine Frage der Verminderung und der Anpassung der Rüstungen. Denn es gibt für eine solche Rüstungsverminderung eine Grenze, die kein Staat überschreiten darf, ohne sich ernsten Gefahren auszusetzen.

Nachdem die Abrüstungskonferenz in den Rahmen des Völkerbundes gespannt worden war — und vielleicht war sie anders nicht möglich —, mußte das größere oder geringere Prestige der Genfer Institution den Lauf der Dinge mehr oder weniger glücklich beeinflussen. Tatsächlich hat das Prestige des Völkerbundes in den vergangenen zwanzig Monaten einige ernste Stöße erlitten. Japans Ausscheiden und seine Haltung bleibt ein unberechenbarer Faktor, selbst wenn eine Konvention zustandekommt. Der chronische Konflikt zwischen Bolivien und Paraguay ist praktisch der Jurisdiktion des Völkerbundes entzogen worden. Alles das hat dazu beigetragen, die Schwingen der Genfer Tauben schwer zu belasten.

Aber diese und andere Gründe, die wir nur streifen, um die Sache nicht zu lang zu machen, würden nicht ausreichen, um das magere oder negative Ergebnis der Genfer Arbeit zu erklären. Das Ziel könnte trotz allem erreicht werden, wenn dort ein anderer Faktor politischer und moralischer Art vor-

Unsere vierte Seite

Göring über das neue Deutschland — Gespräch mit Sauerwein

handen wäre, nämlich gegenseitiges Verständnis und Vertrauen unter den Staaten und Völkern. Das fehlt, und es wäre eine Illusion, den Versuch zu machen, diese Tatsache zu verbergen.

Es herrscht keine gute Stimmung zwischen den Wächtern der Verträge und denen, die gezwungen wurden, sie anzunehmen. Um es deutlich zu sagen: die besiegten Staaten haben gute Gründe für ihre Haltung, seit dem der Versailler Vertrag ihre Abrüstung anstrebte und auch die Abrüstung der Siegerstaaten, die feierlich gelobten, sie durchzuführen. Sie ist nicht durchgeführt worden. Einige Staaten versichern, daß die Durchführung unmöglich ist, da in Europa eine neue Situation entstanden sei. Inzwischen ist Deutschland in den Völkerbund als Mitglied aufgenommen worden und hat einen ständigen Sitz im Rate. Der Locarno-Pakt ist mit der Unterschrift Deutschlands geschlossen worden. Deutschlands Anspruch auf Gleichberechtigung wurde im Dezember 1932 anerkannt, und schließlich hat Deutschland den Viermächte-Pakt unterzeichnet.

Die neue Situation war nur eine Möglichkeit im Jahre 1932, als der Anspruch auf Gleichberechtigung anerkannt wurde. Diese neue Situation entstand tatsächlich im Jahre 1933, als der Viermächte-Pakt unterzeichnet wurde.

Es ist jetzt schwer, die These von der Diskriminierung Deutschland gegenüber aufrechtzuerhalten, und auf der andern Seite kann auch die Sorge der andern nicht beiseite geschoben werden, und zwar aus psychologischen Gründen. Um dieses doppelte Hindernis zu überwinden, habe ich nicht einen eigentlichen Vorschlag für eine Konvention gemacht, wie gesagt worden ist, sondern eine Reihe von Anregungen gegeben, um zu einem praktischen Resultat zu kommen, selbst wenn es begrenzt sein sollte.

Diese Anregungen sind Gegenstand diplomatischer Unterredungen gewesen sowohl in Rom wie in Genf. Sie könnten zu einer Verständigung führen, wenn es möglich wäre, das moralische Hindernis zu überwinden, das uns argwöhnisch und mißtrauisch gegeneinander macht. Frankreich verfügt über starke Hilfsmittel für seine Sicherheit durch seine militärische Rüstung und durch die Tradition und die geistige Verfassung seiner Armee und seines Volkes, die sich immer zusammenfinden würden, wenn Frankreich angegriffen wäre. In diesem Falle würden auch die Garanten des Locarno-Paktes in Funktion treten.

Deutschland hat trotz gewisser unzeitgemäßer Aeußerungen von Seiten der sogenannten Unterführer am 17. Mai durch den Mund seines Kanzlers gesprochen und kann nicht den Gedanken an einen Krieg hegen, wenn es nicht durch eine neue und vielleicht nicht wieder gutzumachende Katastrophe gestraft werden will. Der Nationalsozialismus ist zu sehr mit innerdeutschen Aufgaben beschäftigt, um an Abenteuer militärischer Art zu denken.

Nur durch Ueberwindung der Hemmnisse moralischer Art wird es möglich sein, selbst auf der Grundlage der Bürgschaft in der Präambel des Viermächtepaktes eine Verständigung zwischen dem französischen und deutschen Standpunkt zu erreichen. So könnte man auch zu einer vorläufigen Abrüstungskonvention gelangen, die, obwohl sie gewiß nicht die Welt ändern würde, den ersten Schritt auf dem langen Wege sein könnte.

Um das ganze Gewicht und die heikle Natur der Aufgabe zu erkennen, ist es notwendig, sich die unangenehme Möglichkeit vorzustellen, daß das Versagen der Abrüstungskonferenz mehr oder weniger elegant verhüllt wird. An dem Tage würde der Völkerbund praktisch aufgehört haben, zu existieren. Neue Gruppen von Staaten würden sich bilden. Die Gegensätze würden sofort akut werden, und eine Aera schrecklicher Ungewißheit auch sozialen Charakters in der Geschichte Europas und der Welt würde beginnen.

Das ist der Grund, weshalb ohne Rücksicht auf alles ein Abkommen geschlossen werden wird.

Personalveränderungen in Preußen

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, sind in den Ruhestand versetzt worden: Vizepräsident i. e. R. Wesemann, früher beim Oberpräsidium in Breslau; Regierungsvizepräsident i. e. R. Dr. Beermann in Lüneburg; Regierungsvizepräsident i. e. R. Dr. Bergenthal in Trier; Polizeipräsident i. e. R. Dr. h. c. Meyner, früher in Duisburg-Hamborn; Regierungsdirektor i. e. R. Richter, früher in Stralsund; Oberregierungsrat Floeschsch beim Oberpräsidium in Kassel; Oberregierungsrat Dr. Kurtzig bei der Preußischen Bau- und Finanzdirektion in Berlin; Landrat i. e. R. Ulipka, früher in Guttentag; Landrat i. e. R. Daubenthaler in Striegau; Landrat i. e. R. Fischer in Hellsberg; Landrat i. e. R. von Salisch, früher in Schweidnitz; Regierungsrat Dr. Dieckmann beim Polizeiamt in Bottrop.

Auf Grund der §§ 2—4 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. 4. 1933 sind entlassen oder in den Ruhestand versetzt: Regierungspräsident i. e. R. Ehrler in Wiesbaden; Regierungspräsident i. e. R. Simons, früher in Liegnitz; Vizepräsident des Oberpräsidiums i. e. R. Fischer in Oppeln; Regierungs-Vizepräsident i. e. R. Wille, früher in Liegnitz; Pol.-Präsident i. e. R. Wende, früher in Waldenburg; Pol.-Präsident i. e. R. Barth in Hannover; Regierungsdirektor i. e. R. Graf, früher in Frankfurt a. d. O.; Oberregierungsrat Dr. Hirschberg in Stettin; Landrat i. e. R. Müller in Halberstadt; Landrat i. e. R. D. Jolimeit in Calbau; Landrat i. e. R. Kaiser, früher in Hanau; Landrat i. e. R. Graf von Wedel, früher in Herofeld; Landrat i. e. R. Dr. Heinrich in Fraustadt; Regierungsrat Dr. Burchardt in Frankfurt a. d. O.; Regierungsrat Bergmann beim Polizeipräsidium in Breslau.

Die Rechte als Ruhestandsbeamter entzogen sind Landrat a. D. Stille, früher in Gronau. Der Anspruch auf Hinterbliebenenbezüge entzogen ist der Witwe des früheren Landrats Schluchtmann in Dinslaken.

Verbot von „Hirt und Herde"

Das Sächsische Ministerium des Innern hat die Gemeinschaft „Hirt und Herde" für das Gebiet des Freistaates Sachsen mit sofortiger Wirkung aufgelöst und sein Vermögen beschlagnahmt.

Sudetendeutsche NSAP aufgelöst

Scharfes Vorgehen der tschechoslowakischen Regierung

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PRAG, 4. OKTOBER

Innerhalb weniger Stunden ist der Selbstauflösung der Sudetendeutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei die Auflösung durch die tschechoslowakischen Behörden gefolgt. Die amtliche Nachricht, die dies heute abend kundgibt, meldet gleichzeitig, daß auch die Deutsche Nationalpartei in der Tschechoslowakei aufgelöst und verboten wird. Die amtliche Nachricht führt als „Begründung" für die Auflösung an, daß „alle Bestrebungen der NSAP nach Durchführung ihres territorialen Programms, die Vereinigung aller Deutschen, schon begriffsmäßig in sich die Zeichen der Gewalt einschließen und sowohl das Strafgesetz wie auch die öffentliche Ruhe und Ordnung im Sinne des § 113 der Verfassungsurkunde verletzten."

Daß diese „Begründung" keine Begründung ist, weiß man aus der Politik, die Prag gegen die Sudetendeutsche NSAP seit langem führt. Der Führer der aufgelösten Partei, Abg. Jung, hat aber in dem Aufruf, der die Selbstauflösung noch vor dem amtlichen Prager Verbot bekanntgab, noch einmal ausdrücklich gesagt: „Unsere Politik hat niemals eine Politik der gewaltsamen Lostrennung der deutschen Gebiete von der tschechoslowakischen Republik betrieben oder gebilligt, niemals eine gewaltsame Lösung der Nationalitätenfrage angestrebt oder gefördert. Ihre grundsätzlichen Anschauungen fußten auf dem Selbstbestimmungsrecht, das von vornherein gewaltsame Lösungen ausschließt."

Die Deutsche National-Partei in der Tschechoslowakei hat derzeit im Abgeordnetenhaus sechs Abgeordnete, im Senat ist sie nicht vertreten, da sie bei den letzten Wahlen nicht die vorgeschriebene Wahlzahl für die Erringung eines Grundmandats aufbrachte.

Die Führer verhaftet

Das Prager Innenministerium hat gegen den Führer der aufgelösten nationalsozialistischen Partei in der Tschechoslowakei Abgeordneten Jung und gegen den nationalsozialistischen Abgeordneten Schubert einen Haftbefehl erlassen. Wie es heißt, wurde Abgeordneter Jung in Troppau und Abgeordneter Schubert in Fulnek in Mähren verhaftet. Der nationalsozialistische Abgeordnete Kasper wurde in Aussig wegen Fluchtgefahr festgenommen. Der nationalsozialistische Abgeordnete Krebs ist aus Aussig verschwunden und, wie die Polizei annimmt, über die Grenze geflüchtet.

Die letzten Vorgänge im sudetendeutschen Lager haben auch ihre Rückwirkung auf die bereits von allen nichtmarxistischen sudetendeutschen Parteien für den 15. Oktober angesetzte Konstituierung des sudetendeutschen Volksrats gehabt. Die deutschen Agrarier, die deutschen Christlich-Sozialen und die deutsche Gewerbepartei haben erfuhr, die Konstituierung des Volksrats bis zu einer Klärung der Verhältnisse aufzuschieben.

„Außerordentliche Maßnahmen"

In einer halbamtlichen Mitteilung werden bereits für die nächsten Stunden außerordentliche Maßnahmen der tschechoslowakischen Regierung angekündigt. In der Mitteilung heißt es: Die letzten Ereignisse im In- und Ausland haben gezeigt, daß rein theoretische Erwägungen über die Wesensmerkmale einer wahren und einer falschen Demokratie jetzt nicht mehr am Platze sind.

Es ist jetzt oberste Pflicht, Maßnahmen zum Schutz der verfassungsmäßigen Grundlagen des Staates zu treffen. Die Regierung ist zur Verteidigung der Demokratie mit den äußersten Mitteln entschlossen. Die Entwicklung der Verhältnisse in einigen Nachbarstaaten, heißt es dann weiter, habe besonders in den deutschen Teilen der Republik „Zersetzungserscheinungen gezeitigt".

Angesichts dieser drohenden Gefahren werde die Regierung bereits in den nächsten Stunden Maßnahmen beschließen, um die Tätigkeit staatsfeindlicher Parteien wirksam zu unterbinden.

Staatsidee und Opposition

Befürchtungen, daß es sich hierbei um die gewaltsame Unterdrückung der politischen Parteien überhaupt handeln könnte, seien unbegründet. Die Regierung müsse jedoch von den Parteien verlangen, daß sie sich als Träger der Staatsidee bekennen. Alle Parteien, ob in Regierung oder Opposition, müßten sich vorbehaltlos auf den Boden des Staats stellen, müßten bedingungslos für die Einheit und Unteilbarkeit des Staats und für dessen Sicherung nach innen und außen eintreten und müßten loyal diese Grundsätze einbekennen. Gegen eine konstruktive Kritik der Opposition sei nichts einzuwenden.

Die Kabinettsbildung in Spanien

Nachdem der Präsident am Mittwoch mit zahlreichen Parteivertretern über die Lösung der Kabinettskrise verhandelt hatte, hat er nunmehr den Professor für Zivilrecht an der Universität Madrid Sanchez Roman mit der Bildung eines Koalitionskabinetts unter gleichzeitiger Erteilung des Auflösungsdekrets für das Parlament beauftragt. Sanchez Roman, der parteipolitisch nicht gebunden, aber durchaus links eingestellt ist, hat sich eine Bedenkzeit bis Donnerstag mittag ausgebeten.

Gerechte Beurteilung

Ein Brief an amerikanische Katholiken

Die „Aurora und Christliche Woche", das verbreitetste deutsche Familienblatt im Staate New York, erhob in ihrer Nummer vom 8. September 1933 gegen Kapitularvikar Dr. Steinmann, den Verweser des Bistums Berlin, den Vorwurf eines „unwürdigen Eintretens für die Reichsregierung Adolf Hitler". Kapitularvikar Dr. Steinmann hat auf diesen Vorwurf hin an die Schriftleitung nach Buffalo ein Schreiben gerichtet, dem wir folgendes entnehmen:

„Ich greife nicht zur Feder, um mich selbst zu verteidigen. Ich fühle mich aber unserer Kirche und meinem Vaterlande verpflichtet, mich gegen die Verbreitung von Urteilen zu wehren, die die Stellung der katholischen Kirche im neuen Deutschland völlig verkennen und Mißverständnis und Mißachtung Deutschlands im Auslande verbreiten.

Es kann für einen Katholiken keinem Zweifel unterliegen, daß die Reichsregierung Adolf Hitler nach katholischer Staatsauffassung die für Deutschland gottgegebene Autorität ist. Wir deutschen Katholiken fühlen uns aber nicht aus diesen formellen Gründen der Reichsregierung Adolf Hitler zu Treue und Gehorsam verpflichtet, sondern vor allem, weil sie „im Christentum die unerschütterlichen Fundamente des sittlichen und moralischen Lebens unseres Volkes sieht". (Vgl. Regierungserklärung des Reichskanzlers Adolf Hitler am 23. März 1933.) In voller praktischer Auswirkung dieser Haltung hat die Reichsregierung den Bolschewismus geschlagen, die marxistische Gottlosenbewegung vernichtet und das deutsche Volk von der Pest des Schund und Schmutzes befreit.

Daß Ihnen offensichtlich die Bedeutung dieser Maßnahmen nicht genügend aufgegangen ist, erklärt sich daraus, daß nur wenige Ausländer auch nur im geringsten den Umfang abzuschätzen wissen, den die Zersetzungsarbeit des Marxismus auf allen Gebieten des religiösen, sittlichen und geistigen Lebens der Nation erreicht hatte.

Insbesondere aber verdient die Reichsregierung den Dank der deutschen Katholiken für den Abschluß des Konkordats, das die Freiheit des Bekenntnisses und der öffentlichen Ausübung der katholischen Religion im neuen Deutschland garantiert.

Sie erheben ferner den Vorwurf gegen die katholischen Führer, Priester und Schriftsteller, daß sie von ihrem theoretischen Recht, katholisch zu denken und zu fühlen, keinen „lauten, praktischen Gebrauch machten", um der Gefahr der Schutzhaft zu entgehen. Ich erhebe gegen den hinter diesen Worten sich verbergenden Vorwurf der Feigheit in der Verkündigung der religiösen, katholischen Wahrheiten auf das entschiedenste Einspruch. Zugleich weise ich auch den versteckten Vorwurf zurück, daß der katholischen Lehrverkündigung durch den Staat Hindernisse in den Weg gelegt werden.

Abschließend bringe ich meine Auffassung zum Ausdruck, daß Ihre Kritik und Ihr Angriff sicher unter dem Einfluß der sogenannten Greuelpropaganda gegen Deutschland entstanden ist. Gewiß sind bei einem solchen Umbruch eines 66 Millionen-Volkes, wie die nationale Revolution ihn darstellt, Uebergriffe und Ausschreitungen vorgekommen. Die obersten Führer der Bewegung aber haben diese bedauernswerten Vorfälle aufs schärfste verurteilt und mit allen Kräften sich dafür eingesetzt, daß minderwertigen Elementen, die bei jeder Millionen-Bewegung sich in den Vordergrund zu drängen bemühen, das Handwerk gelegt wird.

Diese Revolution ist legal begonnen und beendet worden. Die Massen waren stets in der Hand ihres Führers, und so ist dem deutschen Volk ein Bürgerkrieg erspart geblieben, der drohend vor der Tür stand.

Eine gerechte Beurteilung kann vor allem nur ein persönlicher Augenschein ergeben. Sie sind hierzu freundlichst eingeladen. Nichts wird vor Ihnen verheimlicht werden. Verlassen Sie sich aber bei der Beurteilung Deutschlands bis dahin bitte nicht auf die Kritik von Leuten, die ihr Vaterland auf jeden Fall ins Unrecht setzen wollen."

Nur noch eine Fraktion im Stadtgemeinde-Ausschuß

Nachdem Staatskommissar Dr. Lippert infolge seiner Stellung und der damit verbundenen starken Inanspruchnahme die Führung der Berliner nationalsozialistischen Stadtverordnetenfraktion niedergelegt und an Bürgermeister Treff übertragen hat, wurde zwischen diesem und den Beauftragten der Fraktion der früheren Deutschnationalen Front, den Stadtverordneten Timm und Ziebarth, wegen der Uebernahme der Deutschnationalen in die nationalsozialistische Fraktion ein Abkommen vereinbart, das dem der Landtagsfraktionen ähnlich ist.

Die Mitglieder der deutschnationalen Fraktion werden als außerordentliche Mitglieder in die NSDAP-Fraktion überführt, und durch die Fraktionsleitung den einzelnen Fachausschüssen zur Mitarbeit zugeteilt. Ausgenommen von der Uebernahme sind die Frauen, die den Grundsätzen der NSDAP entsprechend, nicht Fraktionsmitglieder werden können. Als Vertreter der früheren deutschnationalen Fraktion tritt der Stadtverordnete Timm in den Vorstand der NSDAP-Fraktion ein.

Bei den Verhandlungen war auf beiden Seiten der Wille maßgebend, sämtliche aufbauwilligen Kräfte im nationalen Lager zum Besten des Aufbaues der neuen Stadtverwaltung und des neuen Vaterlandes zusammenzufassen. Beide verhandelnden Stellen sind darin einig, daß das von dem Reichskanzler geschlossene Freundschaftsabkommen vom 27. Juni d. J. durch diesen Abschluß einen weiteren festen Unterbau bekommen soll. Mit dieser Vereinbarung ist somit die ehemalige deutschnationale Stadtverordnetenfraktion in die Fraktion der Nationalsozialisten überführt worden.

Die Frage nach Lubbes Helfern

Die Vorgänge im Reichstag am Tage des Brandes

Sonderbericht der Vossischen Zeitung

OH LEIPZIG, 4. OKTOBER

Wer sind die Reichstagsbrandstifter? Der Mann, der es sagen könnte, schweigt. Sieben Monate lang, von der Brandnacht bis zur heutigen Sitzung, verharrt Lubbe dabei, daß er allein der Täter sei. Er hat vor der Polizei und dem Untersuchungsrichter den Weg geschildert, den er bei der Brandstiftung nahm. Er hat die Tat in allen Einzelheiten geschildert und dieses Geständnis in der Hauptverhandlung bestätigt. Ab e r e s e n t s p r i c h t n i c h t d e r v o l l e n W a h r h e i t. Alle technischen Sachverständigen stimmen in diesem Urteil überein. Mit Kohlenanzündern war der Reichstag nicht in Brand zu setzen. Eine Plüschvorhang brennt nicht so leicht, das Eichenholz der Tische und Wandbekleidung erst recht nicht. Der Brand muß an vielen Stellen zugleich angelegt worden sein. Benzin und anderes brennbares Material war notwendig. Wenn wirklich Lubbe allein das Feuer angesteckt hat, so hatte er doch mindestens bei dieser Vorbereitung Mithelfer.

Nochmals versucht Senatspräsident Bünger, ihn aus seiner Starrheit aufzurütteln. Er fragt ihn, ob er schon vor dem Brande im Reichstag gewesen sei, ob ihm jemand die Einsteigstelle im Reichstagsrestaurant bezeichnet habe, ob er beauftragt worden sei, die Kohlenanzünder zu kaufen. Aber alles Drängen bleibt umsonst. Dr. Sack, der Verteidiger Torglers, stellt neue Fragen, von allen Seiten wird Lubbe bestürmt, Dimitroff geht ihm fast tätlich zu Leib. Einen Augenblick hat man das Gefühl, daß er nun endlich den Mund auftun müsse. Dann hört man aber wieder nur das stereotype „Nein".

„Nein", sagt Lubbe auch, als er gefragt wird, ob er Torgler und die Bulgaren schon vorher kennengelernt habe. Die andern Angeklagten erklären ihrerseits, sie hätten Lubbe zum erstenmal gesehen, als er ihnen bei der Voruntersuchung gegenübergestellt wurde.

Verbindungslinien werden also nur sichtbar, wenn man den Zeugenaussagen folgt, die gegen Torgler vorgebracht worden sind. Es handelt sich dabei vor allem um die Begegnung von dem Sitzungssaal des Haushaltausschusses, bei der Torgler von verschiedenen Zeugen mit Lubbe und Popoff gesehen worden sein soll. Torgler sucht diese Behauptung durch genaueste Angaben über sein Arbeitsprogramm an diesem Tage zu widerlegen. Er schildert in jeder Einzelheit die Besuche, die er empfing, die Telefongespräche, die er führte, seine Arbeit im Fraktionszimmer; er weist auch darauf hin, daß diese Zeugenaussagen zum Teil erst nach vier Wochen gemacht wurden, und daß sich daraus die Möglichkeit einer zeitlichen Verwechslung ergebe. Schließlich beteuert er noch einmal, daß er auch die Bulgaren niemals vorher gesehen habe.

Diese Vorgänge im Reichstag am 27. Februar werden in der nächsten Woche in Berlin unter Zuziehung der Zeugen rekonstruiert werden. Die weitere Verhandlung wird sich zunächst mit den drei Bulgaren befassen, auch die technischen Sachverständigen haben noch ihre Gutachten über ihren Befund an der Brandstelle abzugeben.

Dramatische Vernehmung

Im Brandstifterprozeß fand heute noch der gemeldeten Vernehmung des kommunistischen Führers Torgler die Gegenüberstellung Torglers mit van der Lubbe statt. Der Vorsitzende ruft den Angeklagten van der Lubbe auf und fragt ihn kategorisch, ob er den Angeklagten Torgler jemals gesehen habe.

van der Lubbe antwortet, das glaube ich nicht.

Vors.: Ja oder Nein?

Lubbe: Nein.

Vors.: Sie sind um 2 Uhr vor dem Reichstag gesehen worden, sind Sie da gewesen?

Lubbe: Nein.

Vors.: Sie sind nicht mit Torgler zusammen gewesen?

Lubbe: Nein.

Vors.: Haben Sie ihn nie gesehen?

Rechtsanwalt Dr. Sack ruft dem Angeklagten halblaut zu: Reden Sie doch laut. Rechtsanwalt Teichert fragt den Angeklagten: Wissen Sie, daß Sie durch Ihr Schweigen vielleicht Ihren Mitangeklagten gegenüber ein noch viel größeres Verbrechen begehen als durch die Brandstiftung im Reichstag?

van der Lubbe: Nein.

„Haben Sie den Reichstag allein angesteckt?"

Jetzt wird der Verteidiger Torglers, Rechtsanwalt Dr. Sack, energisch und verlangt in entschiedenem Ton vom Angeklagten zu wissen, ob er mit den Angeklagten, die hier mit ihm auf der Anklagebank sitzen, zusammen den Brand im Reichstag gelegt hat. Hat er das getan, so soll er die Wahrheit sagen, nachdem er den Kommissaren in der Voruntersuchung gesagt hat, er werde hier eine große Rede halten, soll er jetzt endlich einmal den Mund auftun und laut, klar und deutlich sagen, was ist.

Der Vorsitzende legt dem Angeklagten diese Frage in folgender Form vor: Haben Sie den Reichstag allein angesteckt oder haben Ihnen irgendwelche Leute dabei geholfen?

van der Lubbe schweigt eine Weile und beginnt dann zu lächeln. Endlich antwortet er leise: Nein.

Vors.: Sie müssen die Wahrheit sagen. Ist Ihnen bekannt, daß durch Gutachten festgestellt ist, daß Sie allein den Brand gar nicht so legen konnten?

van der Lubbe: Ja.

Die Bemühungen Lubbe zu klaren Aussagen zu veranlassen, sind erfolglos.

Vors.: Haben Sie den Reichstag allein oder mit andern zusammen angesteckt?

Lubbe: Allein.

Vors.: Haben Ihnen andere geholfen? Haben andere die Sache so hergerichtet, daß Sie sozusagen nur das Streichholz anzulegen brauchten? Hat Ihnen jemand das vorbereitet, daß die Brandstiftung erfolgen konnte? Ja oder nein?

Lubbe (immer leise): Nein.

Rechtsanw.: Dr. Sack: Haben Sie die Kohlenanzünder auf Grund einer Verabredung mit Leuten gekauft, die Sie nicht nennen wollen?

Lubbe: Nein.

Dr. Sack: Ist Ihnen die Einsteigstelle zum Reichstag vorher gezeigt worden?

Lubbe: Nein.

Zwischenfall um Dimitroff

Während Rechtsanwalt Dr. Sack noch die Meinung vertritt, daß die Brandversuche der Sachverständigen den Fehler hätten, daß sie nicht unter genau denselben Umständen und Verhältnissen im Reichstagsgebäude vorgenommen worden seien, meldet sich der Angeklagte Dimitroff zum Wort: „Ich stelle die Frage an van der Lubbe, wie kann er selbst die merkwürdige Tatsache erklären, daß er auf der Bude des Wohlfahrtsamtes nicht einmal einen richtigen Brand anlegen konnte, wohl aber in dem großen massiven Kolossalgebäude des Reichstags? Wie erklärt er diese Tatsache?

Rechtsanw. Dr. Sack: Ach, jetzt will wohl Dimitroff den Angeklagten von der Lubbe als Sachverständigen hören? (Große Heiterkeit.)

Dimitroff bekommt natürlich auf diese einigermaßen schwierige Frage keine Antwort und ruft, dem Vorsitzenden ins Wort fallend, mit großer Erregung schreiend und die Fäuste gegen van der Lubbe erhebend, aus: Die Kommunistische Internationale hat das allergrößte Interesse, daß die Sache mit dem Reichstagsbrand klargestellt wird. Millionen, so schreit Dimitroff los, erwarten eine klare Antwort. Ich spreche hier als Angeklagter!

Vors.: Sie sind nicht der Vorsitzende hier! Schweigen Sie jetzt sofort!

Dimitroff kann sich aber immer noch nicht beruhigen und schreit dem vor ihm sitzenden van der Lubbe nochmals ins Gesicht: Millionen erwarten eine klare Antwort!

Der Vorsitzende sieht sich gezwungen, Dimitroff nun zum letzten Male energisch zu verwarnen. „Nehmen Sie sich für die weitere Verhandlung in acht", so erklärt der Senatspräsident. „Zunächst weise ich Sie an, sofort zu schweigen, wenn ich Ihnen das gebiete. Ich muß sonst dem Senat vorschlagen, daß Sie aus der Verhandlung entfernt werden."

Bernstein oder Taneff?

Als letzter Punkt der heutigen Verhandlung werden die Bekundungen des Zeugen Major von Weberstädt behandelt, der angegeben hat, daß er am Brandtage in der Nähe der kommunistischen Fraktionszimmer zwei Männer angetroffen habe, bei denen es sich um Taneff und van der Lubbe gehandelt haben müsse. Van der Lubbe habe eine kleine Kiste hochkant auf der Schulter getragen.

Torgler: Ich habe nie einen Menschen mit einer Kiste bei unseren Fraktionszimmern gesehen.

Vors.: Weberstädt hat aber angegeben, er hätte diese beiden Leute gegenüber von Ihren Zimmern gesehen.

Torgler: Der Weg, den die beiden Leute nach der Darstellung Weberstädts genommen haben sollen, führt gar nicht an unseren Fraktionszimmern vorbei. Die Leute hätten dann an der Treppe abbiegen müssen. Am Freitag, dem 24. Februar, einen Tag nach der Beschlagnahme des Karl-Liebknecht-Hauses, war ein Kaufmann Bernstein, der für uns die geschäftlichen Angelegenheiten erledigte, zu uns ins Fraktionszimmer gekommen. Dieser Bernstein sieht dem Angeklagten Taneff sehr ähnlich, ebenso besteht eine gewisse Aehnlichkeit zwischen van der Lubbe und einem Mann namens Wunderse, dem Hausverwalter, der ebenfalls nachmittags zu mir in den Reichstag gekommen war. Es ist wohl möglich, daß Herr Major von Weberstädt die beiden verwechselt hat.

Weitere Aehnlichkeiten

Reichsgerichtsrat Coenders: Ist Wunderse derselbe Mann, der früher Portier in der russischen Botschaft war?

Torgler: Das ist möglich.

Der Vorsitzende versucht abermals eine Gegenüberstellung mit van der Lubbe. Er fragt diesen: Waren Sie einige Tage vor dem Reichstagsbrand mit einer Kiste auf der Schulter im Reichstagsgebäude?

van der Lubbe: lächelt zunächst und verneint dann.

Vors.: Waren Sie überhaupt schon vorher im Reichstag?

van der Lubbe: Ja.

Vors.: Wann war das?

van der Lubbe: Am selben Tag.

Vors.: Sind Sie drin gewesen?

van der Lubbe: Ja.

Vors.: Vormittags oder nachmittags?

van der Lubbe: Nachmittags.

Vors.: Sie sind also am Nachmittag des Brandes im Reichstag gewesen?

van der Lubbe: Nein, am Reichstag.

Die Befragung von der Lubbes wird wiederum ergebnislos abgebrochen. Es wird zum Schluß den Angeklagten Taneff und Popoff der Inhalt der Erklärungen Torglers bekanntgegeben. Beide verschern, den Angeklagten Torgler erstmalig im Verlauf der Untersuchung gesehen zu haben.

Darauf wird die Weiterverhandlung auf Donnerestag vormittag 9.30 Uhr vertagt.

Keine unberechtigten Preiserhöhungen

Nur mit polizeilicher Genehmigung — Eine Maßnahme in Oberschlesien

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

BRESLAU, 4. OKTOBER

Der Regierungspräsident in Oppeln erläßt, ermächtigt durch die Uebertragung der Befugnisse des früheren Reichskommissars für Preisüberwachung auf die mittleren Verwaltungsbehörden, eine bemerkenswerte Verordnung. In ihr wird festgestellt, daß die Groß- und Kleinhandelspreise für lebenswichtige Lebens- und Genußmittel und die Preise für lebenswichtige handwerkliche Leistungen zur Befriedigung des täglichen Bedarfs **nur mit Genehmigung der Ortspolizeibehörden erhöht werden dürfen. Die Ortspolizeibehörden sind angewiesen, nachdrücklich von ihren weitgehenden Zwangsbefugnissen Gebrauch zu machen. Es ergeht die Mahnung, mit Rücksicht auf die stark geminderte Kaufkraft der breiten Schichten unserer Volksgenossen von Preiserhöhungen abzusehen, um dadurch das Winterhilfswerk der Reichsregierung unter dem Leitsatz „Gemeinnutz geht vor Eigennutz" unterstützen zu helfen.** Die Verbraucherschaft wird aufgefordert, den Behörden bei den Maßnahmen zur Verhinderung ungerechtfertigter Preissteigerung zu helfen und sie in ihren gemeinnützigen Bestrebungen zu unterstützen.

Im Ruhrgebiet

ESSEN, 4. OKTOBER

Am Montag fand in Essen, wie die „National-Zeitung" mitteilt, eine Besprechung statt, in der Regierungspräsident Schmid die Verhinderung von Preissteigerungen als eine ganz besonders wichtige Aufgabe bezeichnete. Er erklärte, er werde alle staatlichen Mittel einsetzen, um ein weiteres Ansteigen der Preise für die Dinge des täglichen Bedarfs zu verhindern. Es wurde in dieser Sitzung darauf hingewiesen, daß es der Zusammenarbeit zwischen den Gauleitungen und der Regierung bereits gelungen sei, in diesen Tagen eine drohende Erhöhung der Milchpreise abzuwenden. Dieses wurde als ein lebendiger Ausdruck der Verbundenheit von Land- und Industriebevölkerung angesehen, da die Landwirtschaft ebenfalls schwer um ihre Existenz ringe und trotzdem so schnell von der an sich berechtigten Forderung auf Erhöhung des Milchpreises Abstand genommen habe. Im Laufe der Besprechung wurde von amtlicher Stelle nochmals darauf hingewiesen, daß alle staatlichen Machtmittel und Mittel der Aufklärung angewandt werden würden, um jeder Verteuerung der Lebenshaltung energisch zu begegnen.

*

Im Auftrage der Deutschen Arbeitsfront wurden der Fabrikant Ernst Flack aus Solingen und der Heftemacher Paul Adam aus Wald in Haft genommen und dem Konzentrationslager Beyenburg zugeführt. Sie hatten entgegen den gesetzlichen Bestimmungen die bestätigten Preisverzeichnisse unterboten und dadurch den Wirtschaftsfrieden gestört.

Landspende märkischer Gutsbesitzer

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PRENZLAU, 4. OKTOBER

Die Sachverständigen des Landesiedlungsverbandes, Landrat Conti-Prenzlau, der Kreisbauernführer und mehrere landwirtschaftliche Vertreter der Mark Brandenburg nahmen eine Besichtigung der von den Großgrundbesitzern des Kreises Prenzlau für Siedlungszwecke dem Oberpräsidenten zur Verfügung gestellten 3200 Morgen Land vor. Es wurde festgestellt, daß es sich um allerbesten uckermärkischen Weizenboden handelt, der in der Provinz Brandenburg an erster Stelle steht.

Die Grundbesitzer wollen das Land zu einem Preise hergeben, der der augenblicklichen Belastung pro Morgen entspricht, jedoch wurde die Preisfrage noch offen gelassen. Auf dem bereitgestellten Land können rund fünfzig Siedlerstellen errichtet werden. Die rentable Durchschnittsgröße der Siedlerstellen in der Uckermark ist sechzig Morgen für eine mehrköpfige Familie. Es sollen sogenannte Siedlungsdörfer mit sechs bis zehn Siedlerstellen aufgebaut werden, um Schul- und kirchliche Fragen günstig regeln zu können.

Den Großgrundbesitzern wurde der Dank des Oberpräsidenten für das gute Beispiel, das sie durch ihre Spende in der Provinz Brandenburg und der Grenzmark gegeben haben, übermittelt.

Dank Hindenburgs

Reichspräsident von Hindenburg hat dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Darré, folgendes Danktelegramm gesandt: „Ihr freundliches Meingedenken anläßlich des ersten Deutschen Erntedanktages war mir eine besondere Freude. Ich erwidere die Grüße der deutschen Bauern in treuer Verbundenheit, von Hindenburg, Reichspräsident."

Botschafter von Hoesch bei Hitler

Der Reichskanzler empfing am Mittwoch den deutschen Botschafter in London von Hoesch.

Ehrengabe an den Reichskanzler

Der Reichskanzler empfing am Mittwoch mittag Oberst Tieß, den Vorsitzenden des Offiziersbundes des alten 1. Nassauischen Inf.-Regt. Nr. 87. Oberst Tieß überreichte dem Reichskanzler als Ehrengabe des Offiziersbundes den „Löwen von Waterloo", eine verkleinerte Nachbildung des Denkmals bei Waterloo.

Göring über das neue Deutschland / Eine Unterredung Sauerweins mit dem preußischen Ministerpräsidenten

Sauerwein veröffentlicht am Mittwoch im „Paris Soir" eine Unterredung mit dem preußischen Ministerpräsidenten Hermann Göring. Er leitet seinen Bericht mit einigen persönlichen Bemerkungen über den Ministerpräsidenten ein. Dieser führte danach folgendes aus:

Ehrung statt Verachtung

„Was man die Deutsche Republik nannte, hat die Seele unseres Volkes mit unerhörter Ungeschicklichkeit verkannt, verletzt und verwundet. Der Deutsche ist begeistert für seine Hierarchie und seine Uniform. Die Republik hat gewollt, daß diese Tradition der Verachtung anheimfalle. Deshalb ist sie besonders leicht zusammengebrochen. In Frankreich hat man nicht den gleichen Fehler begangen. Ludwig XIV. und Napoleon sollten nicht entwurzelt werden. Das demokratische Regime in Frankreich hat das, was voraufgegangen war, zu ehren verstanden. Bei uns aber hatten diejenigen, die uns 14 Jahre lang regierten, nur Verachtung und Unverständnis für ihre Vorgänger, die Deutschland geschaffen hatten. Wir wollen mit diesem Zwiespalt zwischen Vergangenheit und Gegenwart aufräumen, und deshalb ehren wir in Berlin und Potsdam Friedrich den Großen."

Die Sprache des Volkes

Zur Judenfrage erklärte Ministerpräsident Göring: „Der Jude kann und darf nicht Deutschland regieren; ebensowenig auch Frankreich. Er besitzt gewisse Fähigkeiten, aber um ein Volk zu befehligen, muß man vom Blut dieses Volkes sein. Das verwirklicht Deutschland mit uns. Der Führer, der Arbeiter stehen einander nahe, weil sie gleichen Blutes sind. Es gibt nicht nur Republiken, die die Dummheit begangen haben, Nationen ein ausländisches Joch aufzwingen zu wollen. Auch die fürstlichen Dynastien haben den gleichen Fehler begangen, indem sie Prinzen exportierten, die sich mit ausländischen Kronen schmücken sollten. Unser einziges wirkliches Verdienst und das einzige Geheimnis unseres Erfolges besteht darin, daß wir und das Volk die gleiche Sprache gesprochen haben. Wir haben es verstanden, und es hat uns begriffen. Die übrigen Regierungen, die uns voraufgingen, hatten sich darin schwer getäuscht."

Stresemanns Ideen

Auf einen Einwurf des Berichterstatters betreffend Stresemann erklärte Ministerpräsident Göring: „Stresemann war ein wirklicher Deutscher, und ich bin weit davon entfernt, sein Gedächtnis herabmindern zu wollen. Er hat die einzige Politik getrieben, die er durchführen konnte. Aber da hat ein neues Element mit hineingespielt. Allgemeine Ideen, ein humanitärer Intellektualismus und ein ganzer Gallimatias haben sein Gehirn in Verwirrung gebracht. Es war, als ob dieser arme Mensch sich eine verhängnisvolle Pazifismus-Spritze gegeben hätte; daher die Verwirrung seiner Ideen. Er kaste bisweilen etwas, was durchaus zutreffend war. Aber all das klang falsch und bekanntlich besagt ein französisches Sprichwort: Der Ton macht die Musik.

Ein Lied verboten

Zu den Gegenwartsproblemen übergehend führte Ministerpräsident Göring aus: „Wir wollen keinen Krieg. Ich sage es als Soldat, dessen Handwerk jahrelang darin bestand, Krieg zu führen, und ich werde sagen, warum wir keinen Krieg wollen. Frankreich und Deutschland können unmöglich sich gegenseitig vernichten wollen. Sie sind in keinem früheren Krieg soweit gekommen, und es wird ihnen auch niemals gelingen. Wir erinnern uns der Jahre, in denen soviel Heldenmut entfaltet worden ist. Man hat Großes geleistet, man hat Fürchterliches ertragen. Welches Volk würde man aufs Neue veranlassen können, eine derartige Prüfung auf sich zu nehmen, wenn nicht ein gebieterisches und absolutes Motiv vorliegt? Es gibt nur eins, nämlich den Aufstand eines ganzen Volkes, wenn sein Gebiet überfallen wird oder wenn man es versklaven und entehren will. Die Kriegsgesänge, die vaterländische Begeisterung, all das ist sehr schön. Aber die Kriegswirklichkeit ist etwas anderes. Daß Generalstäbe, weil es ihr Handwerk ist, einen Krieg wünschen, bringt mich nicht in Erstaunen. Aber wir, die Männer des Volkes, die vom Führer des Volkes regiert werden, wir wissen, daß wir wenig dabei gewinnen können und Gefahr laufen, alles zu verlieren. Um ein Stückchen Erde soll niemals Krieg geführt werden, aber gegen einen Feind, der uns vernichten möchte, muß Krieg sein bis auf den letzten Mann und bis zum letzten Atemzug. Wir haben keine Revanchegedanken. Ein altes deutsches Lied begann mit den Worten: ‚Krieg wollen wir Frankreich schlagen.' Ich habe Befehl erteilt, es nicht mehr zu singen."

Fliegergeist

Ministerpräsident Göring ging alsdann zum Flugwesen über, indem er sagte: „Ich brauche Verteidigungswaffen. Als Chef des deutschen Flugwesens gehe ich von drei Grundsätzen aus, die ich als drei Pflichten ansehe. Zunächst muß ich das Verkehrsflugwesen organisieren, dessen Budget 1929 dezimiert worden ist. Das Material ist nicht mehr modern. Es entspricht nicht mehr den Sicherheitserfordernissen. Wir brauchen überall dreimotorige Flugzeuge. Zweitens will ich nicht in Deutschland den Fliegergeist untergehen lassen. Die deutsche Jugend muß Geschmack am Fliegen behalten. Deshalb begünstige ich das Sportflugwesen und sogar die Segelfliegerei, die keineswegs eine Vorbereitung für den Krieg darstellt. Drittens will ich beweisen, daß wir ein Mindestmaß von Defensive in der Luft benötigen wie zu Lande und zu Wasser. Wir sind völlig von Ländern umgeben, die mit Frankreich befreundet oder verbündet sind. Wir können von allen Seiten angegriffen und vernichtet werden. Will man wirklich, daß wir völlig wehrlos sind? Will man behaupten, daß wir mit so geringen Land- und Seestreitkräften einem Luftangriff Widerstand leisten könnten? All das ist sehr ernst. Man plant gegen uns eventuell Sanktionen und Luftangriffe, die man ohne irgendein Risiko ausführen möchte."

Denn die horizontale Verteidigung vermag nichts gegen den vertikalen Angriff aus der Luft. Ich verlange eine kleine Luftflotte, bestehend aus Flugzeugen, die zu leicht gebaut sind, um für den Abwurf von Bomben zu dienen, und, wenn man will, sogar mit einem Brennstoffvorrat, der keine lange Flugzeit gestattet. Diese kleinen Jagdflugzeuge, die zum Angriff ungeeignet sind, könnten uns gegen Angreifer nutzen. Man sollte mir, wenn man will, einen Sachverständigen für das Flugwesen herschicken, mit dem ich verhandeln könnte, und der sich selbst von meinen Absichten überzeugen wird. Ich würde gern mit ihm verhandeln.

Entweder Freund oder Feind

Und jetzt zum Schluß folgendes: Ist es nicht elend und absurd, dieser ewige Streit und diese Spannung, die niemals zwischen unsern beiden Völkern aufhören? Glauben Sie, daß wir einen einzigen Gegenstand der Zwietracht hätten, der es lohnte, daß wir unsere Existenz derart vergiften? Ich sehe keinen.

Nur müssen von beiden Seiten, um die Volkspsychose zu meistern, und um den Mut zu haben, völlig neue Wege zu beschreiten und sich rückhaltlos über alle Gegenstände auszusprechen, Männer einander gegenübertreten, von ungeheurem Mut und ungeheurer Gewalt. Hier in Deutschland ist dieser Mann vorhanden. Wenn der Führer sich für das deutsche Volk verpflichtet, handelt es sich um eine endgültige, vorbehaltlose Verpflichtung und die ganze Nation wird ihm folgen. Aber haben Sie in Frankreich trotz Ihres Parteistreites und Ihrer parlamentarischen Kompromisse diesen Mann? Und können Sie ihn unserem Führer entgegenstellen? Ich wünsche das von ganzem Herzen, denn wenn ich recht überlege, habe ich Angst, daß wir zwangsläufig entweder Freund oder Feind sein müssen. Eine halbe Maßnahme gibt es nicht."

Die Genfer Minderheiten-Debatte

Keine Verständigung über die Grundbegriffe

GENF, 4. OKTOBER

Im sechsten Ausschuß der Völkerbundversammlung wurde heute die Minderheitendebatte fortgesetzt. Als erster Redner sprach im Namen der Delegation von Haiti der in Paris wohnende griechische Jurist Frangulis zur Begründung seines in der Völkerbundversammlung eingereichten Antrages auf Verallgemeinerung des Minderheitenschutzes, die er in der Weise durchgeführt sehen will, daß allen Bewohnern eines Landes völlige staatsbürgerliche Gleichberechtigung zuerkannt werde.

Der englische Standpunkt

Der englische Unterstaatssekretär Ormsby-Gore setzte sich dann ausführlich mit den gestrigen Ausführungen des deutschen Vertreters auseinander, ohne die verschiedenen Anträge auf Verallgemeinerung des Minderheitenschutzes, die von anderer Seite vorgebracht wurden, auch nur zu erwähnen. Wenn der deutsche Vertreter eine Verständigung über die Grundbegriffe gefordert habe, so müsse er sagen, daß keine Grundlage einer Verständigung hierüber vorhanden sei. Der Zweck der Minderheitenverträge sei es nicht gewesen, eine Irredenta zu schaffen, sondern es habe sich darum gehandelt, in den neuen unabhängigen Staaten, die aus den Gebieten der bisherigen Staaten gebildet wurden, dafür zu sorgen, daß erstens die Minderheitsangehörigen zu loyalen Bürgern des neuen Staates gemacht würden, und zweitens den Minderheitsangehörigen volle staatsbürgerliche Rechte gesichert würden.

Ormsby-Gore ließ keinen Zweifel darüber, daß es sich für England nicht um eine allgemeine Ausdehnung des Minderheitenbegriffs und des Minderheitenrechts, sondern nur um die zweckmäßige Durchführung der Verpflichtungen des Völkerbundes auf Grund der bestehenden Minderheitenverträge handele.

Benesch verteidigt sich

Außenminister Benesch setzte sich in einer langen Rede mit der Minderheitenfrage auseinander. Es entspreche zweifellos nicht den Grundsätzen des Völkerbundes und der allgemeinen Moral, daß in gewissen Staaten keinerlei Minderheitenverpflichtungen beständen, und daß die Minderheitenrechte ohne Einschreiten des Völkerbundes verletzt werden könnten. Die politischen und juristischen Folgen der deutschen These über die Rasseneinheit führten zu einer grundlegenden Umgestaltung der Minderheitenverträge und der internationalen Beziehungen zwischen den Staaten. Eine derartige Auffassung müsse letzten Endes die friedensichernde Tätigkeit des Völkerbundes unterbinden.

Zur Judenfrage erklärte Benesch, durch die Minderheitenverträge seien die Juden als eine Minderheit der Rasse und Religion anerkannt worden; auch die allgemeinen Grundsätze des Völkerbundpaktes erkennten das Judentum als eine rassenmäßige Minderheit in den einzelnen Ländern an. Benesch verteidigte dann die angeblich äußerst loyale Haltung der tschechoslowakischen Regierung gegenüber den Minderheiten und widersetzte sich scharf jeder Abänderung des Minderheitenverfahrens. Im übrigen betonte Benesch, daß das demokratische System die beste Garantie für die Freiheit aller Staatsbürger sei.

Die deutsche Antwort

Der deutsche Vertreter, Gesandter von Keller, nahm dann nochmals zur Minderheitenfrage das Wort, um auf die verschiedenen Anschuldigungen Deutschlands einzugehen und den deutschen Standpunkt erneut klarzulegen.

Gesandter von Keller führte u. a. aus: Die Debatten im 6. Ausschuß in Angelegenheiten der Minderheiten haben sich oft um schwierige und delikate Fragen gedreht. Sie sind stets unter dem Gesichtspunkt geführt worden, daß es darauf ankomme, die Frage des Schutzes der Minderheiten nach ihrer prinzipiellen Seite zu klären. Der Vertreter Frankreichs hat es für richtig befunden, in dieser allgemeinen Aussprache den Fall Bernheim gegen Deutschland zu zitieren. Die in der Beschwerde Bernheim aufgeworfene Frage der Anwendung gewisser Reichsgesetze innerhalb der Bestimmungen des Genfer Oberschlesien-Abkommens ist in den Verhandlungen des Rates entschieden worden. Die deutsche Regierung hat alle Maßnahmen getroffen, um eine entsprechende Durchführung des Genfer Abkommens für Oberschlesien sicherzustellen.

Nun hat der Vertreter Frankreichs, Berenger, den Versuch gemacht, von den Bestimmungen des Genfer Abkommens auf die allgemeinen Verhältnisse in Deutschland überzugehen. Man muß den Versuch, auf diesem Umwege die in Frage stehenden deutschen Gesetze hier in die Erörterung hineinzuziehen, mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Das Genfer Abkommen für Oberschlesien hat lediglich für dieses Gebiet Geltung. Niemand hat das Recht, die Bestimmungen dieses Abkommens als berufen für die deutsche Gesetzgebung außerhalb Oberschlesiens hinzustellen.

Es muß Befremden erregen, daß uns die Idee der Anwendung des allgemeinen Minderheitenschutzes und seine angebliche Nichtbeachtung durch Deutschland grade von dem Vertreter eines Landes vorgehalten wird, das sich seinerzeit gegen jede rechtliche Verallgemeinerung des Minderheitenschutzes verwahrt hat. Wenn der Ausschuß sich ein Bild von den vorhandenen Möglichkeiten verschaffen will, erscheint es mir wichtig, zu erfahren, wie weit die hier vertretenen Regierungen bereit sind, im Hinblick auf eine rechtliche Verallgemeinerung des Minderheitenschutzes eine entsprechende Verpflichtung auch für die innerhalb ihres eigenen Staatsgebietes lebenden Angehörigen fremden Volkstums zu übernehmen.

Erstes Kleiber-Konzert

Philharmonisches Orchester

Das Philharmonische Orchester veranstaltete gestern sein erstes Konzert unter Erich Kleiber. Den Auftakt gab eine sorgfältig durchgefeilte, frische Aufführung der Euryanthe-Ouvertüre. Dann spielte Lubka Kolessa das Klavierkonzert in C-dur (Köchel 467) von Mozart. Sie hatte wegen eines Autounfalls am Nachsicht bitten lassen, aber es war von irgendeiner Störung ihres seelischen Gleichgewichts nichts zu spüren, ihre Finger liefen so hurtig über die Tasten wie nur je, und zur Sauberkeit im Technischen gesellte sich — wie nur je — die Sauberkeit im Geistigen. Diese sympathische Künstlerin hat so recht das flüssige Temperament, das sich für die Interpretation Mozartscher Musik eignet, Mozartscher Musik von der Art, wie sie sich in diesem so herrlich unproblematischen, so himmlisch schönen Klavierkonzert darbietet. Der Dirigent pulste sich ihr feinfühlig an und das Philharmonische Orchester begleitete unübertrefflich dezent.

Die Große Sinfonie in C-dur von Schubert, die den Abschluß bildete, erfuhr eine klanglich makellose Wiedergabe. Es fehlte nur das rechte seelische Fluidum, das auf ein geschärftes inneres Verhältnis Erich Kleibers zu dem großen Romantiker schließen ließ. Beifall wurde dem Dirigenten und seiner Solistin gleichermaßen in Fülle gespendet.

M. M.

Elmendorff bleibt in Wiesbaden. Auf Wunsch des Amtlichen Preußischen Theaterausschusses hat nach Vereinbarungen mit dem Staatskommissar Hinkel der erste Kapellmeister am Nassauischen Landestheater Karl Elmendorff, in Anbetracht der besonderen Bedeutung der Kurstadt Wiesbaden seinen dortigen Posten auch für die Spielzeit 1933-34 beibehalten. Ministerpräsident Göring hat, wie wir gemeldet haben, vor Wochen Carl von Schirach zum dortigen Intendanten berufen.

Direktor Schüller scheidet aus dem Südwestfunk. Direktor Wilhelm Schüller, Mitbegründer des Südwestdeutschen Rundfunks, scheidet nach der Durchführung der Neuorganisation des Rundfunks auf eigenen Wunsch und im Einvernehmen mit der Gesellschaft aus dem Südwestfunk aus, um sich einer selbständigen Tätigkeit zuzuwenden.

Japanische Parlamentswahlen ausgesetzt

Die japanische Regierung hat nach eingehenden Verhandlungen mit allen Parteien beschlossen, die Wahlen zu allen Parlamenten bis zum 1. Mai 1934 auszusetzen.

Hierzu zwei Beilagen

Verantwortlich
für den redaktionellen Teil: Dr. Gerhard Thimm, Berlin,
für den Anzeigen-Teil: Willy Sauer, Berlin

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung des Bezugsgeldes — Täglich: „Unterhaltungsblatt" — „Finanz- und Handelsblatt" — Wöchentlich einmal: Die illustrierte Beilage „Zeitbilder" — „Literarische Umschau" — „Reise und Wanderung" — „Recht und Leben"
Für Rücksendung unverlangter Manuskripte Porto beifügen

VERLAG UND DRUCK: ULLSTEIN A. G., BERLIN

Der Kampf gegen den „Scheinadel"

Selbstschutz der Adelsgenossenschaft

Weit über die Kreise des Adels hinaus ist heute das Interesse für Familienforschung, Namensgeschichte und Geschlechterfolge rege geworden. Der Wunsch, seinen Stammbaum genau zu kennen, früher nur in Adelskreisen lebendig, hat heute viele Millionen erfaßt. Es ist deshalb allgemein wichtig und interessant, wie sich der deutsche Adel seit dem Jahre 1919 gegen das Eindringen unerwünschter und nicht zugehöriger Elemente in seine Familienverbände wehrte, um so mehr, als Hoffnung besteht, daß alle unter den Begriff „Scheinadel" fallenden Adoptions- und Namensheiraten seit Kriegsende annliiert werden.

Der Adel ist bekanntlich seit 1919 ein Bestandteil des Namens. Er kann nicht mehr verliehen werden. Es gab seitdem keine legale Möglichkeit mehr, auf offiziellem Wege zu einem Adelsprädikat zu gelangen, wenn man es nicht schon besaß. Es gab nur noch gewisse Umwege, eben die Adoption oder die Namensheirat. Diese Umwege sind bedenklich oft beschritten werden, denn Adelsprädikate waren aus vielen Gründen immer sehr begehrt. Ein Mensch, dem es gelungen war, vor seinen Namen ein kleines „von" zu applizieren, fühlte sich dadurch auf eine reizvolle Weise von seinen Mitmenschen abgehoben. Wenn er sich zudem noch eine drei- oder mehrzackige Krone auf sein Taschentuch sticken lassen konnte, dann fühlte er sich, als einen jener Auserwählten, von denen Beaumarchais einmal sagte, daß sie sich bloß die Mühe geben müssen, geboren zu werden.

Oeffentlicher Namensverkauf

Im Hause der Deutschen Adelsgenossenschaft in Berlin gibt es eine besondere Abteilung für die Bekämpfung des Adoptions- und Namensheiratsunwesens. Hier sind weitaus die meisten Fälle, wie sie sich seit 1919 ereignet haben, bekannt, registriert und in allen Einzelheiten ausgeschrieben. Der Leiter dieser Abteilung, Major a. D. von Wickede, weiß viel Interessantes und Merkwürdiges von seiner jahrelangen Tätigkeit gegen den Scheinadel zu berichten.

„Im Vordergrund all der Motive, die da und dort den Wunsch nach dem Erwerb eines Adelsprädikats wach werden lassen, steht natürlich das Eitelkeitsmoment. Mit einem klangvollen Namen glaubt man auch einen ganz neuen Menschen einzutauschen. In anderen Fällen wurden allerdings gleich von vornherein mit dem Erwerb des Scheinadels unreelle Absichten verbunden, wenn z. B. ein Mann, der seinen Adel der Adoption verdankte, nun seinerseits einer Reihe von Frauen durch Scheinheirat den Adel weitergab.

*Es gab Zeiten, in denen der Schein-Adel von allen Seiten angeboten wurde. Im Jahre 1931 enthielt die Liste der Adelsgenossenschaft schon über hundert Namen von solchen Adeligen, die ihren Namen öffentlich zum Verkauf angeboten haben. Es befanden sich in dieser Liste ungemein-klangvolle Namen.

Adoptivkinder und „Massenväter"

Wenn ein Mann adlig werden möchte, kann nur die Adoption helfen. Im Vordergrunde stehen hier nicht nur geistesschwache und uralte Stiftsdamen, sondern auch höchst rüstige Freiherren und Grafen, die auf diese Weise ihrer Familie zwar nicht Ruhm bringen, aber immerhin ihren Geldbeutel auffrischen. Es ist diesen Herren ganz und gar gleichgültig, wem sie ihren Namen geben, Hauptsache ist das „Honorar".

Wie hoch belaufen sich solche Entschädigungen?

Zwischen 1000 und 200 000 Mark. In vielen Fällen werden aber diese Adelsfabriken um das Honorar geprellt. In anderen Fällen sollte das Honorar dadurch hereingebracht werden, daß der frischgebackene Baron oder Graf seit seinerseits eine Reihe von Namensheiraten zu absolvieren gedachte.

In den Listen der Adelsgenossenschaft sind einige „Rekorde" dieser Art verzeichnet: ein in Berlin lebender Freiherr, der nicht weniger als sieben Adoptivsöhne zu seinen Lieben zählt, eine Gräfin, die gegebenenfalls sechs Adoptivsöhne an ihr Herz drücken könnte, wenn ihr oder ihren danach zu Mute wäre. Es laufen heute in Deutschland Freiherrn, Barone, Grafen, Fürsten und Herzöge, ja sogar ein königlicher Prinz herum, die sich in ihrer Wiege, aber auch noch in späteren Jahren, noch nichts von dieser Ehre haben träumen lassen.

Gibt es geeignete Abwehrmaßnahmen?

Ja, man kann versuchen, auf dem Wege der Anfechtungsklage etwas zu erreichen. Es muß dargelegt werden, daß nicht die Schaffung eines wirklichen Kindschaftsverhältnisses, sondern lediglich die Uebertragung eines adligen Namens bezweckt war. Kommt das Amtsgericht zum Ergebnis, daß der zugrundeliegende Adoptionsvertrag unsittlich und daher nichtig ist, so weist es das Standesamt an, die Eintragung im Standesregister wieder zu berichtigen. Auch den Weg der Unterlassungsklage kann man beschreiten. Der Fall liegt natürlich immer schwierig, wenn ein Amtsgericht den ihm zur Bestätigung vorgelegten Adoptionsvertrag bereits genehmigt hat.

Krasse Fälle von Namensheirat

Die Liste der Adelsgenossenschaft enthält manchen Fall, in dem neugebackene adelige Adoptivsöhne hinginnen und schleunigst durch Heirat ihren Adel an eine Frau weitergaben. War das geschehen, hatten sie das ausbedungene Honorar empfangen, wurde flugs die Scheidung eingeleitet und aufs neue geheiratet. Aber auch echte Träger altadeliger Namen versuchten ihren Finanzen dadurch aufzuhelfen. Da ist z. B. der Fall des Angehörigen eines bekannten Geschlechtsverbandes, der in der Zeit von 1919 bis 1931 sechs solche Ehen geschlossen hat, die sofort wieder geschieden wurden. Der Betreffende hat offen zugegeben, daß er seine diversen Ehefrauen kaum kenne.

Für eine Anzahl von sogenannten „Ehevermittlungsinstituten" bildete die Namensheirat im letzten Jahrzehnt die Hauptreinnahmequelle. Von diesen Büros wurde offen annonciert, mit welch vornehmen Adelsprädikaten man hier schacherte. Die Möglichkeit, gegen die zahllosen Namensheiraten, die ja alle nur Scheinehen waren, wirksam anzukämpfen, war bisher ganz gering. Auch die Unterlassungsklage hat wenig Zweck, denn es kann niemandem das Heiraten untersagt werden. Hier kann nur eine Gesetzesänderung helfen.

Wie die Abwehrstelle arbeitet

Wenn der Adelsgenossenschaft von irgendeiner Seite ein Fall von Scheinadoption oder offenkundiger Namensheirat bekannt wird, dann wendet sie sich umgehend mit einer entsprechenden Anfrage an den betreffenden Familienverband. Manche dieser Familienverbände haben in den letzten Jahren aus Zweckmäßigkeitsgründen die juristische Form einer G. m. b. H. angenommen. In ständigem Kontakt mit der Adelsgenossenschaft versucht man nun, an den eigentlich Schuldigen heranzukommen, was oft gar nicht so leicht ist, weil es sich meist um Familienmitglieder handelt, die jede äußere Beziehung zum Familienverband abgebrochen haben. Im Falle einer Adoption versucht man es zunächst auf dem Wege der schon erwähnten Anfechtungsklage; da solche Prozesse immerhin meist recht oft kostspielig zu ein pflegen, ist erst ein Beschluß der Familien G. m. b. H. nötig. In vielen Fällen müssen solche Prozesse wegen Geldmangels einfach unterbleiben.

Auf alle Fälle wird aber bei der Adelsgenossenschaft so viel Material gesammelt, daß der Fall ganz klar liegt. Dieses Material ist für den Fall einer Gesetzesänderung zum Zwecke eines besonderen Namensschutzes sehr wichtig.

Die Zahl der Adoptionen hat in den letzten Jahren so stark zugenommen, daß die Frage nach der Zulässigkeit dieser Verträge nicht nur vom Standpunkte der Standesvertretung des deutschen Adels, sondern auch vom Standpunkt des allgemeinen Rechtsschutzes erhoben werden konnte. Anfang des Jahres hat sich die deutsche Adelsgenossenschaft mit der Bitte an den Reichsjustizminister gewendet, die Amtsgerichte anzuweisen, bei Vorlage adeliger Adoptionsverträge das Gutachten der deutschen Adelsgenossenschaft einzuholen. Diesem Wunsche ist das Reichsjustizministerium nachgekommen. Seitdem haben also Adoptionslustige der obengenannten Art kein so leichtes Spiel mehr wie früher.

W. L.

Die Potsdamer Gattenmörderin in Sorau verhaftet

Durch einen eigenartigen Zufall konnte die 25jährige Ehefrau Pauline Zeichner, die, wie berichtet, am vorigen Sonntag ihren Ehemann Alfred Zeichner in der gemeinsamen Wohnung in der Wäckerstraße 7 in Potsdam durch acht Schläge mit einer Axt getötet hat, gestern abend in Sorau verhaftet werden. Rückfragen der Sorauer Polizei bei der Potsdamer Mordkommission ergaben mit Sicherheit, daß es sich bei der Festgenommenen tatsächlich um die Mörderin handelt.

Ein Berliner Automobilist, der mit seinem Wagen auf dem Wege nach Glogau war, wurde gestern mittag bei dem Dorf Starzeddel von einer Frau angehalten, die ihn bat, sie ein Stück mitzunehmen. Der Autofahrer ließ sie in den Wagen einsteigen, und auf seine Frage erklärte die Frau, daß sie nach Waldenburg wolle. Der Autobesitzer mußte die Fremde in Sommerfeld absetzen, da er von dort aus einen anderen Weg hatte. Er schenkte der Frau, die ins Wohlfahrtsamt in Sommerfeld ging, noch 20 Pfennige und fuhr dann nach Sorau weiter. Dort fand er in einer Berliner Zeitung die Personalbeschreibung der Mörderin. Daraufhin ließ er sich auf der nächsten Polizeistation eine Fotografie der Ehefrau Zeichner zeigen. Er erkannte sofort auf dem Bilde die Frau, die er mitgenommen hatte. Die Polizei in Sommerfeld wurde benachrichtigt und stellte Ermittlungen an. Die Fahndung nach der Gattenmörderin, die sich gleich wieder aus dem Wohlfahrtsamt entfernt hatte, blieben jedoch ergebnislos.

Als der Berliner Autofahrer abends die Rückfahrt nach Berlin antrat, traf er in der Nähe des Dorfes Gassen zufällig die Frau wieder. Er hielt seinen Wagen an und fragte die Frau, wohin sie denn jetzt wolle. Auf ihre Antwort „in die nächste Stadt" nahm er sie wieder mit und fuhr noch einmal nach Sorau, wo er seine Gefangene der Polizei ablieferte. Im Verhör gab sie zu, die Ehefrau Zeichner zu sein, sie machte jedoch einen völlig verwirrten Eindruck, so daß über die Mordtat noch nichts erfahren werden konnte. Noch in der Nacht beorderte Kriminalkommissar Schwätzner Beamte nach Sorau, die die Frau im Laufe des heutigen Vormittags nach Potsdam bringen.

Großfeuer in der Wilhelmstraße

150 Quadratmeter Dachstuhl in Flammen

Ein gefährlicher Dachstuhlbrand brach gestern nachmittag im Hause Wilhelmstraße 123 in der Nähe des Halleschen Tores aus. Da beim Eintreffen des ersten Löschzuges das Dachgeschoß des Vorderhauses schon in einer Ausdehnung von 150 Quadratmeter brannte, wurde dritter Alarm gegeben. Unter der Leitung von Oberbaurat Foth nahmen drei Züge den Kampf gegen die Flammen auf. Zuerst mußten Löschtrupps mit Rauchschutzmasken vorgehen und durch Einschlagen des Daches dem Qualm und Rauch Abzug verschaffen. Dann wurde ein konzentrischer Löschangriff aus vier Rohren durchgeführt. Nach einstündiger Arbeit war der Brand eingekreist und der Seitenflügel des Hauses, der auch schon Feuer gefangen hatte, vor Schaden bewahrt. Durch das eingedrungene Wasser haben die Wohnungen im vierten Stockwerk schwer gelitten, außerdem sind zahlreiche Bodenkammern mit Inhalt völlig vernichtet. Die Entstehungsursache des Feuers ist noch nicht völlig geklärt.

Polizei und SA führten Absperrungen an der Brandstätte durch, hinter denen sich eine große Menschenmenge drängte.

Mensch, ärgere Dich

Aus den Berliner Gerichten

Die Kontoristin Ingeborg Spahnz war eine Mieterin wie die ehrwürdige Frau Wiesenthal sie sich wünschte. Das junge frische Mädel mit dem energischen Gesicht und den freundlichen blauen Augen gefiel ihr genau so, wie der schon grauhaarige Vertreter Schwarz, der Ingeborg beim Wohnungsuchen behilflich war. Ingeborg Spahnz ging es nicht anders mit Frau Wiesenthal. So einigte man sich schnell über die Mietsbedingungen für die beiden leerstehenden Zimmer. Frau Wiesenthal hatte auch nichts dagegen, daß das junge Mädchen zu ihren Möbeln einige Büromöbel stellte und schon mitten im Monat einzog.

„Ja", sagte Frau Wiesenthal ingrimmig zu dem Richter, „und dann ging das Waschecken entzwei." Frau Wiesenthal behauptete, Ingeborg hätte es entzweigemacht, während das junge Mädchen Frau Wiesenthal beschuldigte. Wer mag das entscheiden? Die Tücke des Objekts wird aber viel zu wenig von den Menschen in Rechnung gestellt. Vielleicht ging das Waschecken von allein entzwei, nur im diese beiden Menschen zu entzweien. Grade Waschecken ist eine solche Handlungsweise durchaus zuzutrauen.

Tatsache jedenfalls ist, daß Ingeborg Spahnz aus dem gesprungenen Waschecken ihre Schlüsse zog. Dieses Waschecken hatte sie heil und ganz mitgemietet. Frau Wiesenthal wollte es nicht durch ein neues ersetzen, folglich zog die energische Ingeborg den entsprechenden Betrag zunächst einmal von der Miete ab.

Es ist immer eine schwierige Sache, jungen Mädchen Rechtsbelehrungen erteilen zu wollen. Frau Wiesenthal schwang ihren Mietskontrakt, in dem zu lesen war, daß gegen die Mietsforderungen Forderungen des Mieters nicht aufgerechnet werden dürften. Ingeborg erklärte darauf kurz und bündig, sie habe den Vertrag zwar unterschrieben, aber die Bedingungen nicht gelesen, folglich seien diese auch nicht gültig. So ist das nun einmal mit der weiblichen Logik. Der Richter meinte hierzu, daß sich viel Unheil in der Welt vermeiden ließe, wenn nur die Menschen bei Miets- und Versicherungsverträgen die gedruckten Bedingungen lesen wollten, was sie erfahrungsgemäß nie täten.

Eine weitere Zuspitzung der Lage wurde zunächst dadurch verhindert, daß Ingeborg Spahnz in die Sommerfrische fuhr, nachdem sie ihr Zimmer abgeschlossen hatte, allerdings ohne die Miete zu bezahlen. Daß sie auf dem Waschtisch ihre Nadel mit der echten Perle liegen ließ, sei hier nur der Ordnung halber vermerkt.

Frau Wiesenthal wurmte die nichtbezahlte Miete. Nach einigen schlaflosen Nächten kam sie zu dem Entschluß, ihre Mieterin dadurch zu strafen, daß sie während ihrer Abwesenheit den Waschtisch mit dem Anschluß für warmes und kaltes Wasser aus dem Zimmer entfernen ließ. Sie drang mit Hilfe eines zweiten Schlüssels in Ingeborgs Reich ein, und der Monteur führte seine Arbeit aus, nicht ohne dabei ein Paar Schuhe zu verderben, das Ingeborg unter dem Waschtisch hatte stehen lassen. In des Mädchens Freundeskreis wurde diese Handlung Frau Wiesenthals später nur mit der „Einbruch" bezeichnet.

Jeder wird einsehen, daß nun der Zeitpunkt für einige dauerhafte Zivilprozesse gekommen war. Frau Wiesenthal klagte auf Zahlung der rückständigen Miete, Ingeborg auf Schadenersatz für die verdorbenen Schuhe und die verschwundene Perle. Das Gericht gab jedem das Seine, Frau Wiesenthal wurde dazu verurteilt, die Schuhe zu ersetzen, jedoch nicht die Perle, deren Existenz nicht nachweisbar war. Ingeborg Spahnz wurde verurteilt, die rückständige Miete für vier Monate zu zahlen. Beide Parteien verlangten nun stürmisch von der anderen das Geld, ohne natürlich selbst zu zahlen.

Jetzt ging Frau Wiesenthal zum entscheidenden Sturmangriff vor. Sie ließ Ingeborgs Möbel pfänden. Nicht lange jedoch konnte sie sich dieses Sieges erfreuen. Denn jetzt tauchte Herr Schwarz auf und erklärte, daß die Möbel ihm gehörten, worauf Frau Wiesenthal sie zähneknirschend wieder freigeben mußte. Dann aber kam ihr der rettende Gedanke. Hatte diese Person, die Spahnz, nicht bei ihrem Einzug gesagt, die Möbel wären ihr Eigentum. War sie nicht also eine Betrügerin? Wiederum hatte Frau Wiesenthal Erfolg. Der Betrugsanzeige wurde stattgegeben, und nun sitzt also Ingeborg Spahnz, jung und frisch und nett anzuschauen, auf der Anklagebank.

Jetzt geht alles in schönster Ordnung. Frau Wiesenthal beschwört, daß Herr Schwarz ihr selbst an jenem denkwürdigen Tage gesagt habe, die Möbel seien Eigentum von Ingeborg Spahnz. Herr Schwarz beschwört, daß daran kein Wort wahr sei. Herr Schwarz behauptet und beschwört, daß Frau Wiesenthal anwesend war, als Ingeborg Spahnz den Vertrag unterschrieb. Er könne sich noch genau daran erinnern, denn sie habe plötzlich aufgeschrien, weil ihr Goldfisch aus dem Wasser gesprungen sei. Frau Wiesenthal beschwört, sie habe nie einen Goldfisch gehabt.

Dann spricht das Gericht Ingeborg Spahnz mangels ausreichender Beweise frei. Das ist gewiß ärgerlich. Auf der andern Seite hat Ingeborg immer noch die Miete zu bezahlen, so daß man getrost auf weitere Verwicklungen hoffen kann.

G. v. K.

Zuchthausurteil des Sondergerichts. Wegen verbotenen Tragens des nationalsozialistischen Parteiabzeichens und wegen Diebstahls hatte sich vor dem Sondergericht der Schneider Eduard Widderich zu verantworten. Der Angeklagte lernte einen SA-Mann kennen, dem gegenüber er sich durch ein Abzeichen als Angehöriger der nationalsozialistischen Partei legitimierte. Da der Angeklagte sich darüber beklagte, daß er obdachlos sei, nahm der SA-Mann ihn für mehrere Tage bei sich auf. Als er jedoch eines Tages Geld, die er für die Partei kassiert hatte, unbemerkt in seiner Wohnung zurückließ, machte sich der Angeklagte darüber

Unser Unterhaltungsblatt

enthielt im gestrigen Abendblatt u. a. folgende Beiträge:

Erinnerungen an Joseph Conrad

Aufgeschrieben von seiner Frau Jessie Conrad

Der Erbe..... von Grete Garzarolli

her und verschwand mit seiner Beute. Es stellte sich heraus, daß seine Angaben, er sei Parteimitglied, nicht stimmten, sondern daß es sich bei ihm um einen bereits 22mal vorbestraften Menschen handelte. Das Sondergericht bewertete die gemeine Gesinnung, die der Angeklagte durch den Diebstahl bei seinem gastfreundlichen Wirt an den Tag gelegt hatte, als besonders strafverschärfend und erkannte gegen Widderich auf eine Zuchthausstrafe von 5 Jahren und auf 5 Jahre Ehrverlust.

Fünf Sittlichkeitsverbrecher festgenommen

Im Verlauf der Fahndung nach dem Mörder der Schneiderin Irmgard Schlee hat die Kriminalpolizei fünf Sittlichkeitsverbrecher festgenommen, die in der letzten Zeit Ueberfälle auf Frauen verübt haben. Einer von ihnen, der 27jährige Arbeiter Harry Funk hat gestanden, am 23. September dieses Jahres ein Attentat auf ein junges Mädchen in der Teltower Straße verübt zu haben. Durch das Herankommen eines Autos wurde der Verbrecher gestört und flüchtete. Der Festgenommene war schon als 21jähriger wegen eines ähnlichen Deliktes zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Jetzt erklärte er bei der Vernehmung, solche Taten verübt zu haben, um „Rache am ganzen weiblichen Geschlecht zu nehmen", da er mit seiner früheren Braut ein schweres Zerwürfnis gehabt habe. In diesem Zusammenhang weist die Kriminalpolizei darauf hin, daß Frauen, die belästigt werden, unbedingt Anzeige bei der Polizei erstatten müssen. Solche Angaben nehmen Beamtinnen der weiblichen Kriminalpolizei entgegen.

Der flüchtige Mörder der Schneiderin ist dringend verdächtig, noch ein anderes Sexualverbrechen verübt zu haben. Im Februar dieses Jahres wurde in Berlin eine Frau überfallen und eines goldenen Ringes mit Brillanten, einer goldenen achteckigen Armbanduhr am grauen Wildlederband und einer goldenen Halskette beraubt. Offenbar kommt der Täter auch für einen Raub in Betracht, der im Oktober vorigen Jahres verübt wurde. Dabei entwendete er einen Siegelring mit dem Monogramm F. N. und eine Korallenkette. Es wird nochmals auf die Belohnung von 1000 Mark hingewiesen, die für zweckentsprechende Angaben ausgesetzt sind.

Schwere Verkehrsunfälle

Ein Schüler totgefahren

Im Laufe des gestrigen Nachmittags und Abends ereigneten sich in Berlin zahlreiche schwere Verkehrsunfälle. Ein Todesopfer forderte ein Unfall in der Kreuzbergstraße, wo der 11jährige Maximilian Charzanowski aus der Kreuzbergstraße 72 von einem Lastauto überfahren wurde. Der Knabe erlitt schwere innere Verletzungen, denen er auf dem Transport ins Urbankrankenhaus erlag.

In der Stresemannstraße wurde der 51jährige Geschäftsführer Friedrich Langhagen aus der Halleschen Straße 23 von einem Privatauto umgefahren. Der Verunglückte erlitt einen schweren Schädelbruch. Er wurde ins Urbankrankenhaus gebracht. — An der Ecke Uhlandstraße-Hohenzollerndamm in Wilmersdorf stürzte der 33jährige Karl Müller aus der Augsburger Straße 30 bei einem Zusammenprall seines Fahrrades mit einer Kraftdroschke so unglücklich, daß er schwere innere und äußere Verletzungen davontrug. Er mußte ins Gertrauden-Krankenhaus eingeliefert werden.

Der 65jährige Vertreter Karl Wolf aus der Greifenhagener Straße 68 wurde von einem Auto umgerissen. Mit einem schweren Schädelbruch fand der Verunglückte im Bethanien-Krankenhaus Aufnahme.,

Chronik vom Tage

Einbrecherkolonne festgenommen

Die Kriminalpolizei in Fürstenwalde überraschte gestern eine Kolonne Berliner Einbrecher, die nach einem Einbruch in ein Zigarrengeschäft grade die Rückfahrt nach Berlin in einer Autodroschke antreten wollten. Einer der Einbrecher konnte fliehen, die anderen drei wurden in Haft genommen. — In einem Haus in der Friedrichsfelder Straße in Berlin O beschlagnahmte die Polizei bei einem 26jährigen Erich S. ein umfangreiches Diebeslager von Stoffen. Der Wohnungsinhaber wurde festgenommen. Bei der Vernehmung erklärte er, die Sachen von einem Mann zum Unterstellen bekommen zu haben.

Zwei Frauen und ein Mann

Die Berliner Polizei ist durch die Münchener Behörden von dem Auftauchen einer Berliner Diebesbande informiert worden, deren Spezialität Pelzdiebstähle sind. Es handelt sich um zwei Frauen und einen Mann, die große Pelzsalons aufsuchen. Während sich die Frauen Mäntel vorführen lassen, stiehlt der Mann mit raffinierten Tricks Pelze. Das Trio hat vor kurzem Geschäfte in der Leipziger Straße und in der Tauentzienstraße heimgesucht.

Lebensmüde

In ihrer Wohnung in der Hubertusstraße in Waidmannslust vergiftete sich die 69jährige Ehefrau Hulda H. mit Gas. Die Wiederbelebungsversuche der Feuerwehr waren ergebnislos. Die Polizei beschlagnahmte die Leiche.

Glückwunsch zum 100. Geburtstag. Der Preußische Ministerpräsident hat der Privatiere Agathe Eggers in Hannover anläßlich ihres 100. Geburtstages am 5. Oktober 1933 ein Glückwunschschreiben, eine in der Staatlichen Porzellanmanufaktur in Berlin hergestellte Ehrentasse und ein Geldgeschenk überreichen lassen.

Ausstellung der Klempner und Installateure. In Gegenwart von zahlreichen Vertretern der staatlichen und der städtischen Behörden, des Handwerks und der Industrie in den Räumen der Fachschule der Klempner- und Installateur-Innung Berlin (Köpenicker Straße 148-149) eine Ausstellung eröffnet, die im Zusammenhang mit der Reichs-Berufs- und Fachschul-Tagung auf die Bedeutung handwerklicher Schulung des Nachwuchses hinweist. Nach den Eröffnungsansprachen, bei denen besonders des Geburtstages des Reichspräsidenten gedacht wurde, gab Direktor Thom von der Fachschule einen Ueberblick über den Aufbau und die Ziele der Anstalt. Ein Rundgang führte durch die Lehrwerkstätten in die Ausstellung, auf der zahlreiche Lehrlings- und Gesellenstücke die Anerkennung der Besucher fanden.

Wo erhält man die Winterhilfs-Plakette?

Wie wir bereits mitteilten, erhalten diejenigen, die eine ihrem Einkommen angemessene Spende für das Winterhilfswerk des deutschen Volkes abführen, Plaketten mit dem Aufdruck „Wir helfen", die sie für den laufenden Monat von der Gebepflicht für alle weiteren Sammlungen befreien. Wie der Gau Berlin des Winterhilfswerks mitteilt, können Betriebe diese Plaketten für ihre Lohn- und Gehaltsempfänger bei ihrer zuständigen Kreisgeschäftsstelle der NS-Volkswohlfahrt anfordern und der Anforderung eine Liste beifügen, die die Namen der Spender und die Höhe des gespendeten Geldbetrages jedes einzelnen enthält. Gegen Zahlung des Betrages an die betreffende Kreisgeschäftsstelle der NS-Volkswohlfahrt werden dann die Plaketten ausgegeben, die den Stempel der Ausgabestelle tragen müssen.

Alle andern Volksgenossen, die eine entsprechende Spende für das „Winterhilfswerk des deutschen Volkes 1933/34" abführen, setzen sich mit der zuständigen Kreisgeschäftsstelle der NS-Volkswohlfahrt in Verbindung und erfragen dort ihre zuständige Ortsgruppengeschäftsstelle der NSV. Von den Ortsgruppengeschäftsstellen der NSV können sie die Plakette anfordern, indem sie dort den Nachweis führen, daß die Spende als angemessen zu betrachten ist. Wir führen nachstehend die Kreisgeschäftsstellen auf:

Kreis Mitte: Kreiswalter Bruno Engelke; Geschäftsstelle: Berlin C 2, Jüdenstraße 24 (Tel.: E 1 2438).
Kreis Tiergarten: Kreiswalter Ernst Knabe; Geschäftsstelle: Berlin NW 21, Rathenower Straße 66 (Tel.: C 9 0013, App. 100).
Kreis Wedding: Kreiswalter Helmut Grünberg; Geschäftsstelle: Berlin N 31, Puttbuser Straße 22 (Tel.: D 4 2767).
Kreis Prenzlauer Berg: Kreiswalter Max Laubschat; Geschäftsstelle: Berlin N 58, Weißenburger Straße 53 (Tel.: D 4 9688).
Kreis Friedrichshain: Kreiswalter Karlheinz Pohl; Geschäftsstelle: Berlin O 27, Markusstraße 1 (Tel.: E 9 6497).
Kreis Kreuzberg: Kreiswalter Walter Römer; Geschäftsstelle: Berlin, Urbanstraße 67 (Tel.: A 1 7191), bis 3.30 Uhr.
Kreis Charlottenburg: Kreiswalter Karl Schulz; Geschäftsstelle: Charlottenburg, Rognitzstraße 8 (Tel.: J 3 9396).
Kreis Spandau: Kreiswaltec Heinrich Pechta; Geschäftsstelle: Spandau, Breite Straße 65 (Tel.: C 7 2335).
Kreis Wilmersdorf: Kreiswalter Josef Gschwand; Geschäftsstelle: Halensee, Karlsruher Straße 3 (Tel.: J 7 1062).
Kreis Zehlendorf: Kreiswalter Liwer; Geschäftsstelle: Zehlendorf, Rathaus, Kirchstraße 1/3 (Tel.: H 4 0012).
Kreis Schöneberg: Kreiswalter W. Liehre; Geschäftsstelle: Schöneberg, Neues Rathaus, Rudolf-Wilde-Platz, Zimmer 164 (Telefon: G 1 2871, App. 84).
Kreis Steglitz: Kreiswalter Johannes Weymann; Geschäftsstelle: Ringstraße 49 (Tel.: H 3 2826).
Kreis Tempelhof: Kreiswalter Kurt Blume; Geschäftsstelle: Tempelhof, Alboinstraße 91 (Tel.: G 5 0680).
Kreis Neukölln: Kreiswalter Richard Klimke; Geschäftsstelle: Neukölln, Rathaus, Donaustraße 30/31 (Tel.: F 2 0011, App. 156).
Kreis Treptow: Kreiswalter Robert Michelewitz; Geschäftsstelle: Niederschöneweide, Berliner Straße 134 (Tel.: F 3 1604).
Kreis Köpenick: Kreiswalter Willi Wagener; Geschäftsstelle: Köpenick, Gutenbergstraße 30 (Tel.: F 4 2658), ab 15.30 Uhr.
Kreis Lichtenberg: Kreiswalter Otto Schliffer; Geschäftsstelle: Lichtenberg, Stadthaus, Türrschmidtstraße 24 (Tel.: E 5 5151).
Kreis Weißensee: Kreiswalter Fritz Popp; Geschäftsstelle: Weißensee, Wörthstraße 23 (Tel.: E 6 Weißensee 2581), ab 17 Uhr.
Kreis Pankow: Kreiswalter Ernst Schröder; Geschäftsstelle: Pankow, Rathaus, Z. 22/23.

Die verschütteten Bergleute gerettet

KATTOWITZ, 4. OKTOBER

Den Anstrengungen der Rettungsmannschaften ist es schneller, als man erwarten konnte, gelungen, an die bereits totgeglaubten zehn Bergknappen, die am Mittwoch morgen bei dem Einsturzunglück auf der Polska-Grube in Eichenau verschüttet worden waren, gegen 18 Uhr heranzukommen, und sie nach kurzer Zeit lebend zu bergen. Wie durch ein Wunder haben die Bergleute außer geringfügigen Hautabschürfungen keinerlei Verletzungen davongetragen. Sie unterstützten die Rettungsarbeiten ihrer Kameraden dadurch, daß sie ihrerseits in der Richtung, in der die Rettungsmannschaften arbeiteten, vorstießen.

Sendegruppe West

LEIPZIG, 4. OKTOBER

Reichssendeleiter Eugen Hadamovsky hat als ersten Schritt einer großzügigen Zusammenfassung der Arbeitsleistungen im deutschen Rundfunk die neugeschaffene Sendegruppe West mit den Sendern Köln, Frankfurt a. M. und Stuttgart verkündet und mitgeteilt, daß noch weitere Zusammenfassungen zu erwarten sind.

Dieser Schritt ist als planmäßige Nationalisierung der deutschen Funkpolitik und als Ueberwindung eines vergangenen Partikularismus allgemein begrüßt worden. Es werden nunmehr Kombinationen über die weiteren Sendegemeinschaften angestellt, die, wie die Reichsrundfunkgesellschaft mitteilt, durchweg noch sehr verfrüht sind. Man muß damit rechnen, daß ähnliche Maßnahmen der Programmplanungen, wie sie für den Westen bereits Tatsache geworden sind, auch für andere Sendegruppen getroffen werden.

Ein Dorf kämpft gegen Feuer

In dem kleinen Dorf Tschernsdorf, Kreis Guben, brach gestern nachmittag ein Feuer aus, das Ställe und Scheunen ergriff. Die kleine Feuerwehr, die das Dorf unterhält, bemühte sich vergebens, den Brand einzukreisen. Ein Gebäude nach dem andern wurde von den Flammen erfaßt, und am Abend waren sieben Ställe und fünf Scheunen zerstört, ohne daß es gelang, dem Brand Einhalt zu gebieten. Alle Feuerwehren der Umgebung sind noch nachts angerückt. Die Löscharbeiten gestalten sich wegen Wassermangels außerordentlich schwierig.

Brasilianische Regierung an Bord des „Graf Zeppelin". Das Luftschiff „Graf Zeppelin" ist auf seiner achten diesjährigen Südamerikafahrt gestern, Dienstagabend, in Pernambuco gelandet und am Mittwoch, vormittags 9 Uhr, zur Weiterfahrt nach Rio aufgestiegen. Es sind der brasilianische Bundespräsident Vargas, der Verkehrsminister America, der Landwirtschaftsminister Tavoral, der Luftfahrtminister Grillo sowie mehrere hohe Offiziere mit Gefolge an Bord gegangen. Es ist das erstemal, daß hohe ausländische Staatsoberhäupter sich des Luftschiffs „Graf Zeppelin" als komfortablem Verkehrsmittel für lange Ozeanstrecken bedienen.

Denkt an die
„Stiftung für Opfer der Arbeit"
Einzahlungen an Reichskredit-Gesellschaft A. G., Berlin W. 8, Behrenstraße 21/22, sowie auf deren Reichsbankgirokonto und deren Postscheckkonto Berlin 120 unter Angabe der Kontobezeichnung „Stiftung für Opfer der Arbeit".

Die Baden-Badener Spielbank

Wie schon kurz berichtet, wurden in Baden-Baden wieder Spielsäle eröffnet. Unser Mitarbeiter gibt hier einen Ueberblick über den neuen Spielbetrieb

Baden-Baden verdankte seinen Ruf als internationaler Badeort nicht zum geringsten dem großen weltstädtischen Treiben, das sich an das Spiel im Kurhaus knüpfte. Vor 61 Jahren, in der Silvesternacht von 1872 zu 1873, wurden die Spielsäle geschlossen. Jetzt hat die Kurverwaltung daraus die Konsequenzen gezogen und mit einer Gruppe französischer Kapitalisten, die maßgebend an dem Spielbetrieb in Biarritz und Aix-les-Bains beteiligt sind, die Konzession für ein Jahr für das öffentliche Spiel in Baden-Baden vergeben. Die Stadt hat einen sehr günstigen Vertrag abgeschlossen, der ihr hohe Prozente und einen Reingewinn garantiert. Zum Leiter des Spiels wurde einer der bekanntesten französischen Spielbankdirektoren, George Wurmbser, ernannt, der nach dem Zeugnis der französischen Behörden in Biarritz und Aix-les-Bains die dortigen Spielbanken mustergültig geleitet hat.

Da es nicht genügend ausgebildete deutsche Croupiers gibt, die die Spiele beherrschen, werden in den ersten Monaten Croupiers der Bank von Monte Carlo Dienst tun. Es wird jedoch dafür gesorgt werden, daß deutscher Nachwuchs herangezogen wird. Eine eigene Croupierschule wird eröffnet, in der junge Leute, die mindestens drei Weltsprachen Deutsch, Französisch und Englisch beherrschen und über eine tadellose Vergangenheit verfügen, Aufnahme finden. Es gehört allerdings zu diesem Amt eine außerordentlich rasche Auffassungsgabe und eine genaue Menschenkenntnis sowie die Fähigkeit, blitzschnell komplizierte Rechnungen im Kopf auszuführen.

Gespielt werden Roulette, Bakkarat und Boule. Ausländern, die das Glück haben, im Spiel zu gewinnen, wird durch besondere Bestimmungen die Möglichkeit gegeben, auch ihren Gewinn aus Deutschland mitzunehmen, ohne die Beträge auf Sperrmark anlegen zu müssen, wie es sonst für Ausländer verlangt wird. Die Devisenbewirtschaftungsstelle erteilt die Erlaubnis für die Ausfuhr der betreffenden Summen, falls eine Bescheinigung der Spielbank und der Stadtverwaltung vorliegt, daß der Betrag tatsächlich im Spiel gewonnen ist. Es wird mit Spielmarken, sogenannten Jetons, gespielt, die an der Kasse der Spielbank eingewechselt werden können. Bares Geld soll im Spielsaal nicht zirkulieren.

Personalien. Direktor Ludwig Friedmann vom Dreimaskenverlag ist im Alter von 57 Jahren einem Herzschlag erlegen. Friedmann war eine in Bühnen- und Theaterkreisen bekannte Persönlichkeit; er leitete lange Jahre den Bühnenvertrieb des Dreimaskenverlags.

Vereine, Vorträge, Versammlungen. Heute, Donnerstag: Lessingmuseum, Brüderstraße 13. 20 Uhr. Dr. Alfred Werner: „Der heroische Nietzsche." Lieder, komponiert von Friedrich Nietzsche, singt Margarethe Roll. Am Flügel Egon Siegmund. — Reichsverband der Ruhe- und Wartestandsbeamten u. Hinterbliebene e. V. Ortsgruppe „Berlin-Nord". 16 Uhr, Sportrestaurant in der Cantianstraße. Vortrag von Herrn Prof. Weber-Robine. Pensionäre und Hinterbliebene als Gäste willkommen. — Verein ehem. Kameraden Brandenburg. Inf.-Regt. 396. Zusammenkunft 20.15 Uhr abends, im Vereinslokal Dehn, Jägerstraße 61a. — Landsmannschaft der Schleswig-Holsteiner. 20 Uhr, Dresdener Garten, Dresdener Straße 45. Heimat- und Vortragsabend. Landsleute willkommen.

Schluß des redaktionellen Teils

WAS DIE GESCHÄFTE ZEIGEN

Die diesjährige Handarbeits-Ausstellung des Hauses N. Israel, Spandauer Straße, ist besonders originell. Es werden nicht nur die Fertigresultate der verschiedenen Handarbeits-Techniken gezeigt, sondern ihre Entstehung. Auf erhöhten Sitzen sind junge Mädchen beschäftigt, eifrige Zuschauerinnen in die Geheimnisse der Gobelinstickerei, des Wickel à jours, der Teppichknüpferei, der Klöppelei, des Richelieu- und Filet- und wie die vielen Handarbeitsstiche sonst noch heißen, einzuweihen. Rings um sie herum sind die einzelnen fertigen Arbeitsstücke ausgestellt. Sie beweisen, daß der moderne Haushalt die Handarbeit nicht mehr entbehren will. Sie ist ein Zeichen von gepflegtem Geschmack, von Heimkultur und Frauenfleiß.

Besonders reichhaltig und schick ist die Kollektion, die das Haus Hermann Tietz u. Co. in diesem Jahr auf seiner großen Modeschau zahlreichen Gästen und Freunden des Hauses vorführte. Die Schlaf- und Hausanzüge, farbig und bestickt, waren aus Kunstseide, Wolle oder Borkenkrepp angefertigt. Bouclé ist die große Mantelmode. Die netten Tageskleider sind meist aus Wolle. Nachmittags und abends herrscht Kunstseide, Satin Glacé, Crepe, Medina, Crepe Marocain, Velours, Transparent usw. Die Abendkleider, in diesem Jahr hauptsächlich aus Brokat oder deutscher Spitze gefertigt, umschließen die Frauengestalt und erweitern sich hier am Rocksaum zu ausspringenden Volants. Besonderen Beifall fand der wiedererstandene Kasack, der jeder Frau gut steht und an dem die neue Schulterverbreiterung sich so gut verwenden läßt. Als Modefarben traten schwarz, schwarz und wieder schwarz, daneben die bläulich-weiße Gletscherfarbe und ein neues Stahlblau auf.

Den Bedürfnissen der Zeit soll die Ausstellung dienen, erklärte Heinrich Grünfeldt bei der kleinen Eröffnungsfeier. Eine junge Ehe braucht hübsche Wäsche. Das Haus F. V. Grünfeldt, Leipziger Straße, zeigt vier Ausstattungen, die den Bedürfnissen des Heute entsprechen und beweisen, daß man sich einfach, geschmackvoll und doch komplett mit jeder Art Leib-, Tisch-, Haus-, Küchen- und Bettwäsche versorgen kann. In einigen Nebenabteilungen ist außerdem zusammengestellt, was Vertreter und Vertreterinnen der verschiedenen Berufe gebrauchen, um für jede Verrichtung sachgemäß angezogen zu sein. Die Ausstellung beweist aufs neue, daß das Haus seiner alten Tradition treugeblieben ist, Hochqualitäten wohlfeil und praktisch herzustellen.

Eine Gruppe unter Führung des Gastronomen Kurt Pagel von den Fritz-Toepfer-Betrieben (Hotel Friedrich Karl, Berlin) hat die gesamten Femina-Räumlichkeiten für mehrere Jahre gepachtet. Die Ausstattung wird erneuert: im Untergeschoß soll „Fritz Toepfer im Westen" erstehen. Die Preise sollen so volkstümlich gehalten werden, daß weitesten Kreisen der Besuch ermöglicht wird.

Deutscher Kunstmarkt

Der Monat Oktober sieht in Berlin zwei Versteigerungen aus Kunsthändlerbesitz. Am 4. Oktober wurde der Nachlaß des Kunsthändlers Afinsli aus Erbteilungsgründen aufgelöst, Mitte Oktober wird der Gemäldebesitz Hartberg wegen Auflösung seiner Galerie folgen. Beide Auktionen werden durch das Internationale Kunst- und Auktionshaus in Berlin durchgeführt.

Ebenso hatten wir bereits im September zwei derartige Auflösungen von Kunsthändlerbesitz, und in München traten dazu in jedem Monat eine Auflösung. Hugo Helbing beginnt mit der gewohnten Gemäldeauktion süddeutscher Schulen des 19. Jahrhunderts, Otto Helbing Nachf. kündigt für den 24. Oktober eine neue Auktion des schier unerschöpflichen Fürstenbergischen Münzkabinetts zu Donaueschingen an. Irren wir nicht, so ist das unter den von mehreren Firmen besorgten Fürstenbergischen Münzenauktionen nunmehr die achte und ein imponierendes Zeugnis von dem selbst für jene Zeiten, in denen das Münzsammeln die Grundlage alles Sammelns war, gewaltigen Umfange des Donaueschinger Kabinetts.

Lempertz in Köln und Creutzer in Aachen lösen im Oktober ein paar lokale Sammlungen auf. Von der Frankfurter Firma Helbing liegt noch kein festes Programm vor. Nach den ersten Herbstersahrungen hält sich die Preisgestaltung niedrig, sie hat selbst für reine Einrichtungsgegenstände her etwas nachgelassen. Von den internationalen Märkten, die in diesem Monate aus ihrer Ferienruhe treten, wird keine Belebung der Haltung gemeldet.

Von neuen deutschen Bücherkatalogen seien der neue Katalog von Dr. Georg Meffow, Berlin, allgemein mit viel Kunst, hervorgehoben und ein sehr umfangreicher und wichtiger Katalog „Kulturgeschichte" von Heinrich Rosenberg, Berlin, ein allgemeiner Katalog.

Bendows Bunte Bühne

Wer sich die mehr als eigenartigen Voraussetzungen dieses Revue-Schwanks „Aha . . ." vergegenwärtigt (— ein Onkel wünscht, daß sein Neffe eine Negerin heirate, und veranlaßt durch dieses atemberaubende Begehren ein grobes Durcheinander von Leuten, die sich schwarz oder kaffeebraun anstreichen, sich untereinander verwechseln oder aufeinander eifersüchtig sind und mitunter im langen Nachthemd umherlaufen —) nun, der wird keine näheren Aufklärungen darüber erwarten, in welcher Art und mit welchen Mitteln man ihn zur Zeit am Kottbusser Tor zu unterhalten trachtet. Mit einiger Verwunderung indes dürfte er den Sachverhalt zur eKnntnis nehmen, daß diese besorgniserregende Angelegenheit, an der sich die Damen Alice Hechy und Baby Gray sowie die Herren Paul Heidemann, Wilhelm Bendow und Georg Dücker beteiligen, von einem arglosen Zuschauerraum mit Beifall ausgezeichnet wird! — ck.

„Königin Luise" im Zirkus Busch. Das Zirkus-Varieté Busch stellte sich gestern abend mit einem neuen Programm vor, das im Hauptteil ein großes vaterländisches Manege-Schauspiel „Königin Luise" von Paula Busch bringt. Aus der großen Zahl der Darsteller, die ihr Bestes gaben, herausragend Carolin Toelle, die die Königin Luise verkörperte. Ludwig Trautmann war der edle Prinz Louis Ferdinand und Erich Deutscher ein ausgezeichneter Napoleon. Im Vorprogramm zeigten die jüngste deutsche Schulreiterin Micaela Busch und die älteste Reiterin der Welt, die 74jährige Therese Renz, Proben ihrer Reitkunst. Dann reizvolle römische Reiterspiele der Jansky-Truppe, der Reitakt der Adolf-Mark-Familie mit dem kleinsten Reiter der Welt, dem zehnjährigen Klein-Willi, und die Rozis-Schleuderbrettakrobaten, die gleich „lebenden Gummibällen" durch die Manege flogen. Das Publikum zollte dem vielseitigen Programm reichen Beifall.

Theaterabend der Berliner Kolonialwaren-Händler. Der Verband Berliner Kaufleute des Kolonialwaren- und Feinkosthandels veranstaltete in der „Neuen Welt" eine Theateraufführung, bei der das Schauspiel „Alle für einen" von Walfried Mayer gezeigt wurde. Man war von dem Gedanken ausgegangen, in einer unterhaltsamen Form Aufklärungsarbeit im Sinne eines ehrbaren Kaufmannsstandes zu zeigen. Man geißelte die Auswüchse, unter denen grade dieser Stand zu leiden hatte und prpagierte eine Einheitsfront, die in einem Ständestaat eine absolute Notwendigkeit sei. Es wurde mit viel Hingabe gespielt, besonders zeichneten sich dabei Paul Minke, Trudit Daniel, Julius Bastè, Erna Heinrich und Georg Völkel aus, die unter diesen Namensbezeichnungen auf dem Programm standen. Der Beifall war groß.

Sport-Fragen? — Sportberatung fragen! Kostenlose Auskünfte über Sport-Abzeichen, Schwimm-Unterricht, Wintersport, Gymnastik, Leichtathletik u. a. erhalten Sie in unserer Sport-Beratungs-Stelle. Für ärztliche Untersuchungen steht ein Sportarzt zur Verfügung. Sprechstunde heute von 5 bis 6½ Uhr im Ullsteinhaus, Kochstr. 23-24.

SPORT / SPIEL UND TURNEN

55 Jährlinge verkauft!

Hoppegartener Auktion — ein Erfolg

Nach vielen Jahren des ständigen Bergab, von dem die traditionelle Hoppegartener Jährlings-Auktion begleitet war, konnte man dieser Veranstaltung in diesem Jahre zunächst nur mit bangen Erwartungen entgegensehen. Doch das Erfreuliche wurde Tatsache. Die Auktion hatte zum ersten Male wieder überwiegend Käufer und nicht nur „Schleute" angelockt. Die vor wenigen Tagen erschienene Bekanntmachung des Innenministeriums, wonach für die am Rennsport Interessierten kein Grund zur Mutlosigkeit bestehe, hatte ihre Wirkung nicht verfehlt.

So waren am Mittwoch vormittag in Hoppegarten zahlreiche Interessenten versammelt. Man sah Oberlandstallmeister Gustav Rau, Graf Helldorf, Graf Kalnein, viele bekannte Rennstallbesitzer und Züchter. Aus Wien waren Dr. Tonelles, der österreichische Rennmann, und Dr. Schiff erschienen. Bei der zunächst vorgenommenen Prämiierung wurde der erste Preis dem in Westerberg gezogenen Fünftampf, einem braunen Hengst von Landgraf a. d. Frivora, zugesprochen. Als zweitbester Jährling wurde der schwarzbraune Hengst von Sisyphus a. d. Queen Henrietta, der der Zucht des Union-Gestüts Mansbach entstammt, anerkannt.

Von der eigentlichen Auktion sei das wirklich ausgezeichnete Gesamtergebnis vorweggenommen. Abgesehen von einigen freihändigen Verkäufen, gingen 55 Jährlinge unter dem Hammer fort. Der Gesamterlös betrug 72 330 Mark, was dem seit Jahren nicht erreichten Durchschnitt von 1315 Mark entspricht. Ueberraschenderweise trat auch das Hauptgestüt Gradiß als Käufer auf und erwarb zwei prachtvoll gezogene Stuten aus der Mydlinghovener Zucht. Für jede der beiden englisch gezogenen Stuten Donna Vatra (Trigo—Di Vernon) und Selbstgespräch (Spion Kop—Colliloquy), die einstmals eine wertvolle Bereicherung der Gradißer Stutenherde bilden werden, wurden 6000 Mark angelegt. Das waren die Höchstpreise der Auktion. Das nächsttteuere Pferd erwarb Dr. Tonelles (Wien). Er legte für den Abgott-Sohn a. d. Crescendo, Chalif, 4600 Mark an. Zahlreiche Ankäufe tätigten die westdeutschen Besitzer Gebrüder Rösler. So erwarben sie u. a. für 4300 Mark den Wallenstein-Hengst Rückwechsel.

Im Anschluß an die Auktion kamen noch der alte Weiler Beschäler Fockenbach und die Mutterstute Tante Lotte unter den Hammer. Für Fockenbach legte die Preußische Gestütsverwaltung 2500 Mark an, Tante Lotte wanderte für 1050 Mark an den Stall Landsweerth.

Richards gewann sämtliche Rennen

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LONDON, 4. OKTOBER

Bei den Rennen in Chapstow gewann der englische Meisterschaftsjockei Gordon Richards sämtliche sechs Rennen des Nachmittags. Er hat nunmehr 212 Siegesritte in dieser Saison. Es sind noch 70 Renntage, an denen er 34 Siege reiten muß, um den Rekord von Fred Archer von 246 Siegen zu erreichen.

Berlins längstes Trabrennen

Sonntag über 4200 m in Mariendorf

Mit dem Großen Preis von Mariendorf (6000 Mark) wird am Sonntag Berlins längstes Trabrennen entschieden. Es führt über 3½ Runden, genau 4240 Meter, wird aber leider nur ein kleines Feld zusammenbringen. Favorit ist Queruland, der bis zu 140 Meter vorzugeben hat. Es werden folgende Traber am Start erwartet: Hermann Allmers (4240 Meter), Herbster (4240 Meter), Nigoletto (4280 Meter), Blanker Hans (4280 Meter), Banco Duffy (4320 Meter), Queruland (4360 Meter).

Am gleichen Tage wird auch der Hindenburg-Pokal gefahren, der ursprünglich als internationales Vorlaufrennen gedacht war, infolge zu schwacher Beteiligung nun aber als Ausgleich neu ausgeschrieben wurde.

Viebahn hatte großen Erfolg

Auch am zweiten Tage des internationalen Schwimmfestes in Kopenhagen bekamen die Zuschauer hervorragende Leistungen des deutschen Studenten-Weltmeisters im Kunstspringen, Viebahn-Berlin, zu sehen. Jeder Sprung wurde mit großem Beifall aufgenommen. Von den sportlichen Wettkämpfen verdient das 200-Meter-Damenkraulschwimmen Erwähnung, das Lilly Andersen, Dänemarks Meisterin und Weltrekordinhaberin, in neuer dänischer Rekordzeit von 2:46,3 gewann. Die bisherige dänische Bestleistung, von ihr selbst am 2. April in Oslo aufgestellt, stand auf 2:47,5. Die wichtigsten Ergebnisse: 200 Meter Kraul: 1. Szekely-Ungarn 2:24,1; 400 Meter Kraul: 1. Szabados-Ungarn 5:27; 100 Meter Damen-Kraul: 6. Lilly Andersen-Dänemark 1:14,7; 2. Gitta Mallasz-Ungarn 1:18,7; Dänische Meisterschaft im Kunstspringen: 1. Kaj Larsen-Dänemark 266,2 P., 2. Karl Christiansen 241,1 P.

Ein Meister kritisiert

Dr. Barany über den europäischen Schwimmsport

BUDAPEST, IM OKTOBER

Unlängst erschien unter dem obigen Titel im „Az Est" ein interessanter Artikel von Dr. Stefan Báránу, der sich vom aktiven Schwimmsport zurückzog und Verbandsschwimmwart geworden ist. In der Einleitung behauptet er, daß nach den olympischen Spielen immer wier sehr verschiedene Jahre folgen. Das erste Jahr bringt das Zurücktreten der Alten und das Auftauchen neuer Größen. Das zweite Jahr zeigt dann die neuen Meister, das dritte den Rekordwettkampf der olympischen Favoriten. Dann erst folgt die große Prüfung: die olympischen Spiele selbst.

Aus diesen Erwägungen folgert Dr. Báránу, daß in diesem Jahre Japan und Amerika — was Nachwuchs anbelangt — an der Spitze marschieren. In Jusa und Medica haben beide Nationen „neue" Schwimmer, die bereits jetzt die ersten der Welt sind. Japan und Amerika haben überhaupt eine ganze Schar Jungen von Klasse. Hingegen ist Europa hinter den Zeiten von 1931 und 1932 zurückgeblieben. Die Nachfolger von Küppers, Cartonnet, Taris und Báránу haben die Leistungen dieser Europarekordleute nicht erreicht, nur die ungarische Staffel konnte die Europabestleistung verbessern.

Báránу nimmt dann die Leistungen in den einzelnen Disziplinen unter die Lupe, um dadurch auf die Aussichten in Magdeburg 1934 schließen zu können. Ueber 100 Yards (91,4 Meter) hat im Kraulen der Engländer Sutton mit 51,4, über 100 Meter Franz Csik-Ungarn 60,4 und Szécsfely-Ungarn 60,6 erreicht, so daß Csik im nächsten Jahre der Erste sein müßte. Ueber 400 Meter führt noch immer Taris, vor Deiters und Costoli, deden Signori, Szabados und Lengnel folgen. Ueber 1500 Meter sind Deiters und Perentin an der Spitze. Taris schwamm diese Strecke heuer nicht. Es folgen Lengnel, Noig und die anderen Deutschen.

Im Brustschwimmen ist Sietas 1933 der Beste, aber man muß feststellen, daß die große Spitzen-Gruppe der Deutschen in dieser Uebung schwächer wurde. Cartonnet hat pausiert und auch Rheingoldt hat sich nicht sehr angestrengt. Der Nachwuchs ist in dieser Schwimmart sehr klein. Im Rückenschwimmen kämpften heuer nur „come-back"-Leute. Weder Küppers, Deutsch, noch Moual oder Besford, Siegrist oder Bicsley gehören dem jüngeren Jahrgang an. Im Turm- und Kunstspringen führen die Deutschen. Zum Schluß spricht der Europarekordmann von den ungarischen Chancen in Magdeburg und meint, die Ungarn könnten in Magdeburg ihre Bravourleistung von Paris wiederholen.

Da die Magdeburger Europameisterschaften aber erst im August des Jahres 1934 stattfinden, sind solche Voraussagen jedenfalls verfrüht.

Schlußrunde Aussem-Krahwinkel?

Das Tennisturnier in Meran konnte bei ausgezeichnetem Wetter gut gefördert werden. Die deutschen Vertreter erfochten fast auf der ganzen Linie Siege, so schlug Gilly Auffem Frl. Gitmann 6:1, 6:1, Hilde Krahwinkel triumphierte über die Italienerin Mancini 6:1, 6:0. Im Lenzpokal gab es folgende Resultate: Fräulein Jedrzejowska—Frau Stuck 6:3, 6:3; Valerio—Ende-Pflügner 6:2, 6:1. Ferner: Herren-Einzel: Palmieri—Graf Bawarowski 7:5, 6:3; Wittmann—Taroni 7:5, 5:7, 7:5; Ellmer—Fadini 6:3, 6:0; Matejka—Valerio 6:4, 7:5; Bonte—Marsalek 6:3, 10:8; de Stefani—Tloczynski 3:6, 6:2, 6:4; Gentien—Martinelli 12:10, 6:4. Offenes Damen-Einzel: Niboli—Metaxa 6:0, 6:1; Stuck—Barmeggiani 6:1, 6:0; Aussem—Gitmann 6:1, 6:1; Krahwinkel—Mancini 6:1, 6:0; Henrotin—Bruinkops 6:2, 7:5; Luggatti—Ende-Pflügner 6:2, 3:2 aufgegeben; Sander—Paffi 7:5, 7:9, 6:1. Herren-Doppel: Hänsch-Menzel—Zuccoli-

Alles für das Kind

Pulloverkleid Woll-jersey, mit aparter bunter Kragengarnitur, für 6 Jahre wie Abbild.1 (Steigerung 1.—) **12.50**

Sportmantel für Knaben, aus reinw. Flausch, braun u. kamelhaarfb., ganz auf Wollfutter, für 2 Jahre wie Abb.3 (Steigerung 1.—) **12.75**

Anzug für Knaben, Waschsamt, Hose ganz gefüttert, aparte weiße Kragengarn., f. 2 Jahre wie Abb.2 (Steig 1.-) **7.50**

Schulkleid reine Wolle, blauweiß oder braunweiß kariert, f. 6 Jahre (Steigerung 1.-) **8.50**

Sporthemd Flanell, mit passender Krawatte, in verschiedenen Dessins, für 3 Jahre (Steigerung 0.20) **1.50**

Hose reine Wolle, ganz gefüttert, in Mode, f. 5 Jahre (Steigerung 0.25) **4.50**

Regenmantel für Knaben und Mädchen, aus Lederol, für 6 Jahre (Steigerung 0.50) **8.10**

Wollkleid für junge Damen, in hübschen Farben **12.75**

Sportmantel für junge Damen, mit breitem Herrenrevers.. **29.75**

Herbstkostüm moderne Ausführung, für junge Damen, in braun, blau und mode **37.75**

Knieströmpfe z. T. reine Wolle oder Wolle mit Kunstseide
Gr. 1—3 4—7 8—11
Paar **1.451.651.85**

Sportschuh braun Rindbox, gute Strapazier-Qualität, randgenäht, mit Oesen, Größe 31/35 Paar 5.90 Größe 27/30 ..... **5.50**

Mantel Lammfell, ganz gefüttert, Länge 42 (Steigerung 0.75) **6.50**

Hemdhose Kunstseid. angerauht, i. vielen Wäschefarb., Lg. 45, Steig. 0.20 **1.65**

Filzhut runde Form, in allen Modefarben **3.90**

Strickhandschuhe reine Wolle, mit hübschem bunten Flauschrand.... Paar **1.25**

Trainingsanzug gute Qualität, mit Reißverschluß, Gr. 0 ..... **4.90** (Steigerung 0.50)

Zum Schulbeginn!
Schulmappen, Frühstücktaschen, Schreibhefte und alle Mal- und Schreibutensilien in großer Auswahl

KaDeWe

WIR ZEIGEN ÜBERALL HERBST-NEUHEITEN WIR ZEIGEN ÜBERALL HERBST-NEUHEITEN WIR ZEIGEN ÜBERALL HERBST-NEUHEITEN WIR. DAS SPEZIALHAUS FÜR QUALITÄTSWAREN

Valerio 6:4, 6:4; Artens-Matejka—Rado-Cesura 6:3, 8:6. Damen-Doppel: Luzzatti-Pakſi—Deutſch-Rohrer 4:6, 6:3, 6:3; Stuck-Sander—Roſaſpina-Sarkani 6:2, 6:8, 6:2.

Hallentennis-Kampf mit Schweden fraglich

Für den 20. bis 22. Oktober iſt ein Hallentennis-Länderkampf Deutſchland—Schweden in Berlin geplant. Die Schweden haben große Schwierigkeiten mit der Mannſchafts-Aufſtellung, weil weder Curt Oeſtberg noch Harry Ramberg, die beiden beſten ſchwediſchen Spieler, ſtarten wollen. Oeſtberg iſt verärgert, und Ramberg will ſeine Studien nnicht unterbrechen. Auch die nächſtbeſten Schweden, die Gebrüder Allan und Elof Thorén aus Göteborg, führen Zeitmangel an und wollen ebenfalls nicht ſtarten. Der ſchwediſche Verband iſt bereits ſeit einigen Wochen bemüht, durch Auswahlſpiele zwiſchen den jüngeren Leuten zwei geeignete Vertreter zu finden. Man iſt aber noch nicht zu einem Entſchluß gekommen.

Schwedens Athleten in Wien

Die ſchwediſche Leichtathletik-Ländermannſchaft, die am Sonntag in Budapeſt den Länderkampf gegen Ungarn gewann, ſtartete am Mittwoch nachmittag bei einem internationalen Sportfeſt im Wiener Stadion. Es gab gute Leiſtungen und auch einige neue Rekorde.

100 Meter: 1. Mentzer (Schweden) 11; 2. Maſchin (Wien) 11,2. — 200 Meter: 1. Mentzer 22,4; 2. König (Wien) 22,7. — 500 Meter: 1. von Wachenfeldt (Schweden) 64,8; 2. Rinner (Wien) 65 (Rekord). — 1000 Meter: 1. Puchberger (Graz) 2:31,6 (Rekord); 2. Wennberg (Schweden) 2:31,8. — 3000 Meter: 1. Lindgren (Schweden) 8:41,4; 2. Holmgren (Schweden) 8:41,8; 3. Oliva (Argentinien) 8:44,2. — 110 Meter Hürden: 1. Sten Petterſſon (Schweden) 14,9; 2. Guſtafſſon (Schweden) 15,1. — Hochſprung: 1. Lundquiſt (Schweden) 1,90 Meter; 2. Nerura (Wien) 1,75 Meter. — Weitſprung: 1. Hallberg (Schweden) 6,98 Meter. — Stabhochſprung: 1. Pojmaevich (Argentinien) 4,10 Meter; 2. Lindblad (Schweden) 4,00 Meter; 3. Prokſch (Wien) 3,77 Meter (Rekord). — Speerwerfen: 1. Nielſſon (Schweden) und Strömquiſt (Schweden) je 60,15 Meter. — Diskuswerfen: 1. Janauſch (Wien) 45,53 Meter; 2. Anderſſon (Schweden) 44,99 Meter. — Kugelſtoßen: 1. Norrby (Schweden) 14,62 Meter;

Von allen Ecken und Kanten

Der knock-out geschlagene Knock-out-„König"

Der Weltergewichtler Ahlberg gilt im finniſchen Amateurboxſport als Knockout-König. Er wurde von Sten Stuvio, einem nicht ſehr guten, als ſeit langem als harter Schläger bekannten Boxer, nach 90 Sekunden zum erſtenmal ſelbſt knock-out geſchlagen.

65 000 Zuschauer beim Derby in Australien!

In Auſtralien, der Heimat des „Wunderpferdes" Phar Lap, ſteht der Rennſport in hoher Blüte. Auf der Bahn in Randwick, wo vor einigen Tagen das Derby entſchieden wurde, hatten ſich zu dieſer größten Zuchtprüfung 65 000 Zuſchauer eingefunden. Hall Mark aus dem Stall C. B. Kellow gewann das über 1½ Meilen führende Rennen als heißer Favorit überlegen mit 2½ Längen gegen ſeine Altersgefährten Deputy Rugber und Blixen.

Ein Rekord?

Eine wohl noch nie dageweſene Schnelligkeit im Eckenſchießen wurde in England am letzten Wochenende in einem Ligafußballſpiel Southport erzielt. Die Mannſchaft erreichte gegen Accrington in den erſten zwei Minuten ſechs Ecken, nach fünf Minuten waren es ſchon 14 und in der 14. Minute der erſten Halbzeit war die Anzahl der Ecken für Southport auf 24 geſtiegen. Und dabei war nicht ein einziges Tor aus ihnen erzielt worden!

Englische Sport-Werbung

Ein Beiſpiel für kluge Sport-Werbung zeigt in England der Ligaverein Sheffield Wednesday. Für jedes Ligaſpiel in dieſer Saiſon hat der Club 1000 Freikarten für Schüler den Schulen Sheffields zur Verfügung geſtellt.

Die Sportpresse als Veranstalter

Das Feſt der Sportpreſſe am 4. November im Berliner Sportpalaſt wird ſich wieder der Unterſtützung aller maßgebenden Kreiſe erfreuen. Die Tatſache, daß 50 Prozent der Einnahme an die Winterhilfe abgeführt und auch die reſtlichen 50 Prozent wohltätigen Zwecken zufließen, hat dem Feſt weitgehendſte Förderung durch den Reichsſportführer und ſeinen Verbandsführern angedeihen laſſen. Reichswehr und Polizei, zum erſten Male auch die SA, werden ſich in den Dienſt der guten Sache ſtellen. Damit iſt die Gewähr gegeben, daß Darbietungen ſenſationeller Art wegfallen und an ihre Stelle ſolche treten, die auch in der Halle ſportlich durchaus einwandfrei durchgeführt werden können.

England besiegte Irland 4 : 0

Im Beiſein von 15 000 Zuſchauern fand am Mittwoch in Preſton das neben dem offiziellen Länderkampf zur Durchführung gelangende Spiel der Liga-Auswahlmannſchaften von England und Irland ſtatt. Die Engländer ſiegten verdient, wenn auch etwas zu hoch mit 4:0 (2:0). Die Iren hatten zuerſt mehr vom Spiel und auch die beſſeren Torgelegenheiten, ohne dieſe aber ausnutzen zu können.

Sawall-Prieto, nicht Metze-Wißbröcker

Bei der Ausrechnung der Ergebniſſe der letzten Veranſtaltung auf der Olympiabahn iſt der Rennleitung ein Irrtum unterlaufen: nicht Metze-Wißbröcker haben das 50-Kilometer-Mannſchaftsrennen gewonnen, ſondern Sawall-Prieto, denen ihr prachtvoller Endſpurt alſo doch den Erfolg gebracht hat. Metze-Wißbröcker ſind mit 50 Meter Rückſtand zweite.

Frau Moody aus dem Krankenhaus entlassen

Helen Wills-Moody, die einige Zeit im Hoſpital der Stanford Univerſität verbrachte, um ihre Wirbelſäulenverletzung auszuheilen, iſt jetzt aus dem Krankenhaus entlaſſen worden und hat ſich in das Haus ihres Schwiegervaters begeben, wo die Wimbledonmeiſterin aber mindeſtens noch für eine Woche das Bett hüten muß.

Eder wieder in Berlin

Am 20. Oktober ſoll in der Neuen Welt eine Boxveranſtaltung ſtarten, deren Hauptkampf Guſtav Eder beſtreiten ſoll. Als Gegner wird der junge Belgier Charlier genannt, der unter den belgiſchen Nachwuchsboxern eine gute Rolle ſpielt.

Gefängnis für einen Fußballspieler

Wegen tätlichen Angriffs auf den Schiedsrichter bei einem Fußballkampf in Southampton wurde der Fußballſpieler Frederick Joſeph Pearman zu einem Monat Gefängnis und ſchwerer Arbeit verurteilt.

FAMILIEN-NACHRICHTEN

Statt Karten!

Die Verlobung ihrer Kinder Lotte und Walter beehren ſich hiermit bekanntzugeben:

Guſtav Eckſtein und Frau
Weſtend, Ahornallee 9

Univ.-Prof. Dr. med.
Felix Hirſchfeld und Frau
Bamberger Straße 17

Dr. med. Lotte Eckſtein
Dr. med. Walter Hirſchfeld
Verlobte

Empfang: Sonntag, 8. Oktober 1933, 12—2, Ahornallee 9

Am 2. Oktober 1933 verſchied ſanft nach jahrelangem, ſchwerſtem Leiden mein geliebter Mann, mein guter Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder und Onkel, der Kaufmann

Max Bibo

im 69. Lebensjahr

Berlin, den 5. Oktober 1933

Im Namen der Hinterbliebenen
Betty Bibo, geb. Landsberg
Dr. Günther Bibo

Die Beerdigung hat in aller Stille ſtattgefunden

Kurze Familienanzeigen

Verlobt: Ulla Billmann mit Alois A. Halter, Hagen i. W.-Bad Reichenhall. — Karin Hanſen mit Wilhelm Maske, Bad Bramſtedt (Holſtein). — Anni Weltz mit Heinrich Weſing, Dortmund.

Vermählt: Theodor Renner und Frau, geb. Schneider.

Geboren ein Sohn: Helmut Anlauf und Frau Erna, Breslau. — Karl Stick und Frau Edith, geb. Mühe, Königsberg i. Pr. — Rechtsanwalt Adolf Bienfait und Frau Cläre, geb. Hoyer, Dortmund.

Eine Tochter: Dr. Otto Groß und Frau Edith, geb. Janſen, Wanne-Eickel. — Friedrich R. Schlenter und Frau Margot, geb. Wolfer, Aachen.

Geſtorben: Hans Luber, Nürnberg. — Frau Anna Werthner, geb. Pfann, Nürnberg. — Hans Bauer, Nürnberg. — Heinrich Mundt, Hannover. — Frau Marie Metzger, geb. Pechaſcheck, 77 Jahre alt, Hannover. — Adriaan H. W. van Loon, Ahrensburg. — Frau Emma Hagemann, 75 Jahre alt, Hamburg. — Generalkonſul Anton Zerrenner, 91 Jahre alt, Hamburg. — Frau Roſa Klockow, geb. Heiland, Hamburg. — Richard Wallſtein, Treſchen. — Frau Henriette Lindner, geb. Meißner, 76 Jahre alt, Breslau. — Frau Hedwig Lietſch, geb. Hoffmann, Breslau. — Frau Ottilie Keller, geb. Lienigke, 80 Jahre alt, Dortmund. — Frau Frieda Stracke, geb. Stracke, Vorhalle. — Frau Lina Krefft, geb. Hammes, 88 Jahre alt, Gevelsberg. — Reichsbahnoberinſpektor i. R. Wilhelm Meyers, Koblenz. — Erich Toepliz, Frankfurt a. M.

Trauernd geben wir das Ableben unſeres lieben Freundes

Albert Graupe

bekannt, der uns durch viele Jahrzehnte ein treuer Kamerad geweſen iſt

Wir werden ſein Andenken in Liebe ehren

Berlin im Oktober 1933

Seine Freunde

Kleines Grundſtück Neukölln, Schmiedewerkſtatt mit Schupp., Stallg., Schlachthaus, Lagerſchuppen, 2-Z.-Whn., alles frei, ſof. zu verk. 22358 F. P. Geſchäftsſt. d. Voſſiſch. Ztg. Andreasſtr. 31.

Elegante Damen-Mäntel, prima Schneider-Kostüme
verkauft Hersteller direkt a. Private preiswert
Felix Zweig Jerusalemer Straße 26
Maßanfertigung im eigenen Atelier

Möbel, neu und gebraucht, in Riesenauswahl, sehr preisw. H. Lipke, Kochstr. 6 bis 7
Orig.-Oelgemälde, Kunstgegst. Deutsche und Perser Teppiche, alle Größen, enorm billig. A. Dahlheim, Kochstr. 6 bis 7

Pfundwäscherei ſchrankfertig 0,25 Oberhemden 0,40
Gardinenwäſche billigſt, auch Stückwäſche. Guſtav Fechner. Köpenick 0466 Müggelheimer Straße 16.

Mahagoni-Eßzimmer
apart und ſehr gut erhalten, mit rund. Ausziehtiſch, moderne Beleuchtungskörper und Wandarme privat zu verkaufen. Telefon: J 9 1130.

Flügel Pianos kauft bar: Oliva 588.

Bechstein Flügel, Blüthner ſucht Barb. 1924

Flügel Klaviere von Privat kauft G 1 Stephan 6864

Stutzflügel (Schiedmeyer), klein. Geldſchrank, antike Stühle, Grudeherd, Standuhr, einz. Möbel verk. Abel, Güntzelſtr. 54

Erstkl., künstl. Herrenzim. ſchönes, ſchweres Speiſezimmer und wunderv. Schlafzim., nagelneu, allerbeſte, mod. Qualitätsarbeit, vk. ſ. billig Innenarchitekt. Kurfürst 4481.

Klavierankauf, auch ält., Flügelank., Harmonium. Jann. 4275

Suche 6 guterhaltene Speisez.-Stühle
(Gobelin). Angeb. nur mit Preis unter 5443 R. D. Ullſtein-Zifferdienſt, Kochſtr.

ERZIEHUNG UND UNTERRICHT

Pädagogium Finkenwalde Waldſtr. 5. Telefon 233. – bei Stettin
Für Knaben und Mädchen. Von Sexta bis Abitur. Bereitet auf alle Schulprüfungen vor. Förderkurſe. Schülerheim an Wald und Waſſer. Schulgeld 20 M. bis Quarta. Angegliederte Handels- u. Haushaltungsſchule. Aufnahme von Grundſchülern.

Töchterheim Finkenwalde Waldſtr. 5. Telefon 233. – bei Stettin
Jedes Haushaltfach, Wiſſenſchaft, Muſik, Geſang, Geſelligkeit, Sprachen, Sport. (Monat 60 Mark.)

Pädagogium
Waldsieversdorf
am Däbersee (Märk. Schweiz), ab Sexta. Kleine Klassen. Freiprosp.

Direktor Eckes
Höhere Vorbereitungsanstalt u. Privatschule, Berlin-Steglitz, Fichtestr. 24. Sexta bis Abitur. Sitzenbleiben vermeidbar, Schülerheim. Gegr. 1882. 2 Villen in gr. Gärten. Fernr.: G 2 1562.

Abitur
Obersekunda
Direktor
Dr. Fackelmanns Lehranstalt, Wilmersdorf, Uhlandſtr. 138.

Juristische Kurse für Nichtjur.
hält Landgerichtsdirektor a. D. Mahn-, Klage- u. Vollſtreckungsweſen, B.G.B. u. a. 92774 O. T. Geſchäftsſtelle der Voſſiſchen Zeitung, Kaiſerallee 210.

Stenographie
Diktate, Debattenschr., Maschin., Schönschrift, fremdsprachl. Stenograph., Korresp., Wechselverk., Buchführ., Bilanz., Sprach. - Tag.- u. Abendkurse. Prospekte kostenl. Rackows kaufm. Privatschulen W. u. Dr. A. Rackow Wilhelmstr. 49, nahe Leipziger Str. Tauentzienstr. 1, Alexanderplatz
Buchführung

STELLENMARKT

Gesuchte Erben.
Eine amerikaniſche Geſellſchaft (U.S.A.), mit weltweiter, ausgedehnter Praxis im Ausfindigmachen ſowie in der Intereſſen-Vertretung geſuchter Erben, ſucht erfahrene Vertreter in Deutſchland. Korreſpondenz muß engliſch geführt werden. Vergütung hängt von den getätigten Reſultaten ab. Zuſchriften an Cromwell & Company, 168, Dartmouth Street, Boſton, Maſſachuſetts, U. S. A.

Langj., geprüfter Heizer
mit allen Arbeiten vertraut, ſucht zum 1. 11. Stellung in Villa. „67 293 D. Z." Geſchäftsſtelle der Voſſiſchen Zeitg. Neukölln, Hermannſtraße 168.

Jg. Klempner u. Rohrleger
mit Führerſchein 3 u. Autoreparaturen vertraut, ſucht Stellung, gleich welcher Art, auch als Hausdiener. Offerten unt. 44842 E. N. Geſchäftsſtelle der Voſſiſchen Zeitung, Schönhauſer Allee 146.

Au-pair-Stellung
ſucht frühere Lehrerin geg. Unterricht, auch Latein, Haushaltshilfe od. Haushaltsführg. 52413 A. R. Geſchäftsſtelle d. Voſſ. Ztg. Chbg., Kaiſerdamm 38.

Kontoristin, in allen Büroarbeiten perfekt, ſucht Stellung. Offerten 20957 N. B. Geſchäftsſtelle d. Voſſiſchen Zeitg., Alexanderplatz, Memhardſtraße 8.

Vertrauensstellung sucht alleinstehende Dame
aus gutem Hauſe, am liebſten bei Arzt. Ausführliche Zuſchriften unter 42140 J. M. Geſchäftsſtelle der Voſſiſchen Zeitung, Linkſtraße 46.

Au pair Dame, beſt. Kr., 40 Jahre, Haushaltfhrg., gepr. Kindergärtn., Nähen, Schreibmaſch., Stenogr., langj. Zeugn., ſucht Stellung. 5441 R. V. Ullſtein-Zifferdienſt, Ullſteinhaus, Kochſtr.

Plätterin
perfekt (Oberhemden u. Kragen) ſucht Privatſtellen. 86255 T. R. Geſchäftsſtelle d. Voſſ. Ztg. Chbg., Wilmersdorferſtr. 111

VERMIETUNGEN

Mädchenzim., Ztrlhzg., Frühſtück gegen 3 Stunden Hausarbeit ſofort. Dr. Freudenberg, Pariſer Straße 59.

Für Facharzt 2–3 Räume
mit vollſtändiger ärztl. u. Herrenzimm.-Einrichtung, nahe Wittenbergplatz, ſofort billig abzugeben. Anruf Tel.: B 5 5295.

6-Zimm.-Wohng. mit all. Komf., in beſt. Zuſtand, weg. Auswanderung mit Mietsnachl. ſof. zu verm d. Portier, Xantener Str. 14. Telefon: Oliva 2904.

In gut jüd. Hauſe **1–2 Zimmer,** möbliert oder leer, eventuell Penſion. Keſſelſtraße. — Tel. Norden 5561.

MIETSGESUCHE

Möbl. Zimmer, Weſtſtadtbahn ſehr ruhig, Warmw., von jüd. berufſtät. Dame p. 15. 10. geſ. Preisoff. „R. 70" an Büttners Ann.-Büro, Roſenthalerſtr. 42.

Baufachmann
(ſelbſt. Architekt) ſucht 4—5-Z.-Wohng., all. Komf., Weſten, geg. Hausverwaltg., z. 1. 1. 34. 55686 O. B. Geſchäftsſtelle der Voſſiſchen Ztg. Tauentzienſtraße 1.

Zwangsversteigerungen

Zusammengestellt nach eigenen Ermittlungen

F = Fläche N = Nutzungswert
R = Reinertrag
(Nachdruck verboten)

Amtsgericht Berlin-Mitte: Termin am **28. November 1933,** 10 Uhr, Zim. 250/252, Erdgesch., Querg. 6. Wohnh. Wikingerufer 2 in Berlin. F. 1040 qm. N. 21 500 M. — 85. K. 81. 33. — Belastung: 1. 73 200 RM Deutsche Lebensvers.-Bank, Berlin, Herwarthstr. 4. 2. 30 000 RM Comp. Foncière et Bancaire, Genf, und andere. Betr. Gläub. Allianz u. Stuttgarter Lebensvers.-Bank, Berlin, wegen Post. zu 1.

Termin am **17. November 1933,** 12 Uhr, Zim. 250/252. Wohnh. Landwehrstr. 24 in Berlin. F. 168 qm. N. 4240 Mark. — 85. K. 35. 33. — Belastung: 1. 3364 RM; 2. 1308 RM; 3. 186 RM; 4. 1121 RM; 5. 1495 RM; 6. 1495 RM Das Altonaische Unterstützungs-Institut, Altona. 7. 345 RM Erich Pantow, Eichwalde. 8. 14 000 RM Paul M. W. Auge, Burgstr. 27. Betr. Gläub. wie zu 1—6. Einheitswert 34 700 Reichsmark.

Termin am **16. Dezember 1933,** 9½ Uhr, Zim. 242/243, Erdgeschoß, Hauptg. B. Wohnh. Rostocker Str. 6 in Berlin. F. 921 qm. N. 12 250 M. — 86. K. 82. 33. — Belastung: 1. 2678 RM; 2. 6442 RM; 3. 878 RM Herm. Huhn, Reichenberger Straße 46. 4. 33 593 RM Hypothekenbank in Hamburg. 5. 1200 RM Bezirksamt Tiergarten. 6. 800 RM Max Graefe, Hohenschönhausen. 7. 6200 RM Lesser Wintritz, Regensburger Str. 14. Betr. Gläub. wie zu 4. Einheitswert 80 500 RM.

Handelsregister

Neueintragungen
(mit Angabe von Straße und Hausnummer)
(Nachdruck verboten)

Abt. A: Falkenverlag Friedrich Wilhelm Bruchhaus, Berlin-Lichterfelde, Berliner Str. Nr. 59. Sitz bisher in Wald (Solingen). — Gustav Friedrich, Berlin O 112, Frankfurter Allee 93 (Tabakwaren-Großhandel).

Abt. B: Kia-Ora Gesellschaft m. b. H., Berlin SO 36, Kottbusser Ufer 42. Sitz bisher in Frankfurt a. M. (Herstellung und Vertrieb von Fruchtsäften, Marmeladen usw.) Stammk.: 20 000 RM. Geschäftsf.: Thomas Frederik Penderell Llewelyn, Berlin-Wilmersdorf. — Norddeutsche Salinen-Vereinigung G. m. b. H., Berlin SW 11, Stresemannstr. 92/102. Stammkapital: 20 400 RM. Geschäftsführer: Kfm. Karl Jungblut, Berlin-Grunewlad, und Bergrat Dr. Karl Hoffmann, Berlin-Schöneberg. — „Viromed" Gesellschaft zur Herstellung und zum Vertrieb chemischer Produkte m. b. H., Berlin NW 6, Luisenstr. 45. Stammk.: 20 000 RM. Geschäftsf.: Kfm. Karl von Kurz zum Turn, Berlin.

Vergleichsverfahren

Aufgehoben:

Beamtenbank e. G. m. b. H. zu Halle a. S.; Halle, Saale; Genossenschaftsbank Oelsburg-Großilsede e. G. m. b. H., Oelsburg, Veehelde.

Neue Konkurse

A = Anmeldefrist E = Eröffnungstermin G = Gläubigerversammlung P = Prüfungstermin

Berlin-Charlottenburg. Friederikus Lichtspiele, eingetr. Gen. m. b. H. E. 30. 9. A. 10. 11. G. 25. 10. P. 4. 12.
Hamburg. o. H. J. Stern, Handel mit Textilwaren. E. 30. 9. A. 30. 11. G. 31. 10. P. 28. 12.

FINANZ- UND HANDELSBLATT DER VOSSISCHEN ZEITUNG
BEILAGE ZU NR. 475 • MORGEN
Mit amerikanischem Funkdienst
DONNERSTAG, 5. OKTOBER 1933

Amerikas Konjunktur-Kurve

Seit dem Zusammenbruch der New-Yorker Effektenhausse im Herbst 1929, der die Weltkrise der letzten Jahre einleitete, bewegten sich alle Wirtschaftskurven der Vereinigten Staaten steil und gleichmäßig abwärts bis zum Sommer 1932. In diesem drei Jahren ging die industrielle Produktion auf die Hälfte zurück. Der Beschäftigungsgrad sank um 40 pCt., die Lohnsumme der Industrie um 60 pCt., die Großhandelspreise sanken um 35 pCt., und die Aktienkurse sogar um fast 85 pCt.

Der von Hoover im Frühjahr bis Sommer 1932 eingeleitete „open market policy" gelang es, Produktion und Preise im Herbst des Jahres etwas in die Höhe zu treiben. Aber in den ersten Monaten dieses Jahres überwogen wieder auf allen Gebieten die Schrumpfungstendenzen. Dieses Bild änderte sich fast schlagartig, als Roosevelt Mitte April den Dollar fallen ließ. Die „Flucht in die Sachwerte": Effekten, Rohstoffe usw., brachte rasche Kurs- und Preissteigerungen, die ihrerseits die verarbeitende Industrie zum Wiederaufbau der Vorräte — also auch zu Bestellungen — anregten und ganz allgemein zunächst eine gewisse Atmosphäre des Optimismus schufen.

Die soeben in „Wirtschaft und Statistik" veröffentlichte Zusammenstellung ermöglicht einen Einblick in Tempo und Ausmaß des wirtschaftlichen Aufschwungs in den Monaten Mai, Juni und Juli. Wenn zunächst der Produktionsindex der amerikanischen Industrie einen märchenhaft steilen Anstieg um nicht weniger als 75 pCt. (saisonbereinigt!) zeigt und damit wieder auf den Stand vom Sommer 1930 hinaufschnellte, ja bei den Verbrauchsgütern sich sogar den Verhältnissen von 1929 zu nähern schien, so verzerren diese Zahlen offensichtlich die tatsächlichen Proportionen des Aufschwungs ins Unwahrscheinliche. Das dürfte damit zusammenhängen, daß diese Indexberechnungen in der Hauptsache auf Unterlagen von Industrien für Grundstoffe und Halbfabrikate fußen, die von der allgemeinen Tendenz zum Lageranbau naturgemäß am meisten profitieren.

Auch die Verdoppelung der Aktienkurse zwischen März und Juli 1933 ist bei dem rein spekulativen Charakter der amerikanischen Börsen und angesichts des gleichzeitigen Währungsverfalls nicht allzu bedeutsam. Symptomatischer für das effektive Ausmaß des Aufschwungs ist der Beschäftigungsindex, der in den fraglichen drei Monaten nur um 17,5 pCt. stieg, womit allerdings nicht die in jenen Monaten recht beträchtliche Verlängerung der täglichen Arbeitszeit berücksichtigt ist, und der Index der industriellen Lohnsumme, der sich zwar um rund 40 pCt. erhöhte, aber damit erst die Hälfte des Standes der Jahre 1923—25 erreichte. Ein ähnliches Ausmaß zeigt die Zunahme der Güterwagengestellung, die im Juli um 29 pCt. über dem Vorjahrsstand lag. Aeußerst überraschend ist vollends die Feststellung, daß sich die Einzelhandelsumsätze mengenmäßig in diesen Monaten einer doch in jedem Fall sehr gewichtigen und raschen Belebung der Industrie überhaupt nicht verändert haben.

Ebenso charakteristisch für das Fehlen normaler Proportionen in dieser Drei-Monats-Hausse ist die Preisentwicklung. Während der die wichtigsten börsengängigen gehandelten Rohstoffe umfassende Index von Moody von Mitte April bis Mitte Juli um 66 pCt. stieg, und einzelne Produkte auch in Gold gerechnet, fast phantastische Preissteigerungen erzielten — so Kautschuk um 110 pCt., Rindshäute um 75 pCt., Weizen um 69 pCt. — zeigt der amtliche Großhandelsindex des American Büro of Lobor, der 784 Waren aller Stadien umfaßt, nur ein ganz langsames Ansteigen um 17 pCt., und die Lebenshaltungskosten erhöhten sich vollends nur um 5 pCt. Da sich die Kurse der Golddevisen in der gleichen Zeit um 40 pCt. erhöhten, ist also das amerikanische Preisniveau in Gold gerechnet sogar beträchtlich gesunken. Welche Entwicklung die Löhne in der Aufschwungsperiode genommen haben, ist schwer abzusehen. Wenn es unter starken moralischen und politischen Druck gelang, in verschiedenen Codes die Minimallöhne um 10 bis 15 pCt. heraufzusetzen, so ist damit noch nichts über das Niveau der Durchschnittslöhne ausgesagt.

Mit dem Juli dieses Jahres hat der amerikanische Wirtschaftsaufschwung seinen Höhepunkt nicht nur erreicht, sondern offensichtlich bereits überschritten. Im August und September zeigten fast alle Indexkurven eine abwärts gerichtete Tendenz. Die Güterbeförderung ging gegenüber dem Höchststand um 6 pCt., die Elektrizitätserzeugung um 4 pCt. zurück. Die Kapazitäts-Ausnutzung der Stahlwerke sank von 59 pCt. Mitte Juli auf 41 pCt. Mitte September. Die Aktien- und Bonds-Kurse bröckelten leicht ab. Großhandelspreise und Lebenshaltungskosten hielten sich im Durchschnitt völlig stabil, obwohl der Goldwert des Dollar seit Mitte August weiter heruntergetrieben wurde und die Golddevisen heute um 50 pCt. höher notieren als im April.

Diese sich langsam ausbreitende Stockung erklärt sich in der Hauptsache aus den Besonderheiten des vorangegangenen überstürzten und unproduktivierten Aufschwungs. Die Belebung konzentrierte sich einmal auf die Industrien, deren Preise am ersten und stärksten auf den Dollarsturz reagierten. Da hier aber die Uebersteigerung des Preisauftriebs der Spekulation schließlich den Mut nahm, wie die geringen Wirkungen des letzten Dollarsturzes auf die Preise auch der reagiblen Produkte zeigen, fallen diese Anregungen jetzt zusehends fort. Die eben durch die anziehenden Preise ausgelöste allgemeine Tendenz zur Anreicherung der Vorräte hat zwar, wie ausgeführt, die Beschäftigung insbesondere in den Grundstoffen der Produktion stark angetrieben. Aber abgesehen sich die Vorratshaltung wieder von der Grundstoffindustrie zur verarbeitenden Industrie und weiter zum Handel verlagert hat, ohne daß ein Abfluß in den letzten Konsum erfolgte, ist auch die belebende Wirkung dieser Bewegung heute im wesentlichen erschöpft. Dazu kommt, daß das gewaltsame Hinauftreiben der Farmer-Erlöse und der Löhne, durch das die Kaufkraft gesteigert werden sollte, zunächst nur immer neue Wünsche aller Beteiligten hervorgerufen hat, die sich in Streiks, Lieferungssperren und allgemeiner Unruhe äußerten. Dadurch ist der — zunächst zweifellos vorhandene — Optimismus der Unternehmerschaft, der schließlich nicht der unwichtigste Motor des wirtschaftlichen Aufschwungs ist, stark gedämpft worden. Und die gleiche Wirkung ging aus von dem ständigen Wechsel der in Washington herrschenden wirtschaftspolitischen Tendenzen: heute Inflation, morgen Stabilisierung, heute Preissteigerung morgen Warnung davor, heute Kredite um jeden Preis, morgen Sicherheit und Liquidität und so fort. Nachdem zunächst die Tatsache, daß überhaupt etwas geschah, die Hoffnungen aller und damit auch die Privatinitiative außerordentlich anregte, hat jetzt das Zuviel an Regierungstaten und die wachsende Unsicherheit über das, was vollends noch kommen kann, genau die umgekehrte Wirkung: Der Unternehmer, insbesondere der Bankier, ist angesichts der schwankenden Kalkulationsbasis geradezu zu Zurückhaltung, zu kurzfristigen Dispositionen gezwungen, also zu einem Verhalten, das dem Wesen der Depression, aber wirklich nicht dem des Aufschwungs entspricht.

Schließlich aber dürfte sich hinter dieser eigenartigen Störung des Aufschwungs ein tiefes strukturelles Dilemma der amerikanischen Wirtschaft verbergen. Die außerordentliche Diskrepanz zwischen den rasch steigenden Produktionsdaten der Industrie und den nur ganz langsam abnehmenden Ziffern der Arbeitslosen-Armee ist ja wohl nicht nur auf die Tücke des statistischen Objekts zurückzuführen, sondern erklärt sich wahrscheinlich auch dadurch, daß der durchrationalisierte und vollmechanisierte Produktions-Apparat der amerikanischen Industrie in der Lage ist, große zusätzliche Produktionsmengen mit sehr wenig Menscheneinsatz auf den Markt zu werfen. So hat sich die Stahlerzeugung zwischen März und Juli vervierfacht, die Zahl der beschäftigten Arbeitskräfte aber nahm kaum um die Hälfte zu. Erst wenn alle Maschinen wieder laufen, wird klar werden, welch große Schar amerikanischer Arbeitsmenschen durch den Maschinisierungsprozeß des verflossenen Jahrzehnts, dessen letzte Konsequenzen durch den Ausbruch der Krise von 1929 noch gar nicht recht sichtbar geworden sind, „freigesetzt" sind und was für komplizierte Aufgaben der Arbeitsbeschaffung und Wirtschaftsumbildung hieraus noch erwachsen werden.

Angesichts dieser vielfältigen Störungs- und Stockungserscheinungen versteht man die Nervosität in Washington und in allen verantwortlichen Schichten der amerikanischen Wirtschaft. Die „Gründung", die Dollarentwertung, künstlicher Preisauftrieb, Lohnheraufsetzungen usw. bringen sollten, ist weitgehend verpufft. Der Motor arbeitet noch immer nicht aus eigener Kraft. Und so sucht man fieberhaft nach einem neuen Zündstoff für das verflackernde Feuer der amerikanischen Konjunktur. Nachdem der Angriff von der Seite der Werte (Preise, Löhne, Valuta) nicht durchgeschlagen hat, rückt man nun den Mengen-Relationen zu Leibe, vernichtet Ernten, bestimmt Kontingente usw., oder man kehrt zurück zu dem alten Rezept der Manipulation der Kreditseite der Wirtschaft, sei es durch riesige staatliche Arbeitsbeschaffungsdarlehen, durch Bonds-käufe, Debitorengarantie oder wie die Pläne ohne Zahl sonst lauten mögen. Und so oscillert auch die „freie" amerikanische Wirtschaft im Auf und Ab der Konjunktur immer tiefer hinein in ein System gebundener, geplanter, staatlich-autoritär gelenkter Wirtschaft.

Sparkassentag in Leipzig

Mitwirkung am Wiederaufbau der Wirtschaft

Leipzig, das soeben erst den Deutschen Juristentag erlebte, ist morgen schon wieder Schauplatz einer wichtigen Tagung: Die Teilnehmer des „Sechsten Allgemeinen Deutschen Sparkassen- und Kommunalbankentages" treten zusammen, um aller Welt ihren freudigen Willen zur tätigen Mitarbeit am großen Wiederaufbauwerk darzutun. So ist denn auch das Verhältnis der Sparkassen zu Volk und Staat zum Leitmotiv des 6. Sparkassentages erhoben worden. Es geht nicht um Sonderziele und Sonderwünsche einer Berufsgruppe, es handelt sich nicht um die Beziehungen der Sparkassen zur einen oder anderen Schicht des Volkes, wie anläßlich der beiden Vorgänger der jetzigen Tagung in Königsberg und Kiel, sondern um die Einordnung der Sparkassen in das Gesamtgefüge des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufbaues des Volkes.

Es kann und darf nicht ausschließlich Sinn einer solchen Tagung sein, sich über die Sorgen und Nöte der Gegenwart auszusprechen; es ist auch nicht alleiniger Zweck solcher Veranstaltungen, Resolutionen zu fassen und Reformen zu beschließen. Derartiges kann und soll nebenher geschehen. Im Mittelpunkt steht die Pflege des Gemeinschaftsgedankens, die Erweckung und Wachhaltung des Bewußtseins der Aufgaben, die es im Dienst für das Volksganze nach besten Kräften zu erfüllen gilt.

Kann es einen Zweifel darüber geben, daß die Funktionen der Sparkassen nie dringlicher waren als heute? Wohl kaum. Wären Gütererzeugung und Güterverbrauch, Ersparnisse und Investitionen immer wohl auf einander abgestimmt gewesen, so wäre uns die furchtbare Krise erspart geblieben, an deren Ende wir endlich stehen! Schwerer aber noch, als die Grundelemente der Wirtschaft in angemessenen Relationen zu halten, ist es, nach derart heftigen Erschütterungen das verlorene Gleichgewicht wiederherzustellen. Darum, um nichts anderes geht es bei den unablässlichen Bemühungen der Regierung. Die Erkenntnis, daß Arbeit für die Erwerbslosen beschafft werden muß, stand am Anfang. Schwieriger war die Entscheidung, womit man die Beschäftigungslosen beschäftigen sollte, damit die Arbeit den Aufwand lohnt. Am schwersten aber war die Frage der Aufbringung der Mittel zu lösen. Sollte man durch Besteuerung die Gelder aufbringen oder durch Zwangssparen, oder durch Kredite, d. h. durch Borg auf die Zukunft? Wie immer bei ganz schweren Entscheidungen, gab es auch hier kein „Entweder-oder", sondern ein „Sowohl-als auch".

Wie man sich indessen entschied: die Wirtschaft der Gegenwart und der unmittelbaren Zukunft bleibt auf den Spargroschen der kleinen und kleinsten Verdiener auf alle Fälle angewiesen; denn die gesamte deutsche Wirtschaft befindet sich im Umbau zu neuen Formen, und jeder Umbau kostet Geld. Deshalb hat sich der Aufruf: „Wer kauft, schafft Arbeit" nicht gegen die Sparer gerichtet, sondern gegen die Hamster, die ihre Ersparnisse horten, anstatt sie Banken oder Sparkassen zur Weiterleitung an die Stellen des Bedarfes anzuvertrauen.

Je mehr gespart wird, und je zweckmäßiger die zurückgelegten Kapitalien verwendet werden, desto schneller geht der Umbau vonstatten, desto wohler wird sich ein jeder unter dem Dach der neuen Wirtschaft fühlen. Die Sparkassen als Sammelbecken der Ersparnisse und Quellen des langfristigen Kredits können viel dazu beitragen, um den Sparwillen zu beleben und die wirtschaftliche Verwendung des vorgebildeten Kapitals zu erzielen. Das haben sie in ihrer langjährigen Geschichte zur Genüge bewiesen. Nicht zuletzt verdanken sie ihre Erfolge der Elastizität und Anpassungsfähigkeit, der Bereitschaft, sich veränderten Vorbedingungen anzupassen und aus den begangenen Fehlern zu lernen.

Auch für sie bedeutet die Krise den Abschluß der einen und den Beginn einer neuen Epoche. Darüber darf man sich nicht hinwegtäuschen, auch wenn sie ihre Spezialkrise, den Run vom Sommer 1931, ziemlich schnell überstanden haben. Denn die inzwischen fast restlos gelöschte Abzahlung der damals in Anspruch genommenen Stützungskredite stellt nicht viel mehr als die Beseitigung eines Schönheitsfehlers in den Bilanzen dar. Die Hauptprobleme der Sparkassen liegen viel tiefer: in der Reform der Gemeindefinanzen und in den Wandlungen, die im Wohnungsbau und im Wohnungsbedarf vor sich gehen. Das muß auf lange Sicht die Kapitalanlage der Sparkassen noch viel wesentlicher berühren, als die ebenfalls zur Debatte gestellte Frage der Kompetenzabgrenzung zwischen Banken und Sparkassen. Von nicht zu unterschätzender Bedeutung sind ferner die vielfach vorgeschlagenen, zum Teil auch schon eingeleiteten Maßnahmen auf bankentechnischem Gebiet, so die Vereinheitlichung des Giralnetzes und der Anschluß der Sparkassen an die Zentrale des Geldsystems, die Reichsbank.

In all diese Dinge werden neben der im Gang befindlichen Bank-Enquete die Referate des Sparkassentages Licht und Klarheit bringen. Es ist ein Segen, daß man sich auf diesem Gebiet von jeglicher Ueberstürzung ferngehalten hat. Denn nirgends ist reifliches Abwägen mehr am Platz, als in Fragen der Bank- und Sparkassenpolitik, weil diese Organe der Volkswirtschaft zur vollen Funktionsfähigkeit nicht nur von der Leistungs-fähigkeit des Apparats, sondern in gleichem Maße vom Vertrauen der Bevölkerung abhängig sind.

Die Talsperrenbauten im Harz

Auf einer Arbeitsbeschaffungstagung der Braunschweiger Handelskammer wurde u. a. von dem geplanten Bau der Harztalsperren im Nord- und Ostharz, an der Bode und Oker, Mitteilung gemacht, die nicht nur eine Verbesserung der in den Ueberschwemmungsgebieten der Harzflüsse liegenden Flächen, sondern darüber hinaus neue Kraftquellen darstellen. Im Okergebiet sind nach langjährigem Durchschnitt pro Jahr 90 000 bis 100 000 Mark Hochwasserschäden zu verzeichnen. Nicht einbegriffen in diese Zahl ist die Wertminderung der den fortgesetzten Ueberschwemmungen ausgesetzten Oberwiesen von Börssum bis zur Aller hinunter. Im Bodegebiet richtete allein das Silvester-Hochwasser vor einigen Jahren Schäden an, die in die Millionen gingen. Die Harzflüsse sind seit Jahrzehnten als hochwassergefährlich bekannt. Flußbegradigungen im Harzvorland, namentlich im Okergebiet, vergrößern nur die Hochwassergefahr, so wünschenswert sie vielleicht für einzelne Feldmarken sein mögen.

Die Talsperrenpläne für das Okergebiet sehen eine große Stauanlage in der Oker mit 35 Millionen Kubikmeter Stauraum mit einem Kraftwerk bei der Okerinsel vor; in der Ecker ist oberhalb der Dreiherrenbrücke eine Talsperre von rund 7 Millionen Kubikmeter vorgesehen. Die Nutzwirkung dieser Stauanlagen wird bis weit unterhalb Braunschweig in Erscheinung treten. Die Durchführung der Pläne wird mehr als 2000 Arbeitern vier Jahre lang Beschäftigung bieten.

●

Der Bankausschuß des Senats untersucht wieder. Wie der „Vossischen Zeitung" aus New York gekabelt wird, hat der Bankenausschuß des Senats seine im Juni unterbrochene Untersuchung wieder aufgenommen. Momentan beschäftigt er sich mit dem in Deutschland sehr bekannten Emissionshaus Dillon Read & Co. Die Feststellungen über die Finanzierung zweier Investment-Trusts, der Foreign Securities Corp. und der United States and International Securities Corp., geben einen Begriff von der gradezu unfaßbaren Leichtgläubigkeit und Spekulationswut vor dem Börsenkrach im Jahre 1928. Mit einer Einlage von nur 5,1 Mill. Doll. sicherten sich damals Dillon Read die Stimmkontrolle über die beiden mit 30 Mill. Doll. kapitalisierten Trusts.

Ausfuhr-Förderung durch Lizenz-Abbau

Eine Maßnahme der Telefunken GmbH.

Seit Jahren macht die deutsche Funkindustrie große Anstrengungen, einen Teil ihrer Erzeugung im Ausland abzusetzen. Es war ihr auch auf Grund von Leistung und Qualität gelungen, sich einen angemessenen Anteil an den Auslandsmärkten zu sichern. Zollschranken, Einfuhrverbote, Valuta-Unterschiede und dergleichen haben in letzter Zeit den Exportumsatz erheblich eingeschränkt. Jetzt hat die Telefunken-Gesellschaft einen bedeutsamen Schritt getan, um die Exportfähigkeit der deutschen Funkindustrie zu verbessern. Telefunken besitzt die maßgeblichen Patente, die für die Erzeugung von hochwertigen Rundfunkempfangsgeräten erforderlich sind. Den im Verband der Funkindustrie zusammengeschlossenen Firmen hat Telefunken die für die Mitbenutzung der Telefunken-Schutzrechte vertragsmäßig zu zahlenden Lizenzgebühren für Exportgeräte bis auf eine Anerkennungsgebühr von 1 RM pro Gerät ermäßigt. In gleichem Maße werden die Gestehungskosten für die Exportgeräte herabgesetzt werden können. Diese Maßnahme wird auch der Arbeitsbeschaffung in Deutschland zugute kommen.

Frankfurter Abendbörse

Behauptet

Die Frankfurter Abendbörse war für Aktien im ganzen **wenig verändert. Das Geschäft wickelte sich, wie bereits** mittags, in der Hauptsache am Rentenmarkt ab. In Altbesitz waren kleine Stücke gesucht. Späte Schuldbuchforderungen nannte man mit ca. 83⅜. Von Pfandbriefen waren Rheinische Hypotheken-Goldpfandbriefe mit 86 um ¼ pCt. erhöht. Frankfurter Hypothekenbank - Liquidationspfandbriefe gewannen ½ pCt. auf 85½. Auch einzelne Stadtanleihen waren gesucht, Mainzer 69½ (plus ½).

Es notierten: Altbesitz 79¾ (Berliner Schlußkurs 79⅞), Neubesitz 11,35 (11,35), Schutzgebiet 7,60 (7,55), Reichsbahn-Vorzugsaktien 99¾ (99⅝), Reichsbank 141 (141), Stahlverein 31 (30⅞), Gelsenkirchen 45½ (45½), Harpener 80 (80), Rheinstahl 73½ (73¾), Buderus 64½ (64½), Klöcknerwerke 51½ (52), Lloyd 11,05 (11), Holzmann 55 (55½), Conti Gummi 132 (131¾), Junghans 25⅝ (26), Bemberg 38 (39½), Aku 28¾ (29), Farbenindustrie 115⅛ (115½), Rütgers 46½ (46¾), Goldschmidt 39¾ (39½), AEG. 17⅝ (17⅝), Berl. Kraft u. Licht 113¾ (113⅞), Chade 161 (161½), Licht u. Kraft 88 (88), Gesfürel 69 (69), Lahmeyer 114 (114¼), Metallgesellschaft 52 (52⅛), Daimler 24¼ (24).

●

HAMBURG	4. 10.	Hamburger Paketf.	10,25		4. 10.
Reichsbank	140,50	Hamb. Südamerika	22,00	Stader Leder	95,00
Lübeck-Büchen	34,50	Norddeutsch. Lloyd	11,50	Schlinck & Co.	70,00
Deutsch-Ostafrika	—	Mannesmann	50,75	Holstenbrauerei	71,50
Flensb. D. G. v. 69	—	Lederw. Wiemann	141,00	Nordsee	32,75

Ausländische Börsen: 4. Okt.

AMSTERDAM	4. 10.	3. 10.
Staats- u. Stadtanleihen		
5% Nederland 1932 B	101,38	101,25
4½% „ 1916	102,50	102,75
4½% „ 1917	101,88	102,13
4% „ 1931	100,13	100 5/16
4% „ 1916	100,13	100 5/16
7% Dt. Rijksl. 49 (Daw.)	44,25	44,00
5½% do. 65 (Young)	42,13	41,13
6½% Bayr. Staats-Oblig. 1945	24,75	24,00
7% Bremen 1935	26,00	—
6% Preußen Oblig. 1952	19,38	19,00
7% Dresden Oblig. 1945	—	19,25
6½% Keulen Cert. 1950	—	—
Bank- u. Kreditanstalten		
7% Dt. Rent. Bk. Obl. 50	28,63	29,50
7% Dtsch. Hypoth.-Bk. Berliner Pfandbrf. 1953	54,00	54,00
7% do. Spark. & Giro-Verband 1947	21,00	20,50
7% Frkf.Hyp.Bk.Pfdb.58	—	50,00
7% Preuß. Pfandbrf.-Bk. Pfdbrf. 1953	—	46,50
7% Preuß. Zentralboden Kredit. Pfandbrf. 1960	46,00	44,25
7% S. Bodkr. Pfdbrf. 53	50,00	49,25
Amsterdamsche Bank	112,00	112,25
Nederland. Handel. My	48,00	—
Rotterdamsche Bank	75,50	75,00
Dtsch. Rijksbank	—	—
Industrieunternehm.		
7% A. G. für Bergbau, Blei und Zink Obl. 48	42,00	—
7% R. Bosch Dollar-Obl. 1951	61,00	60,00
8% C. Caoutsch. Obl. 50	—	—
7% Dtsch. Kalisyndikat Oblig. Serie A 1950	48,00	47,50
7% Cont. Gummiw. A.G. Oblig. 1956	71,25	70,75
6% Gelsenk. Goldnot. 34	26,00	25,25
6% Harpener Bergbau Oblig. mit Opt. 1949	—	41,50
6% I. G. Farben Oblig.	—	—
7% Mitteld. Stahlwerke Oblig. mit Opt. 1951	44,00	44,00
7% Rhein.-Westf. Bod. Credit Bk. Pfdbrf. 1953	55,00	56,75

AMSTERDAM	4. 10.	3. 10.
7% Rhein-Elbe Union Oblig. mit Opt. 1946	—	22,13
7% R. W. E. Obligat., 5jährige Noten	27,75	27,25
7% Siemens & Halske Obligationen 1935	44,00	44,00
6% Siemens & Halske gewinnberecht. Oblig.	—	41,00
7% Ver. Stahlw. Obl. 51	36,00	—
6½% Verein. Stahlwerke Obligationen Lit. C	—	19,00
6½% Wintershall Oblig.	72,25	70,88
Algemeene Kunstzijde	22,75	22,63
Holl. Kunstzijde Ind.	24,75	24,00
Internat. Viscose	13,75	13,00
Küchenm. I. Mij. v. A.	1 5/16	—
do. Int. Ultraphon	—	—
Philips, gem. Bez.	181,38	178,25
N. V. Unilever, Certif.	74,50	75 9/16
Wintershall A. G.	46,00	—
Americ. Bemb. Cy, Cert.	3,50	—
do. B. Cert.	3,50	—
do. Pref. Cert.	14,25	14,25
Americ. Enka, Certif.	13,13	—
Amer. Glanzst.Kl.A.Cert.	—	7,75
do. 7% Certif. m. Opt.	—	—
I. G. Farben Cert. v. Akt.	—	61,75
Polyphon Werke Cert.	—	—
6% Eschw.Bergw.Obl.52	45,63	45,00
Boet. Mijnbouw en Cult.	—	10,25
Redjang Lebong Mijnb.	—	—
Kon. Nederl. Petrol. Mij.	171,25	169,63
Amst. Rubb. en Cult.Mij.	95,38	94,50
Delibatavia Rubber Mij.	42,00	42,50
Hessa Rubber Mij.	33,00	34,00
Nederl. Scheepvrt. Unie	47,13	47,63
Hand.-Vereenig. Amst.	172,50	167,75
Deli-Batavia Mij.	118,75	116,00
Deli-Maatschappij Cert.	110,50	110,25
Senembah	129,25	128,13
Mueller&Co.Winstd.Pref	3,50	—
6% Phoenix Oblig. 1960	34,38	34,88
Vorläufig notierte Werte		
6% Siem. & H. Obl. 2930	37,50	—
A. E. G. Certif. v. Akt.	—	—
Deutsche Bank, Certif.	—	—
Soc. Intern. de Placem.	211,00	212,00
6% Rh.-Wstf. El. Obl. 27	26,50	26,25

Deutsche Reichsschuldbuch-Forderungen

	4. 10.	3. 10.		4. 10.	3. 10.		4. 10.	3. 10.
Fälligk. 1935	50,00	—	Fälligk. 1941	—	—	Fälligk. 1944	42,38	—
„ 1936	48,00	—	„ 1942	—	—	„ 1946	42,25	—
„ 1940	—	—	„ 1943	42,50	—	„ 1947	42,25	—
						„ 1948	42,25	—

PARIS	4. 10.	3. 10.		4. 10.	3. 10.		4. 10.	3. 10.
3% frz. Rente	67,50	68,10	Lens	416	420	Industrie El.	497	501
4% 1917	79,21	80,50	Kuhlmann	630	640	Union d'Electric	820	815
5% 20Amort.	111,10	112,30	Gafsa	509	527	Aciéries de Longwy	385	390
B. de France	121,75	123,15	Prod. Chim. Alais	1153	1187	Schneider (Creuzot)	1580	1580
B.Paris Pays Bas	1577	1595	Charg. Réun.	—	181,00	Saint Gobain	1285	1280
Comp.Algér.	1656	1660	Transatlant.	—	—	Soie Artif.	3630	3630
Compt. Nat. d'Esc., Paris	1088	1096	Air Liquide	748	756	Messageries Maritimes	46,50	46,00
Crédit Fonc.	4830	4890	UnionEurop. et Finance	452	458	Deutsch. Anl 7% 1924	58,40	56,00
Créd. Lyonn.	2160	2180	RussenCons.	5,90	6,40	5½% Young-Anleihe	433	430
SocGénérale	1095	1096	Serben 4% 1895	30,70	30,75	Russ. Anl. 4½% 1909	3,05	3,45
Suez	190,50	193,10	Türken Unif.	23,90	23,50	Caoutchoucs	115	117
Est	722	724	Banq. Ottom.	446	446	Hotchkiss	1318	1323
Lyon	945	946	Wagons Lits	98,50	97,50	Jagersfont.	119,50	122
Midi	748	761	Tramways	440	435	Terres Roug.	224,50	228
Nord	1400	1418	Eaux (Cie. Gen.)	1975	1975	Tharsis	306	306
Orléans	890	891	Electr. Paris	1165	1175	Tubize	158	161,50
Métropolit.	1262	1252	Energie Electric	990	1000	Harp.Bergb.	—	—
Electricité (Cie. Gén.)	2050	2060	Energie Ind.	264,50	165			
Energ.d.Nrd	716	727	Est Lumière	502	501			
Thomson	300	299						
Courrières	317	321,50						

LONDON	4. 10.	3. 10.		4. 10.	3. 10.		4. 10.	3. 10.
2½% Consols	74,13	74,13	Metropolit.	77,00	77,00	Brit. Burmah	4/3	4/6
War Loan Assented	101,25	101,25	South Def.	22,63	22,50	Bwana M'Kubwa	5/3	5/1½
4% Argent 97	68,00	67,75	Underground Electr.ord.	125,00	125,00	Mex Eagles Common	11/4½	11/3
3½% Buenos Air. 1906-09	42,00	42,00	Brazil Tract	14,13	14,13	Royal Dutch	22,88	22,25
4% Brazil.89	23,75	24,00	Radio Corp.	7,88	7,63	ShellTransp.	2,75	2,75
5% Chil.1911	15,50	15,00	Svenska Kugellager	6,50	6,50	ShellTr 5% P	11,75	11,75
5% do. 1896	15,50	15,00	Cons. Goldf.	70/7½	71/3	Anglo Dutch Plantations	19/—	19/—
4½% Chin.98	100,25	100,25	Central Mining Corp.	18,25	18,25	Rubb. Plant.	26/—	26/3
5% Chinese Reorg.Loan	89,25	89,25	East Rand	36/6	36/4½	Elect. Music. Industries	13/3	13/3
4% Egyptian	100,50	100,50	Geduld Prop.	137/6	136/3	British Celanese Ord.	14/7½	15/—
7% Germ. L.	77,00	75,00	Gen. Mining	48/1½	48/9	Courtaulds	39/10½	39/7½
6% State of Hamb.L. 26	38,00	38,00	Rand Mines	125/—	125/—	Snia Viscosa	58/9	58/9
Köln. Stri. L.	36,00	35,00	Randf. Est.	57/—	56/10½	Brit. Match	35/3	35/3
5% Young-A.	50,50	48,50	West Rand	24/7½	24/6	Swedish Match B	11/3	11/3
4% Japan 99	67,50	67,50	Cons.Diamd.			Dunlop Rubb	34/7½	35/—
5% Mex.L.99	9,00	9,00	SW.-Africa	5/10½	5/10½	7% Germ.Pot	79,00	77,50
5% Russian	1,50	1,50	De BeersDef	6 15/16	7,00	Imper. Chemical Ind.	29/6	29/6
4% Türk Unif	7,50	7,50	do. Pref.	8 13/16	9,00	Intern. Hold.	2,13	2,13
Great West.	54,25	54,00	New Jagers fontein	1 7/16	1 7/16	Hydro Elect. Sec. Corp.	7,88	7,75
LondonMidl.	27,00	26,75	RioTint. Ord	20,25	20,38			
Lond. North East Defd.	10,00	9,50	Otavi Mines	13/9	13,25			
			Anglo Pers.	49/4½	48/9			

ZÜRICH	4. 10.	3. 10.		4. 10.	3. 10.
Elektrobank A.	670,00	657,00	A. E. G. Berlin	—	12,00
Basler Handelsbank	—	350,00	J. B. Bemberg, Barmen	54,00	—
Eidgenössische Bank	—	362,00	Co. Sevillana de Electr.	—	—
Schweiz. Bankgesellsch.	—	—	Steaua Romana Petrol.	—	—
Schweiz. Bankverein	515,00	515,00	Svenska Serie B	9,50	9,50
Schweiz. Kreditanstalt	654,00	653,00	3½% S. B. B. Serie A—K	94,90	95,00
Schweiz. Nationalbank	—	—	4% „ „ 1912/14	101,20	100,75
Wiener Bankverein	—	—	4½% „ „ 1922	—	—
Orientbetrieb	—	—	5% „ „ 1924	102,75	102,80
Cont. Linoleum Zürich	76,00	77,00	4½% Eidg. A. O. 1927	104,00	104,10
I. G. Chemie Basel, volle	563,00	562,00	5½% Young-Anleihe	48,00	47,25
Motor Columbus A.-G.	278,00	273,00	7% Oest.Bundesanl. 1930	—	—
Indelec Basel	—	555,00	7½% Ungaren	—	36,00
Franco-Suisse, St.-Akt.	—	—	7% Dawes-Anl., Franken	—	87,00
Böhler Stahl	—	—	7% Dawes-Anl., Pfund	48,00	—
Hispano Americ. A. B. C.	825,00	820,00	6% Chade Bonds, neue	—	37,50
Italo-Argentina	122,00	120,00	7% Bewag	46,50	47,00
El. Licht u. Kraft, Berl.	—	180,00	7% Kalisyndikat	46,50	46,50
Gesfürel, Berlin	48,00	49,00	**Basel**		
Sidro Prioritäten	—	—	Chem.Fabr. vorm.Sandoz	48,75	49,00
Aluminium-Industrie Neuhausen	1985	1980	Ges. für chem. Industrie	36,00	35,90
Brown, Boveri & Co., Baden	145,00	145,00	5½% Young-Anleihe	—	47,00
Elektr. Werk Lonza	83,00	82,00	**Genf**		
Nestlé & Anglo Swiß	668,00	667,00	Totis	196,00	197,00
Sulzer Unternehmungen	—	—	Nasio	—	—

Amerikanischer Funkdienst

Fonds sehr fest

NEW YORK, 4. OKTOBER

Im Effektenverkehr war die Tendenz heute zumeist fester, was allerdings in der Hauptsache auf die technische Position des Marktes und die daraufhin erfolgenden Deckungen zurückzuführen war. Besondere Anregungen lagen im allgemeinen nicht vor, vielmehr erwartet man die weiteren Regierungsmaßnahmen und sucht zunächst Klarheit über die künftige Wirtschaftsgestaltung zu gewinnen; die heutige Rede Roosevelts wurde daher mit Interesse erwartet.

Das Geschäft war nur zeitweise lebhafter, jedoch ergaben sich auf verschiedenen Marktgebieten Kursbesserungen, die im allgemeinen 1 bis 5 Dollar betrugen. „Nasse Werte" sowie Metallaktien und die in der letzten Zeit gedrückten Eisenbahnpapiere standen im Mittelpunkt des Interesses, wobei die kürzliche Erhöhung der Frachtwagenanforderungen stimulierte. Oelaktien konnten von der Erhöhung der Pennsylvania-Rohölpreise Nutzen ziehen. Eine Sonderbewegung hatten wiederum Homestake Mining Co. zu verzeichnen, die zeitweise 17 Dollar höher notierten.

In der letzten Börsenstunde wurde die Umsatztätigkeit wieder recht lebhaft und die Kurssteigerungen erweiterten sich auf 2 bis 6 Dollar. National Distillers und Union Pacific notierten sogar 8 Dollar höher. **Die Börse schloß in sehr** fester Haltung. — Am Bondsmarkt kam es unter Führung von Staatsanleihen auch zu einer Aufwärtsbewegung; für ausländische Werte war die Kursgestaltung allerdings unregelmäßig.

Tägliches Geld ¾ (Vortag: ¾) pCt. — Bankakzepte (90 Tage) Brief ¼ (¼) pCt.; do. Geld ⅜ (⅜) pCt. — Prima Handelswechsel: niedr. Kurs 1¼ (1¼) pCt.; do. höchst. Kurs 1¾ (1¾) pCt.

Devisenkurse: London (Cable Transf.) 4,76⅞ (4,78¾); Paris 6,06½ (6,08); Brüssel 21,65 (21,68); Rom 8,13 (8,15); Madrid 12,97 (13,02); Bern 30,04 (30,12); Amsterdam 62,50 (62,66); Stockholm 24,60 (24,70); Oslo 23,97½ (24,05); Kopenhagen 21,35 (21,40); Prag 4,61½ (4,63½); Wien 17,40 (17,47); Budapest 27,40 (27,50); Belgrad 2,16½ (2,16½); Athen 88,00 (89,00); Japan 28,47 (28,31); Buenos Aires 39,23 (39,30); Rio de Janeiro 8,47 (8,47); **Berlin 36,97½ (36,95).**

Silber: 39⅞ (39¾).

Effekten-Schlußkurse

Amerik. Eisenb.-Akt.	4. 10.	3. 10.
Atchison, Topeka & St. Fé	54,50	52,63
Baltimore & Ohio	28,00	25,75
Canadian Pacific (neue)	14,38	13,75
Chesapeake & Ohio (neue)	42,13	40,88
Chic. Milwauk. & St. Paul	6,50	5,88
Chic. Rock Isl. & Pac.	4,63	4,25
Erie com.	17,25	15,25
Missouri Pacific pref.	6,38	6,00
New York Central	40,50	36,13
Northern Pacific	24,00	22,25
Pennsylvania	30,63	28,25
St. Louis & S. Francisco	3,00	3,00
Southern Pacific	23,75	22,00
Southern Railway	26,63	23,88
Union Pacific	115,00	107,00
Amerik. Industrieakt.		
Air Reduktion	105,00	100,00
Allied Chemical	135,75	131,50
American Can	91,00	88,00
American Smelting	47,50	45,25
American Steel Foundries	18,13	16,38
American Tel. & Telegr.	120,50	117,75
American Tobacco	86,50	84,75
Anaconda Copper Mining	17,13	15,50
Bethlehem Steel Corp.	35,13	32,38
J. I. Case	70,75	66,88
Chrysler	45,88	41,75
Columbia Gas u. El.	15,75	14,50
Consolidated Gas	42,38	40,00
Du Pont de Nemour	78,00	74,13
Eastman Kodak	79,75	76,00
General Electric (neue)	20,88	19,13
General Motors (St. à 10 $)	31,25	28,38
Gilette Safety Razor	13,63	12,88
Good Year	36,25	34,25
International Harvester	38,50	36,25
U. S. Ind. Alcohol	70,13	65,50
Internation. Nickel	20,75	19,88
Kamost Copper	23,38	21,38
Lehman Corporation	69,00	66,00
Nash Motors	21,00	19,25
North American Co.	19,75	17,75
Radio Corporation	8,00	7,38
Royal Dutch	35,75	35,13
Sears Roebuck & Co.	42,00	39,00
Standard Oil o New Jersey	40,88	39,13
Socony Vacuum	12,13	11,25
U. S. Rubber	17,88	16,00
U. S. Steel Corp. com.	48,25	45,50
United Corporat. com.	6,50	6,13
United Aircraft	32,88	30,13
Woolworth	40,00	37,75
National City Bank	26,00	26,50
Westinghouse Electric	37,13	34,50
Shell Union Oil	8,50	8,00
Dtsch. Industrieaktien		
Norddeutscher Lloyd	3,50	3,50
Rhein.-Westf. Elektr.-Wk.	12,00	7,25
Amerik. Obligationen		
3½% U. S. A. Liberty B.	102 13/32	102 5/16
4% St. Louis S. Francisco	15,00	14,00
5½% J. G. Chemical	86,00	85,00
Ausl. Industrie-Oblig.		
5% Kreuger & Toll Deb. 59 m Opt. 500-u. 1000-Doll. tS.-	12,50	12,75

Dtsch. Industrie-Oblig.	Geld 4. 10.	Brief 4. 10.	Geld 3. 10.	Brief 3. 10.
6½% Berl. Städt. El.-Wk. 51	42,50	43,50	39,38	43,25
6½% do. do. 59	40,63	41,00	40,00	40,88
6½% do. do. 55	38,00	39,00	36,38	37,00
5½% Commerzbank 1937	56,75	58,00	57,50	58,00
6½% El. Hoch- u. U-Bahn	34,50	39,50	34,50	38,00
6% A. E. G. 1948	32,25	34,00	32,13	35,00
7% do. 1945	38,53	41,00	38,88	41,00
7% Dtsch.-Atlant. Telegr.	42,00	45,00	42,00	45,00
6% Dt. Bank u. Disc.-Ges. 35	69,00	70,88	69,00	70,00
6½% Dtsch. Landbk. Z. A. 58	28,00	29,00	28,25	28,75
6% Dtsch. Landbk. Ser. B 51	51,00	53,00	48,50	50,75
7% Rentenbk.-Kred.-Anst. 50	47,00	47,50	47,00	48,00
6% do. 38	39,50	40,50	40,25	40,50
6% do. Serie II 60	39,25	39,50	39,75	40,00
6½% Elektrowk. Anl. I u. II 50	40,00	41,00	39,13	40,00
6½ do. Anl. III 1953	40,00	41,50	39,13	41,00
6% Elektrwk. U.-Elbe 53	39,25	41,00	38,13	38,75
6% Gesfürel 1953 o. Opt.	37,25	38,00	36,00	37,50
7% Hamb. El.-W. 1935	67,00	70,00	61,00	66,00
6½% Hapag 1940*	78,00	—	77,00	—
5½% Hamb. Hochb. Obl. 38	52,00	54,00	50,00	56,13
5% Jlseder Hütte 1948	35,13	36,00	36,50	38,00
7% Miag m. Opt. 1956	37,25	—	37,50	—
6% Nordd. Lloyd 1947	41,00	41,50	39,63	41,00
6% Gelsenkirchen 1934	38,00	41,00	38,13	40,00
7% Rh.-Elbe-U. o. Opt. 46	36,38	38,50	33,13	36,00
7% Rhein-Main-Donau 50	40,50	42,00	40,13	41,63
6% Rh.-Westf. El.-W. 55	41,75	42,00	40,25	41,00
7% do. 50	60,38	61,50	60,13	—
6% do. m. Opt. 53	43,00	44,00	43,00	43,88
7% Sächs. Werke 1945	42,00	42,50	40,00	41,38
6% Schles. Landsch.-B. 47	31,00	32,00	30,00	36,75
6½% Siem.&H.Siem.-Sch. 51†	52,25	54,38	53,00	55,38
6% do. Deb. 2930*	200,00	—	200,00	—
7% Hugo Stinnes 1946	35,00	38,50	34,75	38,00
7½% Leonh. Tietz o. Opt.	15,50	26,00	24,50	25,75
6% Ver. El.-W. Westf. 1953	34,50	35,00	34,50	35,50
6% Rh.-R.Wasserwrk. 1953	32,00	32,50	29,13	32,00
6½% ..Stahl S. A. o. Opt. 51	30,25	31,00	30,38	31,00
6% Viag 1945*	44,00	47,00	43,63	44,50
6% Karstadt 1943	17,63	20,00	16,88	18,00
6½% Ruhrgas-Anl. 1953	39,25	41,00	37,00	38,38
Ausländische Anleihen				
6½% Bayer. St.-Anl. 1945	35,00	38,00	35,00	36,88
7% Belg. Stab.-Anl. 1955	96,25	—	96,13	96,75
7% do. 1956	96,00	96,25	96,13	96,88
6½% Berl. Stadtanl. 1950	29,00	32,00	29,38	32,25
6% do. 1958	28,00	32,00	28,00	32,00
7% Bremer Staats-Anl. 35	41,50	43,50	40,63	42,00
6% Auslandsanl. dt. Spark. u. dtsch. Giroverb. 47	30,50	31,00	30,50	31,50
7% do. 47	31,50	32,00	31,38	32,25
7% Dt. Rep.-Anl. (Dawes) 49	64,25	64,75	62,50	63,00
7½% Dresden. Stadtanl. 45	30,50	32,00	30,00	32,00
6% Hamburg. Stadtanl. 46	31,00	31,63	29,13	28,25
6½% Kölner Stadtanl. 50	30,25	31,25	23,25	31,00
7% Leipziger Stadtanl. 47	30,00	32,00	28,50	31,00
5% Mexik. Ausl.-Anl. 45*	6,00	8,63	6,00	8,63
4½% Mexik. irrig. 43*	2,00	5,13	2,00	5,13
4% Mexik. Goldanl. 1954	3,75	5,38	3,75	5,63
7% München. Anl. 1945*	28,50	31,00	28,00	31,00
7% Oest.Reg.-Anl.43(Völkb.	86,13	90,00	86,25	87,38
6½% Preuß. Staatsanl. 51	35,50	35,75	34,00	35,38
6% do. 1952	32,00	32,25	30,00	31,88
6% Stadt Wien 1952	55,38	56,00	56,00	56,38
5½% Dt. Reichsanl. (Young	43,13	43,38	42,50	42,75

Aktienumsatz ...... | 210 000 | 925 000

* Freiverkehrsnotierungen. † Mit evtl. Zusatzverzinsung

Amerikanische Warenmärkte

NEW YORK, 4. OKTOBER. Getreide. (Schluß.) Weizen: Rotwinter loko 97⅛ (Vortag 95⅝); Hartwinter loko 99⅛ (97⅝); Mais loko 49⅜ (49⅞); Mehl *spring* wheat clears 6,60 bis 6,80 (6,60—6,80); Getreidefracht nach England 1 sh 3 d bis 2 sh (1 sh 3 d bis 2 sh); nach dem Kontinent 4¼—6 c (4¼—6 c).

Kaffee: Santos Nr. 4, loko 9 (9); do. Rio Nr. 7, loko 7¼ (7¼); Tendenz ruhig; Dez. 5,94 nom. (5,90); März 6,05 nom. (6,03 nom.); Mai 6,12 nom. (6,11 nom.); Juli 6,18 nom. (6,18 nom.); Sept. 6,24 nom. (6,24 nom.).

Baumwolle: Tendenz stetig; loko 9,90 (Vortag 9,80); Oktober 9,65—9,65 (9,53—9,53; Dez. 9,87—9,88 (9,75—9,76); Jan. 34: 9,92—9,92 (9,83—9,83); März 10,11—10,11 (10,00—10,00); Mai 10,28—10,28 (10,16 bis 10,18); Juli 10,43—10,43 (10,32—10,33); Baumwollzufuhren in Atlantik- und Golf-Häfen 51 000 (92 000).

Metalle: Elektrolytkupfer loko 9,00 B (Vortag 9,00 B); prompte Lieferung 8¾ B (8¾ B); 30—90 Tage 8¾ B (8¾ B); Zinn loko 48,75 (48,50); Blei loko 4,50 (4,50); Zink loko 4,75 (4,75); Roheisen 2 einfach Buffalo Lieferung Boston per Bahn 18,50 (19,00); Weißblech 4,65 (4,65).

Schmalz prime Western 6,50 (Vortag 6,30); Talg extra lose 3½ (3⅜); Baumwollsaatöl loko 4,55 (4,50); Oktober 4,55 (4,50); Dezember 4,85 (4,79).

Petroleum Standard white in Cases 16,25 (16,25); in Fässern 12,25 (12,25); Midcontinent 33/33,9 g in Barrels 0,94 (0,94); Pennsylvania Rohöl 1,82—2,02 (1,82—2,02).

Zucker: Zentrifugal: Tendenz stetig; Okt. 1,42 nom. (Vortag 1,40 nom.); Dez. 1,47 (1,45); Jan. 1,47 G 1,48 B (1,45 G 1,46 B); März 1,53 B (1,50 G 1,51 B).

Kautschuk thin crepe loko 8⅞ (8 9/16); smoked sheet 7⅞ (7 9/16); Terpentin 46½ (46½); Savannah Terpentin 41½ (41½).

NEW ORLEANS, 4. OKTOBER. Baumwolle: loko 9,69 (Vortag 9,56); Okt. 9,62—9,62 (9,47—9,47); Dez. 9,84—9,85 (9,70—9,71).

CHICAGO, 4. OKTOBER. Getreide. (Schluß.) Weizen: Tendenz fest; Dez. 90¾—90⅝ (89¼—89⅛); Mai 94¾—94⅞ (93⅜ bis 93¼); Juli 93⅜—93½ (91⅞—91¾). Mais: Tendenz stetig; Dez. 47½ (47⅞); Mai 53⅞ (54⅛); Juli 56¼ (—). Hafer: Tendenz stetig; Dez. 38⅛ (38⅛); Mai 41⅞ (41¾); Juli 39⅜ (39¾). Roggen: Tendenz stetig; Dez. 69¼ (68½); Mai 75⅞ (75¼).

Bei ruhigem Geschäft zeigten die Getreidemärkte ein festeres Aussehen. Der Verlauf der Effektenbörse und Erwartungen bezüglich günstiger Meldungen aus Washington boten einige Anregung. Die Weizenpreise zogen infolge der langsamen Erntebewegung an, wobei Deckungen zu beobachten waren. Mais konnte seinen Preisstand auch anfangs bessern, da sich gute Nachfrage zu Versandzwecken zeigte. Später traten hier allerdings die Platzfirmen als Abgeber auf.

Schmalz: Tendenz stetig; Okt. 5,70 (5,55); Dez. 5,97½ (5,90); Jan. 34: 6,55 B (6,45 G). Speck: Okt. 5,37½ (5,50). Schweinezufuhren in Chicago 12 000 (12 000); im Westen 63 000 (52 000).

Leichte Schweine: niedr. Preis 5,25 (5,15); höchst. Preis 5,40 (5,30); schwere: niedr. Preis 4,25 (4,10); höchster Preis 4,85 (4,60).

WINNIPEG, 4. OKTOBER. Getreide. (Schluß.) Weizen: Tendenz stetig; Okt. 60⅞ (Vortag: 60⅛); Dez. 61¼ (60⅞); Mai 66 (65¾). — Hafer: Okt. 30¼ (30⅜); Dez. 31½ (31⅛); Mai 34 (34). — Roggen: Okt. 49⅝ (48½); Dez. 51 (49¾); Mai 55 (53⅝). — Gerste: Okt. 34½ (33½); Dez. 35¾ (34¾); Mai 39⅛ (38½). — Leinsaat: Okt. 140 (136½); Dez. 141½ (137½); Mai 149 (145¼).

BUENOS AIRES, 4. OKTOBER. Getreide. (Schluß.) Weizen: Okt. 5,25 (Vortag: 5,13); Nov. 5,36 (5,25); Dez. 5,38 (5,28). — Mais: Okt. 3,66 (3,60); Nov. 3,69 (3,62); Dez. 3,75 (3,70). — Hafer: Okt. 3,85 (3,85). — Leinsaat: Tendenz ruhig; Okt. 10,25 (10,17); Nov. 10,15 (10,10).

ROSARIO, 4. OKTOBER. Getreide. (Schluß.) Weizen: Okt. 4,90 (Vortag: 5,00); Nov. 5,10 (5,10). — Mais: Okt. 3,45 (3,45); Nov. 3,55 (3,55). — Leinsaat: Okt. 9,90 (10,05); Nov. 9,95 (10,05).

Devisen und Noten: 4. Okt.

AMSTERDAM	4. 10.	3. 10.		4. 10.	3. 10.		4. 10.	3. 10.
Berlin	59,04	59,02½	Italien	13,02½	13,03	Prag	7,35	7,36
London	764,50	761,50	Madrid	20,75	20,75	Belgrad	—	—
New York	160,50	158,50	Oslo	38,45	38,25	Warschau	—	—
Paris	970,50	970,75	Kopenhagen	34,20	34,05	Helsingfors	—	—
Belgien	34,58	34,58½	Stockholm	39,50	39,30	Bukarest	—	—
Schweiz	48,05	48,06	Wien	—	—	Yokohama	—	—
			Budapest	—	—	Buen. Aires	—	—

PARIS	4. 10.	3. 10.		4. 10.	3. 10.		4. 10.	3. 10.
London	78,80	78,70	Oslo	395,00	—	Belgrad	—	—
New York	16,50	16,42	Stockholm	—	407,50	Rio	—	—
Belgien	356,25	356,00	Helsingfors	—	—	Warschau	286,50	286,50
Spanien	213,50	213,50	Prag	75,90	—	Sofia	—	—
Italien	134,15	134,15	Rumänien	—	—	Athen	—	—
Schweiz	495,00	495,13	Budapest	—	—	Konstantinopel	—	—
Kopenhagen	—	—	Wien	—	—	BuenosAires	—	—
Holland	10,30½	10,30½	Berlin	—	—			

LONDON	4. 10.	3. 10.		4. 10.	3. 10.		4. 10.	3. 10.
Paris	78,68	78,78	Belgien	22,08	22,10	Italien	58,62	58,68
NewYork	4,76⅝	4,78¾	Spanien	36,87½	36,84	Schweiz	15,88	15,90
Berlin	12,93½	12,93	Holland	7,64	7,64¼	Wien	28,50	28,63
						Südafrika	99,87	99,87

LONDON*)	4. 10.	3. 10.		4. 10.	3. 10.
Bombay . . per Rupee	1/6 1/32	1/6 1/32	Singapore per Dollar	2/4 3/32	2/4 3/32
Calcutta . per Rupee	1/6 3/32	1/6 3/32	Manila . . per Dollar	2/1,25	2/1,25
Hongkong per Dollar	1/5,50	1/5 7/16	Kobe . . . per Yen	1/2 7/32	1/2 7/32
Shanghai . per Dollar	1/3,63	1/3 5/8	Südafrika	99,88	99,88

*) Telegrafische Auszahlung in London auf ostasiatische Plätze.

OSLO	4. 10.	3. 10.		4. 10.	3. 10.		4. 10.	3. 10.
London	19,40	19,90	New York	418,00	418,00	Stockholm	103,00	103,00
Berlin	155,00	155,00	Amsterdam	261,75	261,75	Kopenhagen	89,25	89,25
Paris	—	25,45	Zürich	126,50	126,50	Prag	19,35	19,35
Rom	34,25	34,25	Helsingfors	8,90	8,90	Wien	—	—
			Antwerpen	90,75	90,75			

STOCKHOLM	4. 10.	3. 10.		4. 10.	3. 10.		4. 10.	3. 10.
London	19,40	19,40	Brüssel	88,50	89,00	Washington	407,00	405,00
Berlin	151,00	151,50	Schweiz	122,50	123,50	Helsingfors	8,60	8,60
Paris	24,65	24,80	Amsterdam	254,50	256,00	Rom	33,50	34,00
			Kopenhagen	86,75	86,75	Prag	19,00	19,25
			Oslo	97,75	97,75	Wien	—	—

Alles nominell.

KOPENHAGEN	4. 10.	3. 10.		4. 10.	3. 10.		4. 10.	3. 10.
London	22,40	22,40	Paris	28,60	28,80	Stockholm	115,70	115,70
New York	472,25	473,00	Antwerpen	101,50	102,40	Oslo	112,75	112,75
Berlin	172,50	173,75	Zürich	141,15	142,30	Helsingfors	9,95	9,95
			Rom	38,30	38,50	Prag	21,75	21,90
			Amsterdam	293,70	296,20	Wien	—	—

PRAG	4. 10.	3. 10.		4. 10.	3. 10.		4. 10.	3. 10.
Amsterdam	1360½	1359	London	104,00	103,25	Stockholm	537,00	534,00
Berlin	803,50	803,50	Madrid	282,25	282,20	Wien	475,00	475,00
Zürich	653,63	653,62	Mailand	177,40	177,40	D. Marknot.	801,00	800,00
Oslo	523,00	519,00	New York	21,80	21,60	Poln. Noten	384,00	383,00
Kopenhagen	462,00	462,00	Paris	131,95	131,95	Belgrad	46,267	46,267
						Danzig	664,00	664,00

WIEN	4. 10.	3. 10.		4. 10.	3. 10.		4. 10.	3. 10.
Amsterdam	285,90	286,00	Paris	27,75	27,77	Doll.-Noten	448,00	443,00
Berlin	168,70	168,80	Zürich	137,36	137,48	Ung. Noten	—	—
Budapest	124,29½	124,29½	D. Marknot.	168,10	168,20	Schweden	110,45	109,70
Kopenhagen	96,75	96,50	Lirenoten	37,11	37,11	Belgrad	—	—
London	21,82½	21,71½	Jugoslaw.	8,84	8,84	Prag	21,02½	21,03½
New York	456,00	451,00	Tschechosl.	20,40	20,40	Clearingmark	216,15	216,28
			Poln. Noten	79,15	79,05			

ZÜRICH	4. 10.	3. 10.		4. 10.	3. 10.		4. 10.	3. 10.
Paris	20,20	20,20	Wien	72,53	72,54	Belgrad	7,00	7,00
London	15,91	15,83	Stockholm	82,10	81,60	Athen	2,95	2,94
New York	3,33	3,30	Oslo	80,00	79,50	Konstantinopel	2,47	2,45
Belgien	71,97½	71,97½	Kopenhagen	71,10	70,66	Bukarest	3,00	3,00
Italien	27,08	27,08	Sofia	—	—	Helsingfors	7,03	7,00
Spanien	43,15	43,15	Prag	15,32	15,32	BuenosAires	—	—
Holland	208,15	208,00	Warschau	57,75	57,80	Japan	95,00	94,00
Berlin	122,88	122,90	Budapest	—	—			

MAILAND	4. 10.	3. 10.		4. 10.	3. 10.		4. 10.	3. 10.
			Belgien	2,66	2,65	Stockholm	325,00	325,00
Wien	—	—	Bukarest	—	—	Madrid	159,25	159,50
Paris	74,48	74,48	Berlin	454,00	455,00	Sofia	—	—
New York	12,28	12,17	Zürich	369,10	369,00	Athen	—	—
Prag	56,60	56,60	Belgrad	—	—	Budapest	—	—
London	58,80	58,50	Oslo	295,00	295,00	Rußland	—	—
Holland	7,69	7,69	Kopenhagen	264,00	265,00	Warschau	213,00	213,00

●

Die Makler-Gemeinschaft

In der außerordentlichen Generalversammlung der Makler-Gemeinschaft setzte sich das neue Vorstandsmitglied der Gemeinschaft, Walter Reuter, mit dem mangelnden Verständnis auseinander, das oft gegenüber dem Berufsstand der freien Makler zutage tritt. Bereits im Mai d. J. hatte sich die nationale Maklerschaft der Berliner Börse in einer Denkschrift bemüht, ihren Berufsstand in seinen Aufgaben und Notwendigkeiten eindeutig klarzulegen. Zu der an den neuen Vorstand herangetretenen Arbeit zur Börsenreform erklärte der Redner u. a., daß nicht die zahlenmäßige Uebersetzung der Maklerschaft, sondern die personell falsche Besetzung der Hemmschuh war. Die Reinigung des Berufsstandes der freien Makler erfolgte nach Richtlinien, die von der Regierung festgelegt wurden. Die zuerst geforderte Altersgrenze wurde fallen gelassen. Nicht gemeint ist damit allerdings die bisher geduldete Art der Beschäftigung über Mitleidorders.

Durch die Schaffung einer Gruppe von sog. Freihändlern ist ein wichtiger Punkt des Reformprogramms erfüllt worden. Zu dem Abkehrfonds bemerkte Reuter, daß neuerdings 25 Personen der Uebergang in einen andern Beruf ermöglicht wurde und weiteren 25 eine laufende monatliche Unterstützung bewilligt wurde. Ueber die technische Reform des Effektenhandels konnte Reuter noch nicht sprechen, da diese Frage noch im Flusse ist. Unmittelbar von Interesse dürfte vornehmlich die Erklärung zum Stand des vereidigten Maklers sein. Sie wird als eine der nächsten großen Aufgaben in den Verhandlungen mit der Maklerkammer angesehen. Zum Schluß bemerkte der Redner u. a., der im Nationalsozialismus verankerte Ständegedanke werde auch den Maklerstand erfassen.

auf 184 434 RM ermäßigt. Waren stehen nach 25 pCt. Abschreibungen mit 364 145 RM zu Buch. Die Umsätze der Gesellschaft betrugen 1932 4 Mill. RM, in den ersten acht Monaten 1933 1,5 Mil. RM. Man beabsichtigt, das gerichtliche Vergleichsverfahren zu beantragen.

Kurze Kautschuk-Hausse

Außenseiter gegen Restriktionen

Wie aus London gemeldet wird, sind die Gummiaktien nach starken Käufen wieder etwas im Kurs gesunken. Die Abwärtsbewegung setzte auf die Nachricht hin ein, daß die malaiische Verwaltung es abgelehnt habe, die Restriktionsvorschläge durchzuführen. Die malaiische Verwaltung soll sich jedoch bereit erklärt haben, jeden Plan, der von den holländischen Behörden zur eigenen Durchführung ausgearbeitet wird, in Hinsicht auf Beteiligung zu prüfen.

Kautschuk und Kautschukaktien stehen seit den letzten Tagen der abgelaufenen Woche im Mittelpunkt der Londoner Börsenentwicklung. Sowohl der Rohstoff als auch die Aktien der Plantagengesellschaft erlebten beträchtliche Preisbesserungen. Anlaß des plötzlichen „Booms" sind die Hoffnungen, daß im kommenden Frühjahr eine 50proz. Kautschukerzeugungsrestriktion eingeleitet werden wird. Zwischen den holländischen und britischen Erzeugern sind solche Besprechungen bereits aufgenommen und wahrscheinlich durch den Besuch des holländischen Ministerpräsidenten Coljin in London nicht unerheblich gefördert worden.

Verhandlungen über Kautschukrestriktionen waren in den letzten Jahren nicht grade selten. Sie waren bisher aber stets „im letzten Augenblick" an der ungeklärten Frage der „Native rubber" Erzeugung gescheitert. Noch in den Tagen der Weltwirtschaftskonferenz hatte man geglaubt, zu einer neuen Produktionsregelung für Kautschuk kommen zu können. Die Hoffnungen waren aber seinerzeit durch den Gouverneur der niederländisch-indischen Gebiete zerstört worden, der bei der Eröffnung des Volksrats der Kolonie bekanntgab, daß kein aussichtsreicher Plan für die Erfassung der Eingeborenenerzeugung vorliege. Man hat auch diesmal nichts von einem neuen Plan auf diesem Gebiet gehört. Die Hoffnungen der Pflanzer sind aber deshalb so groß, weil sich einige lokale Eingeborenengruppen bereit erklärt haben, ihre Erzeugung ebenfalls einzuschränken.

Selbst wenn die Eingeborenenfrage keine Schwierigkeiten bereiten sollte, was vorläufig noch gar nicht feststeht, wäre kein Anlaß zu einem solch optimistischen Auftrieb vorhanden. *Erstens stehen die französischen Kautschukgebiete* (Indochina) infolge des Strebens Frankreichs nach einer weitgehenden Kautschukautarkie abseits. Französisch-Indochina hat zwar im Jahr 1932 nur rund 13 000 Tonnen Kautschuk gewonnen. Seine vorhandene Produktionskapazität *ermöglicht aber in relativ kurzer Zeit eine Steigerung der Gewinnung um das Fünf- bis Siebenfache dieser Menge.* Besonders dann, wenn infolge der *Restriktion die Preise steigen sollten.* Weiterhin darf die Regenerationsgummiindustrie nicht außer Acht gelassen werden. Die USA besitzen ebenfalls keinen Kautschuk im Inland und wünschen möglichst unabhängig in diesem wichtigen Rohstoff zu sein. Sie verarbeiten zur Zeit nur *„frischen" Kautschuk. Die umfangreiche Regenerationsindustrie*, die Gummiabfälle neu verwertet, liegt infolge der niedrigen Preise des Rohgummis still. Wenn man aber bedenkt, daß diese Industrie in der Zeit der Stevensonrestriktion bis zu 50 pCt. des amerikanischen Kautschuk*konsums versorgt hat* (die USA sind der weitaus bedeutendste Kautschukverbraucher der Erde) kann man ermessen, welche Gefahr sie für jede neue Restriktion bilden muß.

Der außerordentliche Optimismus der Kautschukinteressenten wäre vollkommen unverständlich, wenn ihre Interessen nicht in sehr starkem Maße mit dem gleichlaufenden am Tee- und Zinnmarkt identisch wären. *Immer wieder konnte man in diesen Tagen in der Londoner* Mincing Lane hören, daß die Tee- und Zinnrestriktion in den letzten Monaten erfolgreich gewesen seien, daher wären jetzt auch alle Aussichten vorhanden, daß die Kautschukrestriktion erfolgreich sein würde. Nichts zeigt klarer als diese *Argumentation*, auf welch schwachen Füßen die neue Kautschukhausse steht, denn die Verhältnisse des Zinns und Tees sind vollkommen anders gelagert als die des Kautschuks. Beim Tee ist die Restriktion deshalb geglückt, weil die überschüssigen Mengen entweder auf den Feldern verfault sind oder verbrannt wurden. Ein Vorratsdruck wie bei den anderen Rohstoffen besteht kaum. Beim Zinn ist die sehr kleine Gewinnungsziffer des Metalls und die geringe Anzahl der maßgebenden Zinnerzeuger für eine Restriktion sehr günstig. Beim Kautschuk sind dagegen hohe Weltvorräte vorhanden, die außerdem noch großenteils im Hauptverbrauchsland (U.S.A.) lagern. Außenseiter erschweren die Durchführung der Erzeugerrestriktion und außerdem droht in der Regenerationsgummi-Industrie ein Konkurrent, der durch die Verbraucher und nicht durch die an der Restriktion interessierten Erzeuger kontrolliert wird. Bei dieser Sachlage Parallelen von den erfolgreichen Tee- und Zinnrestriktionen zur geplanten Kautschukrestriktion zu ziehen, ist doch etwas zu gewagt. Wenn man schon die Restriktionsaussichten des Tees, Zinns und Kautschuks in eine Beziehung miteinander bringt, so wäre daraus allenfalls zu schließen, daß die Kautschukrestriktion mit der gleichen Gewißheit mit einem Mißerfolg endet, wie die Zinn- und Tee*restriktionen erfolgreich ausgegangen sind.* Es überrascht unter diesen Umständen nicht, daß die Londoner Kautschukhausse nur von kurzer Dauer war.

Warenmärkte

Produkte

HAMBURG, 4. OKTOBER. Cif-Notierungen für Getreide. (Alles cif Hamburg unverzollt.) Weizen: Manitoba I Okt. 4,37½; *do. II Okt.* 4,22½; *Rosafé* Okt. 3,95, *Barusso* Okt. 3,95. Gerste: Donaugerste Oktober 2,60. Roggen: Plata Oktober 2,95. Mais: La Plata Oktober 2,85; Donau-Galfox Okt. 2,82½. Hafer: Plata Uniclipped *Okt.* 3,05; Plata Clipped 3,22½. Weizenkleie: Pollards 2,75, Bran 2,75. — Produktenbörse (Freiverkehr). Weizen: franko Hamburg 9,50—9,55; ab Mecklenburg, Holstein 9,20—9,25. Roggen: franko Hamburg 7,75—7,80; ab Mecklenburg, Holstein 7,40—7,45. Wintergerste: ab Holstein, Mecklenburg, Hannover 8,00—8,10; Sommer- do. 8,20—8,50; Donaugerste kwgfr., unverz., prompt 2,60 bis 2,65. Hafer: franko Hamburg 7,30—7,50; ab Mecklenburg 7,00—7,20.

Am Getreidemarkt blieb das Geschäft in Brotgetreide ruhig, ebenso in Futtergerste. In Hafer entwickelte sich kleines Waggongeschäft. — Hülsenfrüchte: *Bei fester Tendenz bewegte sich* das Geschäft in ziemlich engen Grenzen. Am Lokomarkt wurden die Forderungen für Othenashis und Chilebohnen um je ½ RM erhöht. *Die übrigen Artikel blieben unverändert.*

LONDON, 4. OKTOBER. Rohzucker. (Schluß.) Termine: Okt. 5/- B 4/10½ G; Nov. 5/- B 4/11 G; Dez. 5/1 B 5/0¾ G; Jan. 34: 5/1 B 5/- G; Febr. 5/1¾ B 5/0½ G; März 5/2¼ B 5/2 G 5/2¼ bz; April 5/3½ B 5/2¾ G; Mai 5/4½ B 5/4 G; Juni 5/5½ B 5/4¾ G; Juli 5/6½ B 5/5¾ G; Aug. 5/7¼ B 5/7 G; Sept. 5/8½ B 5/7¾ G; Tendenz stetig. — Reis (Shilling per cwt. C. J. F.): Tendenz stetig; Burma Nr. 2 Okt.-Nov. 6/6 V; Saigon Nr. 1 Okt.-Nov 7/- V; Siam Super Nr. 1 Okt.-Nov. 8/4½ V.

Oele und Fettwaren

HAMBURG, 4. OKTOBER. Schmalz: *Tendenz fest*; Amer. Steamlard trans. ab Kai 18; Pure Lard versch. Standardmarken raffin. per 4 Kisten je 25 kg netto trans. ab Kai 18½—19 Doll.; Hamburger Schmalz in Dritteltonnen Marke Kreuz verzollt ab Zollstadt 153 RM. — Oele: Bei fast völliger Geschäftsstille zeigten die meisten Artikel eine matte Haltung. Nur Schweinefette und feine Talge waren weiter gefragt. Kokosöl wurde ½ RM niedriger, Soyabohnenöl ½ RM höher angeboten. Baumwollsaatöl wurde um 5/- im Preise *ermäßigt*. Am Leinölmarkt wurde Harburger Leinöl ohne Faß für Okt.-Dez.-Lieferung auf 27 RM und für Januar-April-Lieferung auf 26½ RM ermäßigt. Die Forderungen für große Posten stellten sich demgemäß auf 25 bzw. 24½ RM.

Textilien

BREMEN, 4. OKTOBER. Baumwolle. (Schluß.) Termine: Dez. 10,90 B 10,85 G; Jan. 1934: 10,95 B 10,92 G 10,85—93 bis 10,92 b; März 11,10 B 11,07 G 10,08—07 b; Mai 11,25 B 11,23 G 11,23 b; Juli 11,40 B 11,36 G 11,29 b; *Tendenz stetig.*

LIVERPOOL, 4. OKTOBER. Baumwolle. (Schluß.) Loko: American middl. 5,44; Aegypt. Sakellaridis F. G. F. 7,25; Aegypt. Upper F. G. F. 6,31; Ostind. M. G. Surtee F. G. 4,99. Americ. Universal Stand. middl., Tendenz stetig; Okt. 5,33; Nov. 5,35; Dez. 5,35; Jan. 34: 5,37; Febr. 5,39; März 5,41; April 5,42; Mai 5,44; Juni 5,45; Juli 5,47; Aug. 5,48; Sept. 5,49; Okt. 5,50; Jan. 35: 5,54; März 5,58; Mai 5,61; Juli 5,64. Aegypt. Sakellaridis: *Tendenz kaum stetig*; Okt. 6,85; Nov. 6,96; Jan. 7,04; März 7,13; Mai 7,22; Juni 7,31; Juli 7,31. Upper: Okt. 6,05; Nov. 6,09; Jan. 34: 6,11; März 6,16; Mai 6,23; Juni 6,30; Juli 6,30.

ALEXANDRIEN, 4. OKTOBER. Baumwolle. (Schluß.) Sakell./Ashmouni: Okt. 10,35; Nov. 12,82; Dez. 10,41; Jan. 34: 13,22; Febr. 10,64; März 13,63; April 10,90; Mai 14,01; Juni 11,12.

LONDON, 4 OKTOBER. Jute: Tendenz träge. Erste Marken: Sept.-Okt. 14¾ V; Okt.-Nov. 15 V; Nov.-Dez. 15⅛ V; Dez.-Jan. 15¾ bW. Geringere Marken: Sept.-Okt. 14¼ V; Okt.-Nov. 14¼ V.

Kautschuk

HAMBURG, 4. OKTOBER. Kautschuk. Tendenz stetig. Sheets loko sowie Nov.-Dez. und Dez.-Jan. je 4 1/16 d per lb.

LONDON, 4. OKTOBER. Kautschuk (Pence per lbs.): Tendenz stetig; Standard Nr. 1, Crepe loko 4⅜ K; do. Smoked sheet, loko 4 bW; do. Nov. 4 bK; do. Dez. 4 1/32 K; do. Jan.-März 4 3/32 bK; do. April-Juni 4 3/16 bK; do. Juli-Sept. 4 5/16 bV.

Metalle

LONDON, 4. OKTOBER. Metalle. (Schluß.) Kupfer: Tendenz unregelmäßig; Standard per Kasse 34⅞—35; 3 Monate 35⅛ bis 35 3/16; Settl. Preis 34⅞; Elektrolyt 38¼—38½; best selected 37 *bis 38¼; strong sheets 64; Elektrowirebars 38½.* Zinn: Tendenz unregelmäßig; Standard per Kasse 221¾—222; 3 Monate 221¾ bis 221⅞; Settl. Preis 222; Banka 228¾; Straits 228¾. Blei: Tendenz stetig; ausländ. prompt 11 13/16; entft. Sichten 12 5/16; Settl. Preis 12. Zink: Tendenz stetig; gewöhnl. prompt 16⅝; entft. Sichten 17; Settl. Preis 16⅝. Aluminium: Inland 100. Antimon: Erzeug.-Preis 39—40; chines. 23¼—23¾; Quecksilber 8½—9¾; Platin 7¾; Wolframerz 22½—23½; Nickel Inland 225—230; Ausland 225 bis 230; Weißblech 16¾—17; Kupfersulphat 16¼—16¾; Cleveland Gußeisen Nr. 3 62½. Silber: Barren 18 5/16 fein 19¾; Lieferung Barren 18 7/16 fein 19⅞. Gold 134/-.

●

Der Londoner Goldpreis beträgt am 4. Oktober für eine Unze Feingold 134 sh 0 d gleich 86,6980 RM, für ein Gramm Feingold demnach 51,6984 pence gleich 2,78740 RM.

Ruhrkohlentransporte. Zur Beförderung von Kohle, Koks und Briketts im Ruhrrevier stellte die Reichsbahn am 3. Oktober 16 793 Wagen. In der Woche vom 3. September bis 9. September betrug die arbeitstägliche Wagengestellung 16 132, im Oktober 1932: 16 836.

Vier Wege zur Konjunktur

LONDON, 4. OKTOBER

Auf dem alljährlich vom Londoner Oberbürgermeister zu Ehren der Finanz- und Wirtschaftsgrößen veranstalteten Bankett hat Schatzkanzler Neville Chamberlain eine sehr optimistische Schilderung der englischen Wirtschaftslage gegeben. Er stellte auf Grund der jetzt veröffentlichten Ziffern einen Budgetüberschuß in Aussicht. Der Arbeitsmarkt im August zeige gegenüber dem Vorjahre eine Beschäftigtenzunahme von 650 000 Menschen, ein Symptom, das ganz besonders hoffnungsfreudig stimmen müsse, weil die abnehmende Arbeitslosigkeit zu einem Zeitpunkt eintrete, zu dem sonst saisonmäßig eine Belastung des Arbeitsmarktes einzutreten pflege.

Chamberlain nannte vier Wege, auf denen weiterhin eine internationale Konjunkturbesserung erstrebt werden müsse: Steigerung der Großhandelspreise (hier seien wiederum die geeigneten Methoden die Anpassung der Pro*duktion an den Bedarf, wie man es auf dem internationalen* Weizenmarkt versucht habe), die Senkung der Zollmauern, die aber nicht ohne gleichzeitige Sicherung und Stabilität der internationalen Währungslage erreicht werden könnte, die Wiederherstellung eines international gültigen Währungsstandards (wobei Chamberlain den Goldstandard als die idealste Währungsgrundlage bezeichnete, eine Rückkehr Englands aber nur nach Beseitigung aller Hindernisse, die zur Pfundkatastrophe von 1931 geführt haben, in Aussicht stellte, und schließlich die Wiederaufnahme internationaler Kreditgewährung.

●

Rumäniens 20proz. Transfer. Auf Weisung des Finanzministers begann, wie der „Vossischen Zeitung" aus Bukarest gedrahtet wird, Mittwoch die Auszahlung für die am 1. Oktober fälligen ausländischen Kupons im Sinne der rumänischen Vorschläge. Auch die Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft hat die nötigen Summen erhalten, um 20 pCt. des Kupons für die im Jahre 1928 unifizierte rumänische Rente und für die deutschen Abschnitte der 7proz. Anleihe vom Jahre 1929 sowie der 7½proz. Anleihe vom Jahre 1931 in Reichsmark zur Auszahlung zu bringen. Für die restlichen 80 pCt. werden vorläufig Gutscheine ausgestellt, die später gegen 4 pCt. verzinsbare Kassenscheine umgetauscht werden.

17 pCt. Belegschaftsvermehrung im bergischen Industriebezirk. Im Bereiche des Verbandes von Arbeitgebern im bergischen Industriebezirk, der etwa 50 000 Arbeitnehmer umfaßt, ist seit dem 1. Februar 1933 die Belegschaftsziffer von 194 Betrieben um 17 pCt. vermehrt worden. Diese 194 Betriebe haben damals ca. 35 000 Arbeitnehmer beschäftigt und beschäftigen heute ca. 41 000 Arbeitnehmer. Interessant ist vor allem auch, daß die Mitglieder des Verbandes seit dem 1. Februar für 5 Mill. RM Neuinvestierungen in ihren Betrieben im Interesse der Arbeitsbeschaffung vorgenommen haben. Ferner werden die Mitglieder ersucht, allgemein auf die 40stündige Arbeitswoche herabzugehen, Ueberstunden zu vermeiden und alle über 65 Jahre alten Arbeitnehmer, deren Lebensunterhalt gesichert ist, durch jüngere Kräfte zu ersetzen.

Rund 43 pCt. Masse bei SS-Kettenläden. Der Gläubigerversammlung der SS-Gesellschaft für gute Herrenkleidung m. b. H., Berlin (50 000 RM Kapital), wurde ein Status vorgelegt, der nach Absetzung von 188 250 Vorrechtsforderungen rund 230 700 RM freie Aktiven ausweist, denen 477 906 Reichsmark *ungesicherte am Verfahren beteiligte Forderungen* gegenüberstehen. Es liegen also rund 43 pCt. in der Masse. Von einer Forderung gegen die SS AG. in Zürich in Höhe von *645 910 RM sind 150 000 RM an die Dresdner Bank zediert.* Der Rest von 495 910 RM ist als uneinbringlich abgeschrieben, aber auch auf der Passivseite von der Forderung der Bernhard Kass G. m. b. H. gegen die SS G. m. b. H. abgesetzt, die sich dadurch

Staatsoper Unt. d. Linden
Donnerstag, 5. Oktober
30. Stamm-Vorstellung
Anfang 7 Uhr
Palestrina
unter Leitung des Dichterkomponisten
Rudolph, Ruziczka-Schmidt, Klose, Bockelmann, Soot, Arnold, Krenn, List

Staatlich. Schauspielhaus
Am Gendarmenmarkt
Donnerstag, 5. Oktober
30. Stamm-Vorstellung
Anfang 8 Uhr
Wenn der neue Wein blüht
Lustspiel von Björnson
Neuinszenierung von Franz Ulbrich

Staatlich. Schillertheater
Donnerstag, 5. Oktober
Anfang 8 Uhr
U-Boot 116
Schauspiel von Karl Lerbs
Franck, Büttner, Haubenreißer, Dunskus, Schön, Weißner

Rose-Theater Gr. Frankf. Str. 132 T. Weichs. E 7 3422
8¼ Uhr:
Ein Volksfeind

Städt. Oper, Charlottenbg.
Bismarckstraße 34
Fraunhofer 0231 Turnus III
Anfang 7½ Uhr, Ende gegen 10 Uhr
Zum ersten Male!
Mona Lisa
von Schirach, Pfahl, Spletter, Maucher, Scheidl a. G., Burgwinkel, Baumann, Ludwig, Pelzer, Guttmann, Heyer
Dirigent: Wilhelm Franz Reuß

Volksbühne
Theater am Horst-Wessel-Platz
D 1 6535. Heute geschlossen
Morgen 8 Uhr zum 1. Male:
D. Widerspenstigen Zähmung
Regie: Heinz Hilpert
Käthe Dorsch, Paul Hörbiger, Karchow, Halden, Marlow

Th. i. d. Stresemannstraße
F 5 Bergmann 2131
Täglich 8¼ Uhr
Ein glückliches Leben
Komödie von Barbara Bosch
mit Paul Wegener
Regie: Ernst Legal

Nähe Schles. Bhf. **PLAZA** E 7 Weichsel 4031
5 u. 8¹⁵, Sonntags 2, 5, 8¹⁵ Uhr
Die drei Musketiere
1. Vorstellung . . . 30 Pf. bis 1 M
2. u. 3. Vorstellung 60 Pf. bis 2 M

8¼ **Komödienhaus** 8¼
Schiffbauerdamm 25 Tel. D 2 6304/05
Robinson soll nicht sterben
von Friedrich Forster
mit Eugen Klöpfer
Regie: Heinz-Dietrich Kenter

Deutsches Künstler-Theater
Nürnberger Str. 70 . Bavaria 1964
Täglich 8½ Uhr
Bezauberndes Fräulein
Musik von Benatzky
Max Hansen . Lizzi Waldmüller

8½ Uhr **Komödie** Bism. 904
Kurfürstendamm 206
Dir. Effenberger
Hilde Hildebrand
Politik der Weiberröcke
Steinsieck, Lingen, Schröder, Frank
Preise von RM 1.— an

8¼ **Renaissance-Theater**
U-Bahnhof Knie . Steinplatz 6780
Die große Chance
Lustspiel
Erika v. Thellmann, Paul Henckels Marian, Haase
Preise: 1—6 RM

KARLSHORST Heute 2 Uhr:
GROSSER PREIS VON KARLSHORST

Theater i. d. Behrenstraße
Behrenstraße 53-54
8½ Uhr Ueber 80 Mal!
Terzett zu Viert
Lustspiel mit Musik von Leo Lenz
Musik von Willy Rosen
Genia Nikolaiewa, Ellen Hille, Curt Ackermann, Curt von Ruffin

Kurfürstendamm-Theater
Tel. Kasse Bismarck 1400
Heute geschlossen
Freitag 8 Uhr Premiere
Ein Kuß und sonst gar nichts
Musik: Eisemann
Schuster, Falkenstein, Zesch-Ballot, v. d. Straaten, Weiser, Ode u. a. m.
Preise 0.60 bis nur 6.—

Metropol-Theater
Behrenstraße 55 . Tel.: Flora 5021
Sonnabend 8: Welt-Uraufführung
Marie Louise
Singspiel von Walter Bromme
Inszenierung: Hans Gérard
Preise 0,50—6.— M

8¼ **Theater des Westens**
Kantstraße 12 Steinpl. 2681
Die Volks-Operette
Junger Wein
mit EDITH SCHOLLWER und KARL JÖKEN
Preise von 50 Pf. an

Lessing-Theater
D 2 Weidendamm 0846. Tägl. 8¼ Uhr
Nur noch 3 Tage
HEINZ RÜHMANN
Gustl wartet auf Helene
von Paul Relle
Falckenberg, Bessel, Claudius, Schaeffers, Sondinger, Stepanek. Vorverkauf 10—6

Komische Oper
Friedrichstraße 104 . Merkur 8308
Täglich 8½ Uhr
Akrobaten des Glücks
Kupfer, Vespermann, Knepel, Storm, Mühlhardt, Wenck
Sonntag 4½ Uhr zu kleinen Preisen
Das Glücksmädel

Theater a. Nollendorfplatz
Pallas 7051
Donnerstag geschlossen
Freitag, 6. Oktober, Premiere, 8¼ Uhr
Die Fahnenweihe
Eine zeitungebundene, unpolitische Komödie in 3 Akten von Josef Ruederer

VOLKSTHEATER Humb. 1636/37
Freischütz
Täglich 5³⁰ 8³⁰
Sonnt. 2³⁰ 5³⁰ 8³⁰
LICHTBURG
GESUNDBRUNNEN

Heute
neue „Bauwelt" Heft 40

Aus dem Inhalt: Ordnender Eingriff des Reichs — Aufschließung von Wohnsiedlungsgebieten — Gesetz vom 22. September 1933 / Der Deutsche Baupolizeitag in Hannover / Landesplanungsverband des Rhein-Main-Gebietes / Arbeitspläne im Reich / Der Werkbund auf neuer Grundlage / Reichsbaudarlehn in Preußen / Ein Berliner Ring verantwortungsbewußter Kleinhausbauer / Die Berliner Stadtrandsiedlung / Schlichtung gewerblicher Mietstreitigkeiten / Richtlinien für Gasfeuerstätten und -geräte / Bausparkassen-Entscheidungen / Statistik der Bauvorhaben / Neue Patente / Wettbewerbs-Nachrichten / Bautennachweis / Vom Baustoffmarkt Baustoffpreise
In der Kunstdruckbeilage: Ein Versicherungsgebäude in Köln / Staatliche Tabakfabrik in Linz

Einzelheft 0.90 M. Abonnement (wöchentlich ein Heft) 2.52 M
Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Ullstein-Filialen oder vom
Bauwelt-Verlag, Berlin SW 68, Charlottenstr. 6

RECHT UND LEBEN · WOCHEN-BEILAGE DER VOSSISCHEN ZEITUNG

NUMMER 40 · DONNERSTAG, 5. OKTOBER 1933

Gegen Formalismus beim Arbeitsgericht

Eine gute Rechtsverwirklichung muß das Ziel haben, den gestörten Rechtsfrieden tunlichst schnell in einer das Rechtsgefühl befriedigenden Weise durch Richterspruch wiederherzustellen. Gilt dies schon allgemein für jeden Zivilprozeß, so insbesondere für das arbeitsgerichtliche Verfahren. Für beide Parteien des Arbeitsgerichtsprozesses — Arbeitgeber wie Arbeitnehmer — ist es gleich unerträglich, unnötig lange Zeit darauf warten zu müssen, wie ein bestimmter Vorfall, der zu einem Streit geführt hat, entschieden wird. Daß ein schnelles Urteil kein flüchtiges Urteil sein darf, ist ebenso selbstverständlich, wie es richtig ist, daß es, wie für jeden Kampf, so auch für den vor Gericht, Kampfesregeln geben muß. Aber diese müssen auf das notwendige Maß beschränkt werden und dürfen nicht, jedenfalls nicht überflüssigerweise, die sachliche Entscheidung hemmen oder gar hindern.

Für die Gestaltung des Arbeitsverhältnisses sind in großem Umfang Kollektivverträge maßgebend. Trotz der vielen typischen Gleichheiten der meisten Arbeitsverhältnisse führt die Vielgestaltigkeit des Wirtschaftslebens zur Notwendigkeit, für die verschiedenen Zweige der Wirtschaft verschiedene Tarifverträge zu schaffen. Dabei ist es häufig nicht leicht, von vornherein den zuständigen Tarifvertrag zu erkennen; auch innerhalb eines Betriebes können für einzelne Teile je nach der Art der Arbeit verschiedene Tarifverträge zur Anwendung kommen. Häufig wird sich erst im vorgerückten Stadium des Rechtsstreits nach weitgehender Aufklärung des Sachverhalts ergeben, welches nun der richtige Tarifvertrag ist; nicht selten gehen hierbei die Ansichten der verschiedenen Instanzen auseinander. Die Entscheidungen des Reichsarbeitsgerichts sind reich an Fällen, in denen nur unter Schwierigkeiten schließlich der richtige Tarifvertrag festgestellt wurde.

Hieraus ergibt sich, daß grade in der Frage der Anwendbarkeit der Tarifverträge das Verfahren elastisch sein muß. Leider ist ein Urteil des Reichsarbeitsgerichts (RAG. 298/32 vom 7. 12. 32, Entsch. Bd. 12, S. 120, „Arbeitsgericht" 1933 S. 150) bekannt geworden, das zu dem entgegengesetzten Ergebnis führt. Das Urteil betrachtet den Übergang von einem Tarifvertrag zu einem anderen Tarifvertrag in II. Instanz als eine unzulässige Klageänderung. Es erblickt in der Stützung des Anspruchs auf einen anderen Tarifvertrag einen anderen Klagegrund und weist in einem solchen Fall die Klage ab, wobei Erhebung einer neuen Klage anheimgestellt bleibt. Auch wenn dieser „andere" Anspruch nicht inzwischen verjährt ist oder unter eine Ausschlußfrist fällt, sind unnötige Verdoppelung der Prozesse, Zeitverlust und Kosten die Folge.

Das Urteil des Reichsarbeitsgerichts widerspricht meines Erachtens nicht nur den berechtigten Forderungen der Praxis, sondern ist auch prozessual unzutreffend. Es verkennt die Bedeutung des „Klagegrundes". Der Klagegrund ist nicht in „Tatsachengruppierungen nach juristischen Gesichtspunkten", sondern in den „Vorfällen des Lebens, die zu einem bestimmten Streit der Parteien geführt haben", zu erblicken. (So RA. Prof. Dr. Walter Fischer-Hamburg, in seinem Aufsatz „Der Streitgegenstand" in der Zeitschrift für deutschen Zivilprozeß S. 386. — Vgl. auch Rosenberg, Lehrbuch des Deutschen Zivilprozesses 1931 S. 275.) Ist dies aber richtig, so ist der Klagegrund, über den zu entscheiden war, der Streit, ob der Arbeitnehmer auf Grund seines Arbeitsvertrages noch Arbeitsentgelt vom Arbeitgeber zu fordern hat, gleichviel, nach welchem Tarifvertrag sich der Arbeitsvertrag richtet. Im Urteil vom 7. 12. 32 handelte es sich darum, ob auf einen Verkäufer von Bürobedarfsartikeln der Einzelhandelstarifvertrag oder der Buchdruckereitarifvertrag zur Anwendung kommt. (Der gleiche Zweifel bestand in einem durch das Reichsarbeitsgericht 59/31 vom 26. 9. 31 entschiedenen Fall.) In einem vom Reichsarbeitsgericht 618 und 691/30 vom 18. 4. 31 (Benzheimer XII, 220 — Juristische Wochenschrift 1931, 2528) entschiedenen Fall hatte bei Verkäufern von Haushaltmaschinen die 1. Instanz den Großhandelstarifvertrag angewandt, die 2. Instanz den Einzelhandelstarifvertrag, wobei auch noch der Tarifvertrag für den kreditgebenden Einzelhandel und der Metallindustrietarifvertrag in Frage standen. Es wäre schwer erträglich, den Kläger abzuweisen und auf einen neuen Prozeß zu verweisen, weil er bei derartigen schwer lösbaren Zweifeln zunächst auf einen unrichtigen Tarifvertrag Bezug genommen hat.

Im Gegensatz zum Reichsarbeitsgericht steht das Reichsgericht auf einem weniger formalistischen Standpunkt. Das Reichsgericht läßt z. B. Übergang der Begründung von Darlehen zum Gesellschaftsvertrag (RGZ. 98, 21), von ungerechtfertigter Bereicherung zur unerlaubten Handlung (J. W. 1911, S. 941) zu. In dieser letztgenannten Entscheidung betont das Reichsgericht, daß die Bestimmung des § 268 ZPO., auf die es entscheidend ankommt, „nicht im strengsten Sinne formalistisch auszulegen sei, sondern unter Berücksichtigung des Bestrebens der ZPO., eine unnötige Vermehrung der Prozesse zu verhüten unter Beachtung des öffentlichen Interesses an einer alsbaldigen Wiederherstellung des Rechtsfriedens." Verneint man aber Änderung des Klagegrundes bei Übergang zu einem anderen Tarifvertrag, so stellt es sich nur als zulässige tatsächliche Ergänzung dar, wenn nunmehr noch einige Behauptungen nachgetragen werden müssen, z. B. weil in dem nunmehrigen Tarifvertrag für die Gehaltsstufe nicht, wie in dem früheren, das Lebensalter, sondern das Berufsalter maßgebend ist, oder weil mangels Allgemeinverbindlichkeitserklärung die Verbandszugehörigkeit dargetan werden muß und dgl.

Ministerialdirektor Geh. Rat Volkmar hat in seinem Vortrage auf der Tagung des Arbeitsgerichtsverbandes im November 1932 über „Segen und Verhängnis der Formenstrenge im arbeitsgerichtlichen Verfahren" („Arbeitsgericht 1933, Sp. 19 ff) auf die Schwierigkeit des Problems hingewiesen, „das Prozeßschiff zwischen der Szylla der Formlosigkeit und der Charybdis des Formalismus hindurchzusteuern", und hat als Mittel, den richtigen Weg zu finden, eine „Wünschelrute" bezeichnet. Diese Wünschelrute hat meines Erachtens in der hier behandelten Frage nicht richtig funktioniert. Im Interesse der Ausgestaltung des Arbeitsgerichtsverfahrens als eines schleunigen, einfachen und vorbildlich volkstümlichen Prozeßverfahrens wäre zu wünschen, daß das Reichsarbeitsgericht bald die Möglichkeit hätte, seine Ansicht nachzuprüfen und zu ändern.

Rechtsanwalt Dr. Ewald Friedländer

Entscheidungen oberster Gerichte

Zum Recht der außerordentlichen Mietkündigung — Mündlicher Mietvertrag vor dem 15. Juli 1931 — Diensterfindung des Angestellten beim Wechsel seiner Stellung

Die außerordentliche Mietkündigung auf Grund der Vierten Notvo. vom 8. Dezember 1931 ist auch dann ausgeschlossen, wenn durch einen Vergleich oder durch Entgegenkommen des Vermieters der Mietzins spätestens mit Wirkung vom 1. April 1932 ab dauernd um mindestens 20 v. H. ermäßigt worden ist. (§ 2 Nr. 1 Kap. III der 4. Notvo.) Es steht nunmehr die Frage zur Erörterung, ob bei einem nach Jahren gestaffelten Mietzins in jedem Jahresabschnitt die Miete um mindestens 20 v. H. zu ermäßigen war, um die außerordentliche Kündigung auszuschalten, oder ob eine Senkung von 20 v. H. der Durchschnittsjahresmiete genügte. Während das Kammergericht eine den einzelnen Jahresabschnitten entsprechende Senkung des Mietzinses von 42 500 RMark, 45 000 RMark, 47 500 RMark, 50 000 RMark und 52 000 RMark um 20 v. H. verlangt, vertritt das Reichsgericht den Standpunkt, daß die außerordentliche Mietkündigung schon dann ausgeschlossen ist, wenn der Vermieter spätestens mit Wirkung vom 1. April 1932 ab eine durchschnittliche Senkung des Mietpreises um 20 v. H. gewährt hat. Das war hier durch den Vergleich vom Jahre 1931 mit der Herabsetzung des Jahresmietzinses auf 38 000 RMark geschehen. Ziel der Verordnung vom 8. Dezember 1931 war, dem Mieter Gelegenheit zu geben, sich von dem alten Vertrage zu befreien und zu einem den veränderten Verhältnissen angepaßten Mietzins zu kommen. Dementsprechend genügte es dem Gesetzgeber zum Ausschluß der Kündigung, wenn eine angemessene Herabsetzung des Mietzinses vereinbart war. Dabei kam es auf das Gesamtergebnis an, und nicht darauf, ob sich die Ermäßigung grade bei jeder Mietzinszahlung gleichmäßig bemerkbar machte. Das Wort „dauernd" ist dahin zu verstehen, daß die Ermäßigung die Gesamtmiete der Restzeit, nicht nur diejenige eines Teilabschnittes ergreifen muß. Bei solcher Auffassung ergibt sich auch, daß nur die Vergleichung der Summen der für diese ganze Zeit nach der ursprünglichen und nach der abgeänderten Vereinbarung zu zahlenden Mietentgelte in Betracht kommt, daß also bei ungleichmäßiger Bemessung der Ermäßigung für die einzelnen Mietabschnitte die in einzelnen Zeiträumen über 20 v. H. hinausgehende Ermäßigung für diejenigen Zeitabschnitte, in denen die Ermäßigung hinter diesem Hundertsatz zurückbleibt, zum Ausgleich herangezogen werden darf.

VIII 94/33. — 6. Juli 1933.

*

Der Beklagte verhandelte im März 1931 mit den Klägern über die Mietung eines Geschäftslokals. Die Parteien verabredeten zunächst nur mündlich die mietweise Überlassung der Räume zu einem bestimmten Betrage an den Beklagten, und zwar für den Zeitraum von 10 Jahren. Erst am 17. November 1931 schlossen sie den schriftlichen Mietvertrag mit dem Datum vom 30. Oktober 1931. Am 12. Dezember 1931 kündigte der Beklagte das Mietverhältnis auf Grund der Vierten Notvo. vom 8. Dezember 1931. Die Kläger halten die Kündigung für unbegründet, weil der Mietvertrag erst nach dem Stichtag vom 15. Juli 1931 schriftlich abgeschlossen worden sei und deshalb die Vierte Notvo. auf ihn keine Anwendung finde. Sie verlangen Fortzahlung der Miete für das Jahr 1932. — Das Landgericht Leipzig gab der Klage statt, indem es annimmt, daß der mündliche Vertragsabschluß nicht erwiesen sei. Das OLG. Dresden dagegen hat die Klage abgewiesen, da der Vertrag mündlich schon vor dem 15. Juli 1931 zustandegekommen ist und der Beklagte damit das Recht erlangt habe, den Vertrag zum 31. März 1932 zu kündigen. Das Reichsgericht hat die Revision der Kläger zurückgewiesen. Die Parteien hätten sich vor dem 15. Juli 1931 „über den wichtigsten und wesentlichsten Vertragsinhalt verständigt" und sich gebunden gefühlt. Die von vornherein in Aussicht genommene schriftliche Niederlegung des Vertragsinhalts hätten sie nicht als Bedingung für das Zustandekommen des Vertrages angesehen. In dieser vom OLG. getroffenen Feststellung liegt kein Rechtsirrtum und kein Verstoß gegen § 125 Satz 2 BGB. Denn es ist möglich, eines Vertrag hindend in der Weise zu schließen, daß nur die wesentlichen Grundlinien festgelegt, Nebenpunkte aber späterer Vereinbarung überlassen werden. Für die Frage, ob durch die Notvo. vom 8. Dez. 1931 ein außerordentliches Kündigungsrecht erwachsen ist, kann es in einem derartigen Fall nicht darauf ankommen, ob der schriftliche Vertrag vor dem Stichtag geschlossen ist.

VIII 128/33. — 13. 7. 1933.

*

Die Klägerin ist die frühere Dienstherrin eines Angestellten, der noch während er an einer Erfindung arbeitete, zu der Beklagten übergetreten ist. Die Erfindung ist patentiert. Die Beklagte ist Inhaberin des Patentes geworden, die Klägerin klagt auf Übertragung des Rechts an der Erfindung an sie. Das Kammergericht hat dem Klageantrage entsprochen. Das Reichsgericht hat aufgehoben und zurückverwiesen. Die Voraussetzungen des § 823 BGB. sind erfüllt, wenn der Dritte bei der Anmeldung und mindestens bei Erlangung des Patents wußte, daß der Angestellte durch die Mitteilung der Erfindung die Rechte des Dienstherrn verletzte.

Entscheidend ist, ob die Erfindung bereits fertig war, als der Erfinder aus den Diensten der Klägerin ausschied. Von einer fertigen Erfindung kann man erst sprechen, wenn die Lösung der Aufgabe so weit erfüllt ist, daß eine Patentanmeldung erfolgen kann. Die Konstruktionszeichnung, die der Erfinder noch bei der Klägerin angefertigt hat, enthält eine bestimmte Vorrichtung für den dichten Gesamtfluß der Kraftlinien nicht. Der Sachverständige meint zwar, daß eine derartige Vorrichtung von jedem Fachmann nachgeholt werden könnte, mithin eine fertige Erfindung schon bei Austritt des Erfinders aus der Firma der Klägerin vorlag. Anscheinend hat hier der Sachverständige das Wissen des Fachmannes zu hoch eingeschätzt. Es kommt auch nicht darauf an, ob das, was noch zu leisten war — wie das Kammergericht meint — für sich allein eine Erfindung darstellt oder nicht. Nach feststehender Rechtsprechung ist immer darauf abzustellen, ob im maßgebenden Zeitpunkte eine patentfähige Erfindung vorlag. In dieser Beziehung dürfen grade bei der Betrachtung von Angestellten-Erfindungen an die Fertigstellung nicht zu geringe Anforderungen gestellt werden; das allgemeine Wissen des Durchschnittsfachmannes, der nach der Patentschrift (s. b. mit der fertigen Erfindung) soll arbeiten können, darf nicht überschätzt werden. Da es nach diesen Gesichtspunkten fraglich ist, ob eine fertige Erfindung bereits bei Aufgabe der Stellung seitens des Erfinders vorlag, müßte das Urteil aufgehoben werden. Denn war die Erfindung noch nicht fertiggestellt, als der Erfinder aus der Firma der Klägerin ausschied, so hat die Klägerin kein begründetes Recht auf die Erfindung.

I 139/32. — 25. Februar 1933.

Juristische Nachrichten

Das Berufsbeamtengesetz war durch das Gesetz vom 22. September (RGBl. S. 655) u. a. dahin ergänzt worden, daß der gegen die politisch nicht zuverlässigen Beamten gerichtete § 4 sich auch auf solche erstrecken sollte, die bereits vor dem Inkrafttreten des Gesetzes in den Ruhestand getreten sind (Vgl. Recht und Leben Nr. 39). Die Fünfte Durchf.VO. vom 29. September (RGBl. S. 697) schränkt den Wirkungskreis dieser Bestimmung dahin ein, daß sie nur auf solche Beamte Anwendung finden soll, die nach dem 31. Mai 1932 in den Ruhestand getreten sind. Außerdem dehnt die Verordnung die Härtebestimmung, § 16, auch auf solche Fälle aus, in denen überhaupt kein Rechtsanspruch auf Bezüge oder Uebergangsgelder besteht. Auch dann kann nach der neuen Bestimmung ein Härtenausgleich gewährt werden, und zwar gleichviel, ob es sich um Maßnahmen handelt, die vor oder nach Erlaß dieser Verordnung durchgeführt worden sind.

Das Justizministerialblatt, das 95 Jahre lang das amtliche Publikationsorgan des Preußischen Justizministers gewesen war, ist jetzt in die Wochenschrift „Preußische Justiz" aufgegangen, die der Justizminister Staatsrat Hanns Kerrl mit wesentlich erweitertem Inhalt herausgibt, und deren Schriftleitung Staatssekretär Dr. Freisler und die Ministerialdirektoren Dr. Nadler und Dr. Crohne führen. Außer den amtlichen Erlassen und den Personal-Veröffentlichungen enthält sie Kundgebungen des Ministers sowie von ihm gebilligte Aufsätze und Aeußerungen seiner engsten Mitarbeiter, die, ohne amtliche Erlasse zu sein, den Anspruch erheben, von der nationalsozialistischen Beamtenschaft der preußischen Justizverwaltung in ihren Amtshandlungen beachtet zu werden. Außerdem nimmt die Zeitschrift Artikel über Fragen der Rechtspflege und Rechtsgestaltung auf, die der nationalsozialistischen Ideenwelt entsprungen sein müssen, ohne daß feststeht, ob der Minister im einzelnen mit ihren Ausführungen übereinstimmt.

Internationales Zivilprozeßrecht. Von der Darstellung des „Zivilprozesses in den europäischen Staaten und ihren Kolonien", die im Rahmen von Leske-Loewenfelds „Rechtsverfolgung im internationalen Verkehr" neu erscheint, liegt jetzt der zweite Band mit dem Erscheinen der dritten Lieferung abgeschlossen vor (Verlag C. Heymann, 798 S.). Diese Lieferung gibt Darstellungen zweier neuer Prozeßgesetze, nämlich desjenigen für Jugoslawien aus der Feder des Senatspräsidenten Dr. Eisner in Belgrad und der neuen polnischen Zivilprozeßordnung von Universitätsprofessor Dr. Silmachowski in Posen. Außerdem bringt sie das griechische Zivilprozeßrecht von dem Athener Rechtsanwalt Diobuniotis. Die neuen Prozeßordnungen sind besonders auch unter dem Gesichtspunkt interessant, wie sie das bisherige prozessuale Gedankengut verarbeiten und weiterbilden; das gilt zumal von der polnischen Prozeßordnung. Der nunmehr abgeschlossene erste Band umfaßt den größten Teil Europas, darunter den gesamten Norden und Osten. Jedoch fehlen noch so wichtige Gebiete, wie Großbritannien und Frankreich. Sie sollen ebenso wie die Kolonien in dem zweiten Band dargestellt werden, dessen Veröffentlichung allerdings, wie man dem Vorwort mit Bedauern entnimmt, vorläufig zurückgestellt worden ist. Herausgeber des Werkes sind nach dem Tode von JR. Loewenfeld der frühere Präsident des Juristischen Landesprüfungsamts Dr. Steuber und RA. Dr. Richard Kann.

Neue Guttentag-Bände. Die gegenwärtige Fassung des Strafgesetzbuches wird in einer Textausgabe, die auch die wichtigsten Nebengesetze umfaßt, veröffentlicht (200 Seiten). Die Neuerungen zur Reichsverfassung, die im Laufe des Jahres 1933 erfolgt sind, stellt LGRat Paterna in systematischer Anordnung zusammen (78 Seiten). Die bekannte Ausgabe des Genossenschaftsgesetzes von Parisius und Crüger hat OVGRat Citron in 21. neubearbeiteter Auflage herausgegeben (299 Seiten). — Die Preußische Tier- und PflanzenschutzVO vom 10. März 1933 liegt in einer Ausgabe von Skopnick und Großmann vor (64 Seiten).

Zwei beamtenrechtliche Ausgaben hat Geheimrat Ministerialrat Dr. Fischbach, der Herausgeber des Reichsbeamtengesetzes in der Guttentagschen Sammlung, veranstaltet. Die eine umfaßt das Reichsgesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums mit den Durchführungsbestimmungen; die andere das Reichsgesetz zur Aenderung von Vorschriften auf dem Gebiet des allgemeinen Beamten- usw. Rechts vom 30. Juni 1933 (126 bzw. 264 Seiten). Beide Ausgaben sind mit Anmerkungen versehen, die die Beziehungen zu dem bisherigen Recht klarlegen, auch im übrigen das Verständnis der Gesetze unterstützen. In der Einleitung zu dem ersten Gesetz verweist der Herausgeber u. a. auf seinen vorübergehenden Charakter, den § 18 besonders ausspricht. Er hebt hervor, daß diese Bestimmung nach den scharfen Eingriffen, die das Gesetz enthält, unbedingt notwendig war; denn nur so werde es möglich sein, daß das Berufsbeamtentum aus dem Gefühl einer gesicherten, von der Parteipolitik nicht zu erschütternden Lebensstellung heraus, das bleiben wird, was Zweck und Sinn seiner Institution von jeher gewesen ist, nämlich ein unerläßliches Mittel zu sein für eine zielbewußte und gerechte Führung der Staatsgeschäfte. In der Einleitung zu dem zweiten Gesetz nimmt der Herausgeber zum Problem der wohlerworbenen Rechte der Beamten Stellung. Grundsätzliche Fragen des Beamtenrechts sind auch in dem Kapitel über die Begründung des Beamtenverhältnisses erörtert.